



DIG MAGAZIN

Nr. 2 2020/5781

Zeitschrift der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



- » Blue Wings 2020: Historische Luftwaffenübung
- » US-Wahl: Shalom, Mr. President!
- » Tourismus: Sehnsucht nach Israel

Impressum

Herausgeber

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.
Präsident: Uwe Becker (V.i.S.d.P.)
c/o DIG-Bundesgeschäftsstelle
Littenstraße 105
10179 Berlin
T 030 / 80907028
www.digev.de
Registergericht:
Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 4075 B

Redaktion

Philipp J. Butler Ransohoff (Leitung)
Jürgen Sterzenbach

Mitarbeit

Bärbel Metz
Anath Pollak
Egon Schawe
Maya Zehden

Konzeption und Gestaltung

SINNDDESIGN
Unternehmenskommunikation
Hardtblick 5
51429 Bergisch Gladbach
T 02204 / 205443
mail@sinndesign.de

Druck und Verarbeitung

Tannhäuser Media GmbH
Büttgenbachstraße 7
40549 Düsseldorf
T 0211 / 5048888
kontakt@tannhaeuser-druck.de

Erscheinungsweise

Halbjährlich. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung

Berliner Sparkasse
IBAN: DE84 1005 0000 1010 0091 99
BIC: BELADEXXXX

Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes.



Social-Media-Kanäle

DIG



@deutsch.israelische.gesellschaft



@DIGeV_

Junges Forum



@JuFoDIGeV



@JuFoDIG



@JuFoDIG

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das Titelbild dieses Heftes zeigt den vielleicht bedeutungsvollsten Moment der deutsch-israelischen Beziehungen in 2020. Israelische und deutsche Kampfpiloten Seite an Seite vor strahlend blauem Himmel. Die Bilder der Luftwaffenübung „Blue Wings 2020“ gingen durch die Medien und sind in jeder Hinsicht historisch. Dass sie möglich wurden, ist (auch) einer ganz besonderen Freundschaft zu verdanken: Der zwischen Generalleutnant Ingo Gerhartz und Generalmajor Amikam Norkin. Unser DIG-Neumitglied, Hauptmann Stephan Jeglinski, berichtet davon (Seite 5 ff.).

Das jetzt hier vorliegende Heft ist das zweite, das ich zusammen mit Jürgen Sterzenbach für unsere DIG gestalten durfte. Die Themenvielfalt dieser Ausgabe ist erstaunlich. Sie lädt zum Stöbern und Staunen ein. Wussten Sie, dass die deutsche Fußballkultur auf Hebräisch kommentiert wird – vom nordrhein-westfälischen Neuss aus? Berührt hat mich die Geschichte von Ilay Elmekies (Seite 26 f.); Roland Kaufhold hat sie für uns in Worte gefasst. Es ist ein buntes Heft, das über die Freude jüdischen Lebens in Deutschland (Seite 24f.), über den Weinbau in Israel (Seite 33) und die Literatur aus und über Israel (Seite 50 ff.) bis hin zum Fernweh nach Israel (Seite 30 ff.) berichtet.

Zugleich ist es ein sehr politisches, ja kritisches Heft geworden: Sebastian Hanak ordnet für uns ein, was die Wahlen in den USA für die (deutschen) Beziehungen zu Israel mit sich bringen. Bärbel Illi (Seite 14) ärgert sich über eine ziel- und planlose deutsche Nahostpolitik, die in alten Mustern gefangen ist. Saba Farzan pflichtet ihr bei und analysiert den neuen Frieden im Nahen Osten; sie konstatiert für die europäische Außenpolitik „selbstgewählte Irrelevanz“ (Seite 12 f.). Unser Präsident resümiert: Das größte Friedenshindernis im Nahen Osten ist die palästinensische Führung (Seite 11).

Liebe Freunde, ich kann diesen Analysen nur beipflichten. Ein friedvolles Miteinander ist möglich, man muss es nur wollen. Deutschland täte gut daran, die ein oder andere tradierte Maxime im Verhältnis zu Israel neu zu justieren. Erschrocken hat mich, dass die Parteijugend der SPD in diesen vom Frieden so bewegten Tagen nichts anderes zu tun hatte, als die Solidarität mit Israel durch eine Komplizenschaft mit der Fatah zu ersetzen. Vincent Wolff geht mit der Neuausrichtung der Jusos hart ins Gericht (Seite 15).

Ihnen allen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest, ein besinnliches Chanukka und einen guten Übergang in ein hoffentlich gesundes Neues Jahr 2021.

Ihr

Philipp J. Butler Ransohoff
DIG-Vizepräsident | Redaktion



Foto: CH Lietzmann

Inhalt

Grußwort

04 | DIG-Präsident *Uwe Becker*

Titel

05 | Licht im Tal der Finsternis *Stephan Jeglinski*
07 | Besser werden und voneinander lernen *Gerhard Hetzel, Shoval Shirom*

Politik · Meinung

08 | US-Wahl: Shalom, Mr. President! *Sebastian Hanak*
11 | Die palästinensische Führung – Friedenshindernis im Nahen Osten *Uwe Becker*
12 | Europäische Außenpolitik: Selbstgewählte Irrelevanz *Saba Farzan*
14 | Verweigerung ist keine Politik *Bärbel Illi*
15 | Die Jusos und ihr Israel-Beschluss *Vincent Wolff*

Antisemitismus

17 | Massive Einschüchterungsversuche nach Kritik an Achille Mbembe
19 | Weiterentwicklung unserer Erinnerungskultur *Dr. Kirsten Kappert-Gonther*
20 | Die IHRA-Definition von Antisemitismus
21 | „I can't breathe“: Atemberaubender Vergleich *Jennifer Marken*

Nachruf

22 | Hans-Jochen Vogel *Reinhold Robbe*
23 | Benjamin Diehl *Junges Forum*

Jubiläum · Fußball

24 | 321 – 2021: Deutsch-Jüdisches Jubiläumsjahr *Helge David Gilbert*
25 | Mit dem Davidstern durch die Domstadt
26 | Ilay Elm kies: „Zahor – Erinnerung Dich“ *Dr. Roland Kaufhold*
28 | Botschafter der Fußballfankultur *Natalie A. Kajzer*

Tourismus · Weinbau

30 | Sehnsucht nach Israel *Ella Zack Solomon, Jürgen Sterzenbach*
33 | Meilenstein für Israels Weinbranche *Romana Echensperger*

Arbeitsgemeinschaften · Junges Forum

34 | Helmholtz-Gemeinschaft *Dr. Nikoline Hansen*
36 | DIG Berlin und Brandenburg e.V.: Israelwoche in Brandenburg *Jochen Feilcke*
36 | DIG Bonn: Lockdown-Highlights *Jan Eickelboom, Jutta Klaeren, Ursula Schmitt*
37 | DIG Mülheim-Duisburg-Oberhausen: Jacques Marx *Markus Püll*
38 | Gendergap beim Engagement für Israel *Nadine Randak*
39 | Aktiv engagiert auch in Zeiten von Corona *Max Schußmüller*
39 | Gegen verschwörungsideologische Proteste *Dennis Forster, Gerald Hetzel*
40 | Tacheles in Berlin *Felix Neugebauer*
41 | Israel-Advocacy und Bildung in Krisenzeiten *Wilko Martens*
41 | Flagge für Israel gezeigt *Wilko Martens*
42 | Historischer Empfang im deutschen Luftraum *Antonia Pfeifer*

Philatelie

43 | Ungewollte Briefmarken *Rudolf Keßner*

Bücher

44 | Amos Oz: Die letzte Lektion *Dr. Hermann Kuhn, Till Schmidt*
45 | Michael Borchard: Eine unmögliche Freundschaft *Dr. Rainer Bieling*
48 | Remko Leemhuis: Das Auswärtige Amt und Israel 1967-1979 *Maya Zehden*

Mitgliederporträts

50 | Ruth Frenk: Einflussreiche Stimme für Israel *Jürgen Sterzenbach*
52 | Der Weltbürger Peter Finkelgruen *Dr. Ronald Kaufhold*



Foto: Bundeswehr

»Blue Wings 2020«, Seite 05



Foto: picture alliance

Bedeutung der US-Wahl. Seite 08



Foto: IVR

1700 Jahre jüdisches Leben. Seite 24



Foto: TSG Hoffenheim

Ilay Elm kies. Seite 26



Foto: J. Sterzenbach

Sehnsuchtsland Israel. Seite 30

Liebe Mitglieder und Freunde der Deutsch-Israelischen Gesellschaft!



DIG-Präsident Uwe Becker mit dem Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz (l.) und dessen israelischem Amtskollegen Generalmajor Amikam Norkin am 18. August 2020 in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Foto: DIG

Mit den Feiertagen Chanukka und Weihnachten geht ein Jahr zu Ende, das mit tiefen Einschnitten und Herausforderungen verbunden war. Die Folgen der Corona-Krise reichen weit in das persönliche Leben von uns allen hinein und haben auch die Arbeit unserer Deutsch-Israelischen Gesellschaft an vielen Stellen beeinflusst und eingeschränkt. Und gleichzeitig bieten gerade das Wunder von Chanukka und das Fest der Geburt Jesu Christi auch Grund zu Hoffnung und Zuversicht auf eine Zeit, in der wir zu einer neuen Normalität übergehen, die wieder Raum und Gelegenheit geben wird, unsere Deutsch-Israelische Freundschaft gemeinsam aktiv auch auf den Straßen und Plätzen unseres Landes zu zeigen und zu feiern. Dankbar bin ich unseren zahlreichen Arbeitsgemeinschaften, die sich trotz der Erschwernisse der zurückliegenden Monate nicht haben entmutigen lassen und mit ihren Angeboten in der realen wie auch der virtuellen Welt im Internet spannende Veranstaltungen aufgestellt haben.

Hoffnung und Zuversicht begleiten uns jedoch nicht erst mit den anstehenden Festtagen in das neue Jahr 2021 hinein, gerade auch in den zurückliegenden Monaten haben sich im Nahen Osten historische Entwicklungen vollzogen, die einen dauerhaften Frieden in der Region in kaum vorstellbare Nähe gebracht haben. Die Annäherung zwischen Israel und einzelnen arabischen Staaten wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Sudan zeigen, dass Frieden möglich ist, wenn die Beteiligten wirklich gewillt dazu sind. Die langsame und eher inoffizielle Annäherung einzelner arabischer Staaten gegenüber Israel in den zurückliegenden Jahren kann nun auch auf offizieller Ebene ausgebaut werden, was die Sicherheit und Stabilität in der gesamten Region erhöhen kann. Gleichzeitig können diese Abkommen einen Schub für die wirtschaftliche Kooperation und damit für die Prosperität der Region in Zeiten auch des wirtschaftlichen Umbaus des arabischen Raums in den kommenden Jahren bedeuten. Die starke Rolle, die die Vereinigten

Staaten von Amerika beim Zustandekommen dieser Abkommen eingenommen haben, verdient Dank und Anerkennung und sollte für die Europäische Union ein Grund des Ansporns in der eigenen Nahost-Politik sein. Die barsche Reaktion der Palästinensischen Seite entlarvt den fehlenden Friedenswillen von Mahmoud Abbas. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat sich in der vermeintlichen Opferrolle eingenistet und will diesen Status ganz offensichtlich nicht aufgeben. Die EU sollte jetzt endlich den notwendigen Druck auf die PA ausüben und diese dazu bewegen, mit eigenen Friedensvorschlägen an den Verhandlungstisch mit Israel zu kommen.

Mit dem Vorbeiflug der Deutschen Luftwaffe und der Israeli Air Force am ehemaligen Konzentrationslager Dachau, dem Gedenken beider Staaten vor Ort und den sich anschließenden gemeinsamen Übungen im deutschen Luftraum, haben Deutschland und Israel in einer beispielgebenden Weise ein ebenso historisches Bekenntnis zur Unverbrüchlichkeit dieser besonderen Beziehungen gesetzt. In der Achtung vor den Opfern der Shoah und in der Verantwortung für eine gemeinsame Zukunft in Freiheit, Frieden, Sicherheit und Demokratie, haben die Kommandeure beider Teilstreitkräfte eine weitere Brücke zwischen unseren beiden Ländern gebaut. Dass derartige Zeichen 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau möglich sind, muss uns nach den schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus mit großer Dankbarkeit erfüllen. Gleichzeitig folgt daraus auch der Auftrag, dass wir uns in unserer Arbeit als DIG weiterhin für eben jene Beziehungen einsetzen und uns für Jüdisches Leben und gegen jegliche Form des Antisemitismus engagieren.

Auch hier ist die Corona-Krise leider neben ihren gesundheitlichen Herausforderungen zu einem schlimmen Brandbeschleuniger für das Anwachsen von Judenfeindlichkeit geworden. So wie das Virus verbreitet sich auch der Judenhass gerade in den sozialen Medien und sogenannte Querdenker tragen antisemitische Stereotype und die Relativierung der Verbrechen der Schoah in die Mitte unserer Städte. Die zuletzt erfolgten verbalen Angriffe – etwa auch auf das Junge Forum unserer DIG in Passau – müssen uns alle aufrütteln. Wir müssen als Gesamtgesellschaft lauter werden, um die Straßen und Plätze unseres Landes nicht jenen zu überlassen, die ein anderes Land und eine andere Gesellschaft wollen. Es liegt an uns.

Ich möchte die Zuversicht, die sich in den anstehenden Feiertagen manifestiert, dazu nutzen, uns diese Kraft zu wünschen und Ihnen für Ihr Engagement zu danken. Gleichzeitig wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein glückliches Chanukka und ein ebenso frohes und besinnliches Weihnachtsfest. Bleiben Sie gesund.

Uwe Becker
Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Zwei israelische und zwei deutsche Kampffjets bei ihrem historischen Flug an der KZ-Gedenkstätte Dachau am 18. August 2020. In dem anführenden Passagierjet sitzen die miteinander befreundeten Chefs der israelischen und deutschen Luftwaffe. Foto: Dr. Stefan Petersen / Bundeswehr



Licht im Tal der Finsternis

»Blue Wings 2020« – Unter diesem Motto fand im Sommer die erste gemeinsame Militärübung der israelischen und deutschen Luftwaffe in Deutschland statt. Dabei kam es zu einem historischen Flug zum Gedenken an die Opfer des Holocaust.

75 Jahre nach dem größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte – dem Holocaust – sind erstmalig israelische und deutsche Kampfflugzeuge an der KZ-Gedenkstätte Dachau Seite an Seite vorbeigeflogen. Die Formation, die von beiden Luftwaffenchefs angeführt wurde, symbolisiert die einzigartige Geschichte der beiden Völker. Eine der Reden hat die Zuhörer ganz besonders berührt.

Das Wetter an diesem Dienstagvormittag im bayerischen Dachau ist sinnbildlich für den Verlauf der letzten 75 Jahre. Dunkle Wolken bedecken den Himmel und Starkregen prasselt auf die Kieswege der KZ-Gedenkstätte nieder. Es ist ein Ort, an dem mindestens 200.000 jüdische Menschen gequält und erniedrigt wurden. Mehr als 41.500 von ihnen wurden von den Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges ermordet. Viele weitere wurden von dort in andere Vernichtungslager deportiert.

Plötzlich stoppt der Regen und warme Sonnenstrahlen durchbrechen die tiefgraue Wolkendecke. Die Menschen verlassen ihre schützenden Unterstände und blicken in den Himmel. Es wird laut und wenige Augenblicke später werden die Besucher Zeugen eines geschichtsträchtigen Ereignisses. Schulter an Schulter oder besser gesagt Flügel an Flügel fliegt eine Formation bestehend aus zwei deutschen Eurofightern und zwei israelischen F-16 an dem „valley of darkness“ vorbei, um nicht nur die zahlreichen Opfer des nationalsozialistischen Regimes zu ehren, sondern um der ganzen Welt zu zeigen, dass aus einer scheinbar unüberwindbaren Feindschaft unzertrennliche Freundschaft entstanden ist.

Angeführt werden die Kampfflugzeuge von einer Gulfstream 550. Die Passagiere sind enge Freunde. Es sind Generalleutnant Ingo Gerhartz und Generalmajor Amikam Norkin. Sie sind die

Chefs der deutschen und israelischen Luftwaffen. Während des Vorbeifluges setzt Norkin einen bewegenden Funkspruch ab: *“Flying together above the valley of darkness making room for only light ahead. As we vow: never again!”* (Gemeinsam fliegen wir über das Tal der Finsternis, um Platz für Licht zu schaffen. Wir schwören: Niemals wieder!) Zuvor überflog die historische Formation den Flugplatz Fürstenfeldbruck, wo 1972 die Geiselnahme der Olympischen Spiele ihr tragisches Ende fand und insgesamt 12 Menschen, darunter elf israelische Sportler, von palästinensischen Terroristen ermordet wurden.

Bewegender Moment

Mit Landung der Gulfstream auf dem Fliegerhorst in Lechfeld geht der Tag, der in die Geschichte der Deutschen und Israelischen Luftwaffen eingehen wird, weiter. Gemeinsam mit Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und dem israelischen Botschafter Jeremy Issacharoff besuchen Generalmajor

Norkin und Generalleutnant Gerhartz die gerade noch aus der Luft passierte KZ-Gedenkstätte Dachau. Die Bundesverteidigungsministerin spricht in ihrer auf Englisch gehaltenen Rede von einem „bewegenden



„Buchstäblich neue Höhenflüge in der strategischen Zusammenarbeit beider Länder“, lobte Israels Botschafter Jeremy Issacharoff. Foto: Volker Muth / Bundeswehr

Moment für beide Delegationen“. Botschafter Issacharoff betont die Bedeutung von »Blue Wings 2020«. „Diese beispiellose gemeinsame Übung der Luftstreitkräfte Israels und Deutschlands hat die strategische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern buchstäblich zu neuen Höhenflügen geführt. Heute hier zu sein und Zeuge dieses inspirierenden Ereignisses zu werden, führt einem die Freundschaft und das Vertrauen vor Augen, die zwischen Israel und Deutschland entstanden sind“. Im Anschluss legen Kramp-Karrenbauer und Issacharoff einen Kranz vor dem internationalen Mahnmal nieder.

Zusammen gehen die Delegationen zum jüdischen Mahnmal. Dort ergreifen zunächst die beiden Chefs der Luftstreitkräfte das Wort. Erneut setzt starker Regen ein, was den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Gerhartz, nicht abhält, seine Rede unbeeindruckt fortzusetzen und die besondere Verbundenheit der beiden Luftwaffen zu erwähnen. „Die starken Verbindungen zwischen unseren Streitkräften im Allgemeinen und unseren Luftstreitkräften im Besonderen sind von außerordentlicher Bedeutung“. Zudem betont Gerhartz, dass sich Verbrechen, wie die der Nazis, niemals wiederholen dürfen und beendet seine Ansprache mit den Worten „Nie wieder“ auf Hebräisch.

Generalmajor Norkin ist gerade im Begriff, an das Rednerpult zu treten, als der Glockenturm zu läuten beginnt. Ruhig bleibt er auf seinem Platz sitzen. Nach dem letzten Gong tritt er nach vorne und beginnt mit den Worten: „Wir haben 75 Jahre auf diesen Moment gewartet. Auf fünf Minuten länger kommt es dabei nicht an“. Damit bringt es Norkin fertig, an diesem Ort des Leids den Zuhörern ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer erwähnt im Vorfeld, „dass in der israelischen Delegation auch Teilnehmer sind, die angehörige Vorfahren haben, die selbst in Dachau (...) waren“. Es sei daher auch ein „persönlich emotionaler Moment“.

Von amerikanischen Soldaten befreit

Sie meint damit den israelischen Piloten, der nach einem jüdischen Gebet zum Abschluss das Wort ergreift und die ohnehin schon emotional betroffenen Zuhörer mit seiner Rede noch tiefer berührt. Er erzählt, wie sein Großvater von amerikanischen Soldaten aus dem Konzentrationslager befreit wurde. Er wog damals gerade mal 30 Kilogramm und überlebte nur dank amerikanischer Militärärzte. Seine komplette Familie, darunter



Israelische und deutsche Piloten bei einem Pressetermin auf dem Fliegerhorst Nörvenich, wo die israelische Luftwaffe während der gemeinsamen Übung zwei Wochen lang stationiert war. Foto: Jürgen Sterzenbach



Im Rahmen der Übung »Blue Wings 2020« besuchten der Inspekteur der Luftwaffe Generalleutnant Ingo Gerhartz (r.), der Kommandeur der Israelischen Luftwaffe Generalmajor Amikam Norkin und die Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, die KZ-Gedenkstätte Dachau. Foto: Volker Muth / Bundeswehr

seine drei Brüder, sind im Holocaust umgekommen. Wenige Jahre später baute er in dem neu gegründeten Staat Israel ein neues Leben auf. Das erste Mal lebte er würdevoll in Freiheit und gründete eine neue Familie. Es herrscht eine ohrenbetäubende Stille im Auditorium. Der israelische Pilot führt seine Rede fort. Er berichtet von seinem Vater, der in der Israelischen Luftwaffe als Kampfpilot diente und über feindlichem Gebiet abstürzte und starb. Im Einsatz für das Land, das allen Juden weltweit auf ewig Sicherheit, Freiheit und Menschenrechte garantiert – Israel.

Nun steht der Enkel in Dachau, dem Ort, an dem seinen Vorfahren unendliches Leid widerfahren ist, und spricht voller Stolz und Demut, dass er bei diesem epochalen Ereignis dabei sein darf.

Staatspräsident Rivlin ruft aus Israel an

Die Zeremonie endet offiziell mit einer Kranzniederlegung der beiden Luftwaffenchefs am jüdischen Mahnmal. Plötzlich zieht Generalmajor Amikam Norkin sein Telefon aus der Tasche. Der Anrufer ist kein Geringerer als Reuven Rivlin. Der israelische Staatspräsident beglückwünscht die beiden Generale, die deutsch-israelische Freundschaft und die militärische Zusammenarbeit mit dem historischen Tag auf eine neue Stufe gesetzt zu haben. Eine ganz besondere Ehre für Generalleutnant Ingo Gerhartz.

Der 18. August 2020 wird in die Chroniken der Deutschen und der Israelischen Luftwaffen eingehen und ein Kapitel öffnen, das von jetzt an gemeinsam geschrieben wird.

Stephan Jeglinski
Hauptmann der Luftwaffe
und DIG-Mitglied



Siehe hierzu auch Seite 42.

„Besser werden und voneinander lernen“

Interview mit Captain Ofek, Pilot der israelischen Luftwaffe. Er stammt in der Dritten Generation aus einer Familie von Holocaust-Überlebenden.

„Für Israel und Deutschland können wir viel lernen und unser Bund wird von Tag zu Tag stärker.“ Dies war eines der Dinge, die Captain Ofek, Pilot des 120. Geschwaders der israelischen Luftwaffe, an einem sonnigen Tag in Nörvenich sagte. Wir hatten die großartige Gelegenheit, während der gemeinsamen Übung mit der Bundeswehr ein Interview mit ihm zu führen. Es war das erste Mal, dass Flugzeuge und 180 Soldaten der israelischen Luftwaffe nach Deutschland kamen, um gemeinsame Übungen durchzuführen – ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen und Inspiration für die nächste Generation.

Was ist Ihre persönliche Aufgabe als Pilot?

Captain Ofek: Wir kamen mit sechs F-16, zwei Boeing 707 und einer G550 für die Magdays-Übung nach Deutschland. Ich bin ein Boeing 707-Pilot und war für alle Transportflüge der Delegation verantwortlich. Diese Delegation ist etwas Besonderes, weil wir keinen Seetransport hatten. Und wir haben unsere gesamte Ausrüstung mit Frachtflugzeugen nach Deutschland transportiert. Während dieser Delegation kommen also viele Frachtflugzeuge in Nörvenich an. Ich fühle mich sehr geehrt, es ist eine große Freude, mit den israelischen Flugzeugen hierher zu kommen und die Zusammenarbeit zwischen der israelischen und der deutschen Luftwaffe zu sehen. Es ist also sehr aufregend.

Wie ist die Arbeit mit den deutschen Kollegen?

Captain Ofek: Wir lernen mit der deutschen Luftwaffe in jedem Aspekt des Fluges: von den Vorbereitungen am Boden bis zur Ausführung des Fluges. Sie können sehen, dass das Wetter sehr anders ist als in Israel. So können wir hier bei sehr starkem Wind fliegen und den ganzen Tag durch Wolken. Durch die Umgebung, in der wir

leben, hat die israelische Luftwaffe jeden Tag neue Herausforderungen. Israel ist in einem andauernden Konflikt mit seinen Nachbarstaaten, und jeder Tag bringt eine neue Herausforderung. Die Arbeit mit den deutschen Kollegen ist großartig! Wir machen alles zusammen, wir bereiten die Flüge vor, wir fliegen gemeinsam, wir bereiten die Flüge nach und wir lernen alles für jeden Flug zusammen. Dies ist eine große Chance für die israelische und die deutsche Luftwaffe, besser zu werden und voneinander zu lernen. Die israelische Luftwaffe verfügt über sehr viel operative Erfahrung aus der Praxis, auf die die meisten Länder nicht zugreifen können, sodass die deutsche Luftwaffe von der israelischen viel darüber lernen kann. Ich glaube, die größte Gemeinsamkeit zwischen der Israelischen und der deutschen Luftwaffe besteht darin, dass beide bei allem, was sie tun, die Besten sein wollen: sie sind absolut präzise von der Vorbereitung bis zur Ausführung des Fluges.

Wie fühlen Sie sich, nach Deutschland zu kommen?

Captain Ofek: Ich habe eine sehr starke Verbindung zu Deutschland. Mein Großvater war während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland. Ich denke, meine wichtigste Botschaft ist, dass wir die Vergangenheit nicht vergessen, aber gemeinsam auf eine bessere Zukunft schauen. Für Israel und Deutschland können wir viel lernen und unser Bund wird von Tag zu Tag stärker.

Gerald Hetzel, Shoval Shirom

Das Interview wurde im Rahmen von IsraelLearn geführt, einem Bildungsprogramm für deutsche Schulen und Universitäten (www.israelearn.de). Es steht auf YouTube auch als Video zur Verfügung: <https://youtu.be/AiDwcYnUark>



Captain Ofek beim Interview auf dem Luftwaffenstützpunkt Nörvenich und Impressionen von der gemeinsamen Übung der deutschen und israelischen Luftwaffe im August 2020. Fotos: Volker Muth, Dr. Stefan Petersen, Jane Schmidt, Jürgen Sterzenbach

Shalom, Mr. President!

Die US-Präsidentschaftswahlen sind entschieden. Joe Biden wird der 46. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Das hat Auswirkungen auf die Beziehungen der USA zu Israel. Auch für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem jüdischen Staat spielt dies eine Rolle. Und für unsere DIG.

Am 20. Januar 2021 soll Joe Biden vom Electoral College als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt und im Anschluss vereidigt werden. In das Amt begleitet wird ihn die gewählte Vizepräsidentin und kalifornische Senatorin, Kamala Harris. Obwohl Präsident Trump von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, Nachzählungen zu verlangen und die Wahlergebnisse rechtlich anzufechten, ist ein Szenario wie nach der US-Wahl 2000 unwahrscheinlich. Damals musste der Wahlausgang im Fall Bush vs. Gore gerichtlich entschieden werden. Gore galt mehr als einen Monat als President-Elect, bis der Oberste Bundesgerichtshof George W. Bush nachträglich zum Sieger ernannte. 537 Stimmen in Florida machten damals den entscheidenden Unterschied. Joe Bidens Vorsprung hingegen scheint zu eindeutig, sein Sieg gewiss. Gedanken über die Auswirkungen einer Präsidentschaft Biden/Harris sind daher angebracht. Was also könnte eine Demokratische US-Administration unter der Führung von Joe Biden für die Beziehungen der USA zu Israel bedeuten? Was sind mögliche Konsequenzen für die Beziehungen Deutschlands zum jüdischen Staat? Und welche Implikationen ergeben sich für unsere DIG?

Das Erbe von Donald Trump

Joe Biden übernimmt die Präsidentschaft der USA zu einem Zeitpunkt historisch guter Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Staaten. In den vergangenen vier Jahren hat Donald Trump die Stellung des jüdischen Staates im Nahen Osten gestärkt wie kaum ein anderer amerikanischer Präsident vor ihm. 70 Prozent der jüdischen Israelis hätten sich nach einer Umfrage des Nationalen Demokratie-Instituts entsprechend eine weitere Amtszeit für den Republikaner gewünscht. Dies ist in erster Linie den herausragenden politischen Entscheidungen von Präsident Trump und seinem Team zu verdanken. Gleich an einer Vielzahl von Fronten hat seine Administration vorgebracht, wie Solidarität mit dem jüdischen Staat aussehen kann. Die Einsicht in die Notwendigkeit israelischer Souveränität über den Golan war einer der letzten Schritte. Bereits 2018 setzte Trump den „Jerusalem Embassy Act (1995)“ des amerikanischen Kongresses um und verlegte die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem. Damit erkannte man endlich an, was unbestreitbare Wirklichkeit ist: Das ungeteilte Jerusalem ist die Hauptstadt Israels.

Fast zeitgleich zogen sich die USA aus dem JCPOA, der Wiener Nuklearvereinbarung mit dem Iran zurück. Mit der Aufkündigung des „Iran-Deals“ berücksichtigte die US-Administration Bedenken und Kritik, die in Israel parteiübergreifend und über Jahre hinweg geäußert worden waren. Auch in den Vereinigten Staaten war es insbesondere innerhalb der Republikanischen Partei außenpolitisches Kernanliegen gewesen, den Iran-Deal

zu verlassen. Schon zu Beginn der Verhandlungen über den JCPOA erkannte man, dass dieser die atomare Bewaffnung des Iran bestenfalls verzögern, nicht aber verhindern kann. Der Austritt war so denn gewissermaßen auch Schadensbegrenzung. Diese war u.a. nötig geworden, weil mit dem Deal die Freigabe von mehr als 100 Milliarden US-Dollar einherging, die das iranische Regime nachweislich und in erster Linie für den Ausbau seines Raketenprogramms ausgab – einem Kernstück nuklearer Bewaffnung.

Auch innerhalb der Vereinten Nationen kehrte die Trump-Administration, in der Person von US-Botschafterin Nikki Haley, in die außenpolitische Fahrinne der republikanischen Partei zurück. Den UN-Menschenrechtsrat, dem die USA nach seiner Gründung im Jahr 2006 gar nicht erst beigetreten waren, da man (zurecht) befürchtet hatte, dass dort die antiisraelische Politik seines Vorgänger-Gremiums nur fortgesetzt werden würde, verließ man unter Präsident Trump wieder. Ende 2018 traten die Vereinigten Staaten zudem aus der UNESCO aus, nachdem diese sich zur Bühne antiisraelischer Agitatoren entwickelt hatte. Vorige Reformversuche waren erfolglos geblieben. Last but not least strichen die USA dem „Palästinensischen Flüchtlingshilfswerk“ UNRWA die finanzielle Unterstützung. Die berüchtigte Institution spielt bis heute eine kritikwürdige Rolle in der Verbreitung antiisraelischer Narrative und antisemitischer Mythen. In den letzten Monaten konnte die Trump-Regierung außerdem gleich drei außenpolitische Coups im Nahen Osten landen.

Nach Dutzenden Geheimgesprächen erklärten die Vereinigten Arabischen Emirate, der Sudan und Bahrain öffentlich die Normalisierung ihrer Beziehungen zu Israel. Der Oman, Saudi-Arabien und sogar der Libanon könnten dem Beispiel bald folgen. Ob das geschieht hängt nicht zuletzt auch von der künftigen US-Administration ab.

Ungute Erinnerung

Was also ist von der Biden-Administration zu erwarten? Einen Anhaltspunkt zur Beantwortung dieser Frage bietet Bidens Wirken als Vizepräsident der Obama-Administration. Und das gibt durchaus Grund zur Sorge. Von nicht wenigen wird die Administration Obama als israelfeindlichste Administration der US-Geschichte betrachtet. Und tatsächlich waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zwischen 2009 und 2017 unterkühlt. Die Hinwendung der Administration Obama/Biden zu einem Multilateralismus europäischer Prägung, brachte Herausforderungen für die bilateralen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel mit sich, wie es sie lange nicht gegeben hatte. Mit traurigem Tiefpunkt: Eine Verurteilung des israelischen Siedlungsbaus durch den Sicherheitsrat der Verei-





Israelische Zeitungen verkünden das Ergebnis der Präsidentenwahl in den USA. 70 Prozent der jüdischen Israelis hätten sich nach einer Umfrage des Nationalen Demokratie-Instituts eine weitere Amtszeit für Donald Trump gewünscht.

Foto: picture alliance | Debbie Hill

ten Nationen, die nur möglich wurde, weil die US-Botschafterin Samantha Power erstmals auf das US-Veto in dem mächtigen Gremium verzichtete. In Israel reagierte man auf diesen Traditionsbruch mit Entsetzen. Mahmoud Abbas hingegen sah in Obamas demonstrativer Zurückhaltung einen „großen Schlag gegen die israelische Politik“. Der israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen kommentierte das Geschehen im Nachhinein spürbar enttäuscht: „In einem Raum zu sein und zu sehen, wie alle Mitgliedstaaten gegen Israel stimmen und die USA dies zulassen, war ein Moment, den ich nie vergessen werde. ... Ich denke, die Resolution war ein Tiefpunkt der letzten Jahrzehnte in Bezug auf Israel und die USA bei den Vereinten Nationen. ... Diese beschämende Abstimmung wird sein, woran sich die Menschen bei Präsident Obama erinnern. Sie werden sich an den Moment erinnern, als die USA Israel verlassen und eine einseitige Resolution zugelassen haben.“ Und dieses Gefühl blieb in Israel vielmals bestehen. Nicht, dass der Siedlungsbau in Israel ein unumstrittenes Thema wäre. Doch dass Washington einmal Teil der Verdammungskampagne gegen Israel bei den Vereinten Nationen sein würde, das hatte man nicht erwartet.

Neuaufgabe des Iran-Deals?

Und die fehlende amerikanische Rückendeckung im Konflikt mit den Palästinensern blieb nicht der einzige Streitpunkt. Die Administration Obama/Biden war die treibende Kraft hinter dem JCPOA, dem Nuklear-Deal mit dem Iran, den Israel mit allen Mitteln versuchte zu verhindern. Und die Gretchenfrage westlicher Israelpolitik, die Frage wie man es denn mit dem Iran-Deal hat, muss Joe Biden auch heute wieder beantworten. Schon längst hält sich der Iran nicht mehr an die Bestimmungen aus dem JCPOA. Sowohl die zulässige Menge angereicherter Urans, als auch der erlaubte Anreicherungsgrad sind weit überschritten. Joe Biden hat dennoch erklärt, dem Abkommen wieder beitreten zu wollen. In Teheran war die Erleichterung entsprechend groß, als man die Wahlergebnisse aus den USA vernahm. Zwar will Biden die Bedingungen für Teheran verschärfen. In Jerusalem beobachtet man die erneute Verhandlungsbereitschaft dennoch mit großer Sorge. Erst im Oktober waren in Übereinstimmung mit dem JCPOA weitere Sanktionen gegen den Iran ausgelaufen. Das Mullah-Regime kann nun ganz legal weltweit Waffen kaufen und wird nicht davor zurückschrecken, diese an seine Proxies im Libanon, in Syrien, dem Irak oder im Jemen zu verteilen.

Und auch weitere Ankündigungen von Joe Biden bereiten im politischen Jerusalem Kopfzerbrechen. Der Demokrat hatte zuletzt nicht nur angekündigt, das US-Konsulat in Ostjerusalem wieder zu eröffnen und eine diplomatische Mission der Palästinenser in Washington willkommen zu heißen. Auch die Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Zahlungen an die UNRWA sollen wieder aufgenommen werden. Einen Verzicht auf die „Pay for Slay“ Politik der PA oder einen Stopp der Verbreitung antisemitischer Inhalte in palästinensischen Schulbüchern forderte Biden nicht. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas ließ nach der Wahl denn auch schnell verlauten, dass er es kaum erwarten könne, mit Joe Biden zusammenzuarbeiten. Ist Joe Biden also ein Feind Israels?

Echte Freundschaft zu Israel

Um es vorweg zu nehmen: Nein. Joe Biden gehört zu einer Generation demokratischer Politiker, für die Israel noch ein „bipartisan matter“ war. Seine erste Auslandsreise führte den frisch gebackenen Senator 1973 nach Israel. Der jüdische Staat stand damals kurz vor dem Jom-Kippur-Krieg. Dennoch fand Ministerpräsidentin Golda Meir Zeit für ein Treffen mit Biden. Und erklärte ihm, Zigarette in der Hand, die brenzlige Situation ihres von Feinden umgebenen Landes. Eine Begegnung, die Biden nie vergaß und die ihn bis heute prägt. Anders als sein parteiinterner Herausforderer Bernie Sanders tritt Biden regelmäßig bei Konferenzen der bedeutenden proisraelischen Organisation AIPAC auf und hat zuletzt auch der Forderung eine Absage erteilt, Militärhilfen für Israel an Bedingungen zu knüpfen. Tatsächlich waren die US-Militärhilfen, die unter Obama/Biden beschlossen wurden, die höchsten in der bilateralen Geschichte der beiden Staaten. Bidens Freundschaft zu Israel ist echt und er wird die meisten der Washingtoner Geschenke der letzten Jahre, etwa die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem oder die Anerkennung der Israelischen Souveränität über den Golan, kaum zurücknehmen wollen. Aber der Demokrat und seine Vize dürften sich bemühen, die Palästinenser zu besänftigen. Appeasement ist das Wort der Stunde. Das Ziel wird sein, Israel zu Zugeständnissen an die Palästinenser zu bewegen. Biden und Harris befürworten eine „ausgehandelte“ Zwei-Staaten-Lösung. Die Annexionspläne von Teilen des Westjordanlandes/Judea und Samaria, welche Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hegte, dürften damit endgültig vom Tisch sein – da hilft auch die langjährige persönliche Freundschaft zwischen Netanyahu

und Biden nicht weiter. Während Donald Trumps Deal of the Century also wieder in der Schublade verschwinden dürfte, ist unklar, welche Vision einer Friedenslösung stattdessen auf den Tisch kommt. Gleiches gilt allerdings für die US-Politik im gesamten Nahen Osten. Klar ist, für Biden wird die Allianz mit dem Jüdischen Staat kein außenpolitisches Kernanliegen sein. Darauf ist Israel zwar auch nicht angewiesen - neu gewonnene Partner in der Region könnten gut darüber hinweghelfen, dass die Freundschaft zwischen Israel und den USA in den nächsten Jahren von Washington nicht ganz so prioritär behandelt werden wird, wie es unter Trump der Fall war – doch die Rücken- deckung aus den USA wird fehlen.

Rücksichten auf linke Israelfeinde?

Wie sehr sie fehlen wird hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie Machtkämpfe in der Demokratischen Partei ausgehen, welche Kompromisse man bereit ist zu schließen und welche Prioritäten Biden setzt. In diesem Zusammenhang spielen auch die ausstehenden Stichwahlen in Georgia um die letzten Sitze im US-Senat eine entscheidende Rolle. Der Verlust der republikanischen Mehrheit in der „Upper Chamber“ würde den Demokraten außenpolitisch Spielräume eröffnen. Die Benennung von Botschaftern, die Ratifizierung von Verträgen, die Zusammensetzung der Ausschüsse – all dies sind Aufgaben des Senats. Und das könnte tatsächlich zum Problem werden. Längst ist Israel in den USA nicht mehr das „bipartisan matter“, das es einst war. Immer stärker hat sich die Freundschaft zum jüdischen Staat zum republikanischen Alleinstellungsmerkmal entwickelt, während die Demokraten der unbedingten Solidarität mit der einzigen Demokratie im Nahen Osten von Jahr zu Jahr kritischer gegenüber stehen. 2018 behaupteten 79 Prozent der Republikaner von sich, mehr mit Israel zu sympathisieren, als mit den Palästinensern. Auf Seiten der Demokraten waren es nur 27 Prozent. Der Trend dürfte sich in den letzten zwei Jahren noch verschärft haben. Ausdruck und treibende Kraft dieser Entwicklung sind u.a. „the Squad“. Die vier jungen, weiblichen Mitglieder des US-Repräsentantenhauses gehören dem linken Flügel der Demokratischen Partei an und sind entschiedene Feinde Israels. Ihre Agitation gegen Juden und den israelischen Staat bringt ihnen viel Sympathie unter jungen, linken Wählerinnen und Wählern ein und ist beinahe zu ihrem Markenzeichen geworden. Joe Biden, der im US-Kongress auf jede Stimme aus seiner Partei angewiesen ist, wird in Versuchung geraten, sich die Unterstützung der Truppe um Alexandra Ocasio-Cortez zu sichern, die ursprünglich Bernie Sanders favorisiert hatte. Da Außenpolitik für US-Wähler traditionell keine große Rolle bei ihrer Wahlentscheidung spielt, wäre es möglich, dass Biden sich auf einen Deal mit the Squad einlässt und dafür Israel „opfert“. Die Konsequenz wäre mit Sicherheit keine Gegnerschaft zum jüdischen Staat. Doch Israel stünde mit weiteren sicherheitspolitischen Kernanliegen erneut ohne Rückendeckung aus Washington da. Und das hätte Folgen, auch für uns.

Schließlich ist es nicht zuletzt der Administration von Donald Trump zu verdanken, dass israelische Bedenken in letzter Zeit gelegentlich auch in Deutschland mit der nötigen Ernsthaftigkeit behandelt wurden. Die Einstufung der Hisbollah als Terrororganisation, der BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages, die Einsicht des Außenministers Maas, dass Israel bei den UN ungerecht und einseitig behandelt wird, sein Zugeständnis, dass das Abkommen mit dem Iran „nicht perfekt“ sei, und die erstmalige Ablehnung einer israelfeindlichen Resolution bei der WHO durch den deutschen Vertreter – all dies wäre ohne die entsprechenden Impulse aus den USA nicht denkbar gewesen.



Gute Bekannte: Joe Biden (l.), damals Vizepräsident in der Obama-Administration und Israels Premierminister Benjamin Netanyahu bei einem Treffen im März 2016 in dessen Jerusalemer Büro. Foto: picture alliance | Debbie Hill

Sicher, vieles mag zunächst als Lippenbekenntnis erscheinen. Doch auf harte Arbeit kann auch Lohn folgen, wie das Verbot der Hisbollah eindrücklich zeigt. Es sind jene positiven Impulse aus den USA, die in Deutschland in den kommenden Jahren fehlen werden. Es wird also für unsere DIG umso wichtiger, auf einem positiven Engagement Deutschlands im Nahen Osten zu insistieren. Und zwar an der Seite Israels. Und es gibt genug zu tun: Deutschland muss in den Vereinten Nationen endlich eine Stimme gegen die einseitigen Verurteilungen des jüdischen Staates werden. Gleiches gilt für die EU und ihre einseitige Kennzeichnungspflicht israelischer Waren aus „besetzten Gebieten“. Das Abkommen mit dem Iran muss schnellstens auf den Prüfstand. Und nun, da die Hisbollah in Deutschland als Terrororganisation verboten ist, sollte die Bundesregierung sich dafür einsetzen, gleiches auch in der EU zu erreichen. Wo möglich sollte Deutschland hier mit unseren Partnern und Freunden in den USA gemeinsam vorgehen. Beim JCPOA wird dies unerlässlich sein, ebenso wie bei der Unterstützung weiterer Friedensinitiativen im Nahen Osten. Darauf zu drängen muss in den kommenden Jahren verstärkt unsere Arbeit sein.

In der Zwischenzeit aber wird Israel trotzdem sicher sein. Gewiss auch dank Jahrzehnten US-amerikanischer Unterstützung. Vor allem aber, weil der jüdische Staat gelernt hat, sich nicht auf andere zu verlassen: 1982 drohte der noch junge Joe Biden während einer Anhörung im US-Senat dem anwesenden israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin damit, die wirtschaftlichen Hilfen an Israel einzustellen, sollte der Siedlungsbau fortgesetzt werden. Begin erwiderte mit kraftvoller Stimme, was in Jerusalem noch heute gelegentlich in Richtung Berlin oder Washington gedacht werden dürfte: „Don't threaten us with cutting off your aid. It will not work. I am not a Jew with trembling knees. I am a proud Jew with 3,700 years of civilized history. Nobody came to our aid when we were dying in the gas chambers and ovens. Nobody came to our aid when we were striving to create our country. We paid for it. We fought for it. We died for it. We will stand by our principles. We will defend them. And, when necessary, we will die for them again, with or without your aid.“

Sebastian Hanak

Politikwissenschaftler, Mitglied des Vorstandes der DIG Frankfurt, Sprecher des JuFo Frankfurt und Mitarbeiter im Deutschen Bundestag



Foto: privat

Das größte Friedenshindernis im Nahen Osten ist die palästinensische Führung

Während Israel und die arabischen Staaten aufeinander zugehen und vor den Augen der Welt historische Vereinbarungen geschlossen werden, versucht die palästinensische Führung, diesen Prozess zu stören, statt endlich mit eigenen Vorschlägen an den Verhandlungstisch zu kommen.

Israel und die arabische Welt setzen auf Frieden, doch Palästinenserpräsident Mahmut Abbas sucht weiterhin die Auseinandersetzung und befeuert den Konflikt. Nein, nicht Israel, sondern die palästinensische Führung ist das größte Friedenshindernis im Nahen Osten. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) lebt vom Konflikt mit Israel und mit der barschen Reaktion auf die Annäherung zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrein und Sudan hat Ramallah die Maske fallen gelassen. Die Welt sieht nun, dass Palästinenserführer Abbas überhaupt nicht gewillt ist, Frieden mit Israel herbeizuführen und dieser jeden Versuch der Annäherung arabischer Staaten hintertreibt.

Dass die Arabische Liga nicht gewillt ist, dieses Spiel mitzuspielen, ist ermutigend und ernüchternd zugleich. Es stimmt zuversichtlich, dass es in den nächsten Jahren zu weiteren Übereinkünften zwischen

Israel und anderen arabischen Staaten kommen kann und zeigt gleichzeitig, dass Abbas ohne internationalen Druck nicht bereit ist, seinen destruktiven Kurs endlich aufzugeben. Die Europäische Union ist mit ihren wirtschaftlichen Hilfen derzeit noch eine der größten Stützen des Systems Abbas und der PA und hat es nun mit in der Hand, ob die palästinensische Führung weiterhin unbeirrt den Konflikt schüren kann oder Mahmut Abbas an den Verhandlungstisch mit Israel gezwungen wird. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, wie wenig die PA an einem dauerhaften Frieden mit Israel interessiert ist, so hat es Abbas mit seinem Verhalten in den zurückliegenden Wochen selbst gezeigt.

Abbas bekommt den Spiegel vorgehalten

Das Prinzip »Frieden gegen Land« hat Israel in den zurückliegenden Jahren mit dem Dauerbeschuss durch palästinensische Terroristen teuer bezahlt. Die PA hat sich im Gegenzug in ihrer vermeintlichen Opferrolle eingenistet und legitimiert ihren

Machterhalt ohne Wahlen aus dem selbst inszenierten Ausnahmezustand heraus. Wer darunter leidet sind auf palästinensischer Seite die Kinder, Frauen und Männer, die in übergroßer Zahl ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand herbeisehnen. Dies wird ihnen jedoch von ihrer eigenen Führung in Ramallah vorenthalten. Auf israelischer Seite leiden besonders die Menschen im Süden Israels, die seit Jahren unter dem Raketenbeschuss der Hamas leiden und Spielball palästinensischer Gewalt sind. Abbas weiß, dass jedes Zugehen der arabischen

Seite auf Israel auch den Druck auf ihn selbst erhöht, denn was andere Staaten der Arabischen Liga tun, sollte doch auch der PA möglich sein. Der Spiegel, den Abbas nun vor sein Gesicht gehalten bekommt, gefällt ihm gar nicht, denn die Frage, wer dem Frieden im Weg steht, beantwortet eben jenes Spiegelbild.

Die Zeit der faulen Ausreden ist vorbei, die PA muss endlich an den Verhandlungs-

tisch und so lange sie dies verweigert, sollte auch die Europäische Union ihre finanziellen Hilfen aussetzen. Denn der Spiegel lässt auch den Blick auf jene zu, die zumindest mittelbar das System Abbas stützen. Und hier besitzen Deutschland und die EU eine deutliche Mitverantwortung. »Frieden gegen Land« hat bisher nicht funktioniert. Die EU sollte zumindest durch einen zeitweisen Entzug finanzieller Unterstützung die palästinensische Führung an den Verhandlungstisch mit Israel führen und eigene Vorschläge der PA für den Friedensprozess einfordern. Dies ist fast zu selbstverständlich, um es besonders hervorheben zu müssen, aber es zeigt, wie einfach man es Abbas und Co. in den zurückliegenden Jahren gemacht hat, ihr falsches Spiel zu spielen. Israel taugt (nun) nicht (mehr) als Sündenbock!

Uwe Becker
DIG-Präsident



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas im Bundeskanzleramt. Foto: picture alliance /dpa | Kay Nietfeld



Foto: CH Lietzmann



Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com / White House

Selbstgewählte Irrelevanz

Wenn man die offiziellen Reaktionen auf europäischer Seite zu den Abraham Accords – die Friedensverträge zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain – mit einem Schlagwort umschreiben möchte, dann wäre es Eiseskälte. Es gab aber auch eine warme, gefühlsstarke Reaktion.

Eisig formulierte der Hohe Repräsentant für Außen- und Sicherheitspolitik in einer offiziellen Presseerklärung seine Gratulation, um dann gleich den Schwerpunkt auf den Verzicht möglicher Annexionspläne durch Israel zu legen und sich danach gänzlich auf den ungelösten Nahostkonflikt zu konzentrieren. In einem zwei Absätze langen Statement bewegen sich exakt nur zwei Sätze im inhaltlichen Rahmen der Bedeutung, die diese Friedensabkommen haben. Alles andere dreht sich um Selbsterwähnung der Europäischen Union und wie sie solche friedlichen Annäherungsversuche angeblich immer befördert habe – das wäre uns allen sehr neu – und eben die weiteren Nebensächlichkeiten. Bei einem Schulaufsatz würden man ein solches Fazit ziehen: Thema verfehlt.

Gefühlsstarke Reaktion der jungen Generation

Ganz anders dagegen fiel das Statement der »Initiative Junger Transatlantiker« aus, die sehr emotional und würdevoll die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain als Beginn

eines neuen Zeitalters beschreiben und mit den Worten abschließen, „Frieden schaffen, heißt Frieden zu vermehren“. Richtigerweise unterstreicht die junge Generation von Transatlantikern die von den USA wahrgenommene Vermittlerrolle. Zuletzt betonen sie in ihrer Erklärung auf den sozialen Netzwerken, dass es hier für sie auch um die Verteidigung universeller Menschenrechte, eines weltweiten Friedensprozesses und Freiheit geht – in Kooperation mit dem Jungen Forum der DIG und bei zukünftigen gemeinsamen Projekten.

Die Aussagen auf unterschiedlichen Ebenen innerhalb Europas – diese beiden exemplarisch ausgewählt – könnten nicht unterschiedlicher sein. Auf höchster außenpolitischer Ebene der Europäischen Union herrscht ein fast schon beleidigter Ton, dass ein Abkommen zwischen Israelis und Arabern ohne ein Mitwirken Europas errungen wurde – ja, warum wohl spielt Europa in den globalen Konfliktthemen keine Rolle? Oder anders gefragt: wie sehr kann man auf der falschen Seite der Geschichte stehen? Und auf einer eher zivilgesellschaftlichen Ebene steht ein Teil dieser jungen Generation unverrückbar zu

Die »Abraham Accords« wurden am 15. September 2020 im Rahmen einer offiziellen Zeremonie im Weißen Haus in Washington von dem Außenminister Bahreins, Dr. Abdullatif bin Rashid Al-Zayani, dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und vom Außenminister der Vereinten Arabischen Emirate, Abdullah bin Zayed Al Nahyan, unterzeichnet. Am 6. Oktober 2020 trafen sich in Berlin der Außenminister der VAE, Abdullah bin Zayed Al Nahyan, und der israelische Außenminister Gabi Ashkenazi bei Bundesaußenminister Heiko Maas. Gemeinsam besuchten sie auch das Holocaust-Mahnmal.

Foto: picture alliance / AP | Michele Tantussi



unseren politischen Bündnissen und füllt diese menschliche Verbundenheit glaubwürdig mit Leben. Die eine europäische Reaktion steht für Rückwärtsgänge und die andere europäische Reaktion für Zukunftsgestaltung. Und diese Zukunftsorientierung demonstriert auch, dass man diese Friedensverträge als Paradigmenwechsel im Nahen Osten begreifen sollte.

Historische Bedeutung der Friedensverträge

Im August 2020 verkündet und im Oktober im Weißen Haus offiziell unterzeichnet, beinhalten die Abraham Accords mehr als nur wirtschaftliche und kulturelle Kooperationen zwischen den Unterzeichnern Israel, den Emiraten und Bahrain – es geht auch um eine neue Sicherheitsarchitektur am Persischen Golf. Die offizielle und sichtbare diplomatisch-politische Verbindung bestand schon mehr als ein Jahrzehnt im Verdeckten zwischen diesen Ländern und sie rührte durch die aggressive Irrationalität des iranischen Regimes, seines gefährlichen Atomprogramms und seiner permanenten Einmischung durch Terrororganisationen wie der Hisbollah oder der Hamas in der nahöstlichen Region. Es ist ein gemeinsamer existenzieller Feind, den die sunnitischen Staaten und der jüdisch-demokratische Staat haben. Ihre geheimdienstlichen und politischen Kooperationen hinter dem Theatervorhang, während Europa wertvolle Zeit mit sinnlosen Verhandlungen vergeudet, sind jetzt Teil einer für die Weltöffentlichkeit wahrnehmbaren friedvollen Koexistenz, aber durch die bereits lange bestehenden Kommunikationswege ist es ein Paradigmenwechsel ohne großen Überraschungseffekt. Vielmehr war die Verkündigung dieses Abkommens eine logische Folge der engen Übereinstimmungen und bereits bestehenden verdeckten Zusammenarbeit in Bezug auf die eklatante iranische Aggression.

Die Gravität dieser politischen Bündnisse – zu der sich auch der Sudan angeschlossen hat – geht in ihrer Sichtbarkeit auch eben an einen bestimmten Adressaten: den iranischen Ayatollah und seine Revolutionsgarden. Durch die sicherheitspolitische Komponente und den öffentlichen Druck auf die iranische Diktatur sehen sich die schiitischen Machthaber am Persischen Golf einer zunehmend robusteren Sicherheitsarchitektur gegenüber, die sie in Schwierigkeiten bringt. Rüsten sie mit und nach, überleben sie es ökonomisch-politisch nicht mehr. Ziehen sie sich militärisch mit ihrem aggressiven Verhalten zurück, werden sie erfreulicherweise zu einem Papierzwerg, der rapide an Einfluss verliert. Auch das birgt Potential für einen inneren

Kollaps. In seiner Zukunftsvision birgt dieser historische Schritt der Friedensverträge etwas Reaganisches – es erinnert frappierend daran, wie Ronald Reagan die ehemalige Sowjetunion zu Tode gerüstet hat, sodass nur noch ein politischer Wandel übrig blieb.

Es ist ein Erbe von US-Präsident Trump, welches bereits jetzt in die Geschichtsbücher eingeht – unabhängig davon, wie kontrovers und schwierig er in vielen anderen Politikfeldern war und ist. Sichtbar ist auch, dass der israelische Premierminister Netanyahu trotz der innerisraelischen Kontroverse um ihn und seinen Führungsstil eine diplomatische Errungenschaft nach der anderen verbuchen konnte. Zuletzt gebührt den arabischen Unterzeichnern Respekt, in dieser von zunehmendem Antisemitismus geprägten politischen Weltlage ein Zeichen gegen Menschenverachtung und Hass gesetzt und bewiesen zu haben, dass ein politisches und freundschaftliches Verhältnis zur jüdischen Demokratie normal ist.

Status Quo nicht erhaltenswert

Einige weitere Adressaten im Vorbeigehen, die die Abraham Accords indirekt ansprechen, sollten sich mehrere Lehren aus den jüngsten Entwicklungen zu Herzen nehmen: der zentrale und globale Konflikt aus und im Nahen Osten ist der Charakter der iranischen Diktatur, die Zukunft liegt in deren Eindämmung und Beendigung. Solche Friedensverträge zeigen: der Status Quo ist nicht erhaltenswert und Stagnation keine gute Option, der palästinensische Extremismus muss nicht nur verurteilt, sondern auch entschieden bekämpft werden. Und Berlin als Kulisse für schöne Fotos des israelischen Außenministers und seines Amtskollegen aus den Emiraten spiegelt auf tragische Weise wider, wie politisch irrelevant Deutschland und Europa auf der politischen Weltbühne und konkret bezogen auf den Nahen Osten agieren, wenn man nur für ein Fotoshooting ausgewählt wird, aber bei dieser sichtbaren Zäsur keinerlei Rolle gespielt hat.

Saba Farzan

Deutsch-iranische Publizistin mit dem Schwerpunktthema transatlantische Nahostpolitik. Sie hat für viele nationale und internationale Publikationen wie *Der Tagesspiegel*, *Neue Zürcher Zeitung*, *National Review* sowie *NY Daily News* und *Times of Israel* geschrieben.



Foto: privat

Verweigerung ist keine Politik

Die historischen Abkommen mit den Vereinten Arabischen Emiraten und Bahrein überraschten viele. Das Auswärtige Amt und weite Teile der Presse waren fast sprachlos angesichts der außenpolitischen Erfolge Benjamin Netanjahus und Donald Trumps. Verständlich, denn vor den Augen der Weltöffentlichkeit erweist sich die deutsche und europäische Fixierung auf die Palästinenser als Opfer, denen geholfen werden muss, um den arabisch-israelischen Konflikt zu lösen, als Irrweg.

Gerade in der Diskussion um die Ausweitung der Souveränität auf Teile des Westjordanlandes nahm die Politik des Auswärtigen Amtes, noch mal und noch mal eine Schippe draufzulegen, seit zig Jahrzehnten wirkungslosen Maßnahmen draufzulegen, an Fahrt auf. Das Geld an die Palästinensische Autonomiebehörde fließt ungebremst weiter, obwohl sie zeitweise die Kontakte zu Israel und den USA abgebrochen hatte. Der UNRWA wird noch mehr Geld bereitgestellt, obwohl sie seit 60 Jahren den Konflikt verlängert statt löst. Der Bundestag droht mit „negativen Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen der EU und Israel“. Der Vorstand der DIG Region Stuttgart e.V. schlug in einer Stellungnahme Ende Juni vor, kritisch über diese Politik nachzudenken und sandte die Stellungnahme an Bundestagsabgeordnete der Region Stuttgart und Umgebung, sowie an Niels Annen MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Schade, dass Staatsminister Niels Annen MdB in seiner Antwort noch schärfer formuliert als der Bundestagsbeschluss, der behauptet, eine Annexion stünde im Widerspruch zu internationalem Recht. Herr Annen schreibt: „Die von Ihnen vorgetragene Argumente zur israelischen Rechtsposition sind der Bundesregierung bekannt. Diese Rechtsauffassung entspricht jedoch nicht der völkerrechtlichen Position der Bundesregierung. Jede Form einer Annexion ist völkerrechtswidrig.“

UNRWA schürt Illusion der „Rückkehr“

Die Unterstützung der UNRWA sei nur humanitäre Hilfe. Auf das vermeintliche „Recht auf Rückkehr“ geht Herr Annen leider nicht ein. Die UNRWA versorgt die palästinensischen „Flüchtlinge“ nicht nur mit Gesundheit und Sozialfürsorge, sondern auch mit Bildung, die den Hass auf Israel schürt und die Illusion auf „Rückkehr“ stützt; zum Beispiel mit einem UNRWA-Poster „Die Rückkehr – Recht der Flüchtlinge“. Erst dieser Tage sprach die Kommunikationsleiterin des US-Büros der UNRWA auf einer Konferenz, die Aktivisten in Lobbyarbeit für BDS schult. Die UNRWA auf humanitäre Hilfe zu reduzieren, heißt vor der Realität die Augen zu verschließen.

Nils Schmid MdB, SPD, behauptet in seiner Antwort auf unser Schreiben, „sowohl UNRWA als auch der UNHCR erkennen Nachkommen von Flüchtlingen als Flüchtlinge an. Dies ist eine Praxis, die von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Geberländer und der Aufnahmeländer von Flüchtlingen, weitgehend akzeptiert wird.“ Die spannende Frage, wie viele UNHCR-Flüchtlinge denn einen vererbten Flüchtlingsstatus genießen, beantwortet der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags, der diese Behauptung 2019 konstruiert hatte (2018 aber noch anderer Meinung war), leider auch nicht. Es kann keine relevante Größe sein. Denn der Flüchtlingsstatus eines UNHCR-Flüchtlings endet, sobald er oder sie in ein anderes Land

integriert ist. Anders bei einem UNRWA-Flüchtling. Auch wenn er zum Beispiel die jordanische Staatsbürgerschaft erhält, bleibt er weiter als Flüchtling bei der UNRWA registriert.

Übrigens gewährte auch das Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von 1953 einen vererbaren Flüchtlingsstatus, der dazu beitrug den Opfermythos der Deutschen zu verfestigen. Das in der deutschen und in der palästinensischen Bevölkerung noch immer fest verankerte Selbstbild als Opfer verbindet offenbar und erklärt die Mächtigkeit der Vorstellung, den Palästinensern „helfen“ zu müssen.

Strategie gegenüber dem Iran ändern

Die Antwort von Judith Skudelly MdB, FDP, hebt sich immerhin in einem Punkt positiv von allen anderen Antworten ab. Sie betont: „Die permanente Verweigerungshaltung der palästinensischen Führung ist nicht hinnehmbar! Auf dieser Grundlage können keine Kompromisse gefunden werden. Verweigerung ist keine Politik. Die palästinensische Seite muss sich aktiv und konstruktiv an zukünftigen Verhandlungen beteiligen!“

Die jetzt abgeschlossenen Abkommen revolutionieren die Bündniskonstellationen im Nahen Osten. Sie bauen eine strategische Achse Israel, Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Bahrain und Oman gegen die Aggressivität des Irans und der Türkei im Verbund mit der Muslimbruderschaft, die nach Vorherrschaft in der Region streben. Wenn die Bundesregierung und die EU ihre neutrale bis stützende Rolle gegenüber dem Iran nicht ändern, laufen sie Gefahr, im falschen Lager zu landen. Bisher gibt es keine Anzeichen, dass das Auswärtige Amt die Gefahr erkennt.

Das Waffenembargo ist wie im Atomdeal mit dem Iran vereinbart am 18. Oktober 2020 ausgelaufen. Das Regime kann jetzt Raketen, Panzer, Kampfflieger und -schiffe kaufen und sie sogar legal weitergeben an Hisbollah, Syrien, Hamas, Milizen im Yemen und im Irak. Im August beantragten die USA im UN-Sicherheitsrat das Waffenverbot für den Iran zu verlängern. Dass Deutschland, Frankreich und Großbritannien sich im UN-Sicherheitsrat enthielten, ist unverzeihlich. Ihr Nein hätte das Abstimmungsergebnis nicht verändert, wohl aber enormen Druck auf den Iran ausgeübt.

„Wir sind nicht naiv gegenüber dem Iran“, beteuerte Heiko Maas gegenüber dem israelischen Außenminister bei dessen Besuch Anfang September. Er wolle ein Waffenembargo durch eine diplomatische Lösung erreichen. Also auch hier die Vorstellung, noch ein bisschen mehr vom Gleichen, das schon bisher nicht funktioniert hat. Wir meinen, das Auswärtige Amt muss schleunigst die Umwegfinanzierung zugunsten des Iran beenden und sich an den US-Sanktionen im Öl-, Stahl- und Bankensektor beteiligen.

Bärbel Illi

Vorsitzende der DIG Region Stuttgart e.V.



Foto: privat



Zwischen Äquidistanz und Naivität: Die Jusos und ihr Israel-Beschluss

Ein Beschluss des Bundeskongress der Jusos hat medial große Wellen geschlagen. Der am 29. November 2020 beschlossene Antrag „Unsere Vision für das Willy Brand Center Jerusalem“ führt auf sieben Seiten die Sicht des Parteinauwuchs zum Nahostkonflikt aus – und nimmt nebenher auch noch Stellung zum Willy Brand Center (WBC), dem eigentlichen Antragsgegenstand. Der Antrag zeichnet eine falsche Äquidistanz der Probleme, zeigt Naivität und Unkenntnis hinsichtlich der Sicherheitslage vor Ort und verurteilt einseitig den israelischen Staat.

Der beschlossene Antrag dient als Entschuldigung für angebliche vergangene Fehler. 2019 verurteilten die SPD-Parteijugend mit einem weit über Parteigrenzen hinaus beachteten Papier Antisemitismus und Antizionismus in der UN und stellten sich unmissverständlich an die Seite des jüdischen Staates. Dafür gab es von Kennern des Konflikts aus allen Ecken Zuspruch. Aber ausgerechnet in dem hauseigenen Friedensprojekt Willy Brand Center verschlechterten sich die Beziehungen zu den dort agierenden Partnern, vor allem mit der Jugendorganisation der antizionistischen Fatah. Anstatt dies zu problematisieren und den zuvor gefassten Beschluss mit Leben zu füllen, rudert der Bundeskongress jetzt auf Antrag des Bundesvorstandes zurück und entschuldigt sich für jene vergangene Beschlüsse nach einem gemeinsamen „Visionsprozesses“ der Jusos mit dem WBC.

Dies führt soweit, dass Partner des WBC ein Veto bezüglich „inhaltlicher Positionierung zum Konflikt“ eingeräumt wird. Dies umfasst Vertreter der Fatah-Jugend, deren inhaltliche Position eigentlich mit denen der Jusos nicht vereinbar sein sollten. Diesen Freifahrtschein sollte niemand erhalten. So geben sich die Jusos selbst einen Maulkorb.

Hängt Antisemitismus vom Sprechort ab?

Die Antragschreiber ziehen sich zudem auf eine Sprechort-Position zurück: „Unsere Perspektive ist immer die der Nachfolgegenerationen der NS-Täter*innen“, daher gehe es nun darum „weg von einer weißen, eurozentristischen hin zu einer globalen sozialistischen Sichtweise auf Augenhöhe“ zu kommen. Die Kritik an den antisemitischen Verhältnissen vor Ort entspricht in dieser Lesart also einer deutschen Perspektive und nicht der Realität vor Ort. Dies verkennt den universellen Charakter von Judenhass, was nun wirklich nicht nur aus einer „weißen,

eurozentristischen“ Sicht verständlich sein sollte. Zudem gäbe es für die „Nachfolgegenerationen der NS-Täter*innen“ genau eine richtige Perspektive: Unbeirrbar an der Seite des einzigen jüdischen Staates zu stehen.

Wer trägt die Schuld am Stillstand vor Ort?

Neben diesen sprachlichen Umrahmungen behandelt der Antrag ausführlich den „Alltag im Konflikt“. Dabei wird im neutralen Duktus über einen „Stillstand der Verhandlungen“ gesprochen, bspw. „Gewalt ist eine allgegenwärtige Bedrohung“. So wird eine falsche Gleichheit zwischen den beteiligten Parteien geschaffen – Israel will Frieden, die palästinensischen Vertreter lehnen ihn konsequent ab und haben bisher noch jede Friedensverhandlung zum Scheitern gebracht. Diese mangelnde Verantwortlichkeit zieht sich durch den gesamten Antrag: „Die Errichtung eines selbstbestimmten, unabhängigen und überlebensfähigen palästinensischen Staates rückt zunehmend durch das Agieren der rechten israelischen Regierung (...) in weite Ferne“. Dies ist so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil richtig ist und entmündigt die palästinensischen Verantwortlichen. Währenddessen findet nicht mit einem Wort Beachtung, was parallel zum Visionsprozess des WBCs geschah: Mit den Abraham Accords wurde die Welt Zeuge eines historischen Friedensdeals des israelischen Staates mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain. Bis zu fünf weitere arabische Staaten könnten folgen.

Ein krasses Unverständnis der Situation in Israel

Die Jusos „treten klar für die legitimen Sicherheitsinteressen Israels und Palästinas ein“, liest der Antrag. Auch diese Darstellung verzerrt die Realität vor Ort, schließlich sind es palästinensische Terroristen, die seit Jahrzehnten die Ermordung



Die SPD-Spitze beim Online-Bundeskongress der Jungsozialisten im Willy-Brandt-Haus: Ex-Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert und seine Nachfolgerin Jessica Rosenthal (hinten links) mit den SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert-Walter Borjans (l.).

Foto: picture alliance / Kay Nietfeld

von Zivilisten in Israel betreiben. Der israelische Staat reagiert defensiv auf äußere Aggressionen: Eine Tatsache, die der Text konsequent verschweigt. In diesem Zusammenhang ist der Aufruf zum aktiven Gewaltverzicht aller „relevanten Akteur*innen“ besonders zynisch.

Der Antrag spezifiziert: „für eine Mauer zwischen Israel und Palästina ist kein Platz“. Diese Aussage verschleiern den Daseinsgrund für den Sicherheitszaun (der nur an wenigen Stellen eine tatsächliche Mauer ist). Seit Errichtung der Sicherheitsanlage ist die Zahl der Selbstmordanschläge substantiell gesunken. Das einseitige Abbauen dieser Anlage gefährdet unmittelbar das Leben von Zivilisten auf israelischer Seite. Dazu gesellen sich übliche pauschale Verurteilungen gegen den jüdischen Staat, wie die angeblich „völkerrechtswidrige Annexion der palästinensischen Gebiete“, „die strategische Kontrolle über die Jordan-Quellen“ und ein „System von Unterdrückung und Besatzung“, das als „kollektive und individuelle Traumata (...) die Narrative beider Gesellschaften (prägt)“. Die Jusos sind hier einer jahrzehntelangen antiisraelischen Agitation auf den Leim gegangen, die es bis weit in den Mainstream geschafft hat.

Steckt hinter allem die Springer-Presse?

In der ersten Reaktion auf den medialen Aufschrei sahen sich Teile der Partei und des Parteienwachstums als Opfer einer großen Kampagne von Springer-Presse und Konservativen. So wird der Springer-Presse vorgeworfen, populistisch und ohne jeden Kontext zu arbeiten, wobei ein Blick in eben jene Blätter erstaunliches über die Partner vor Ort offenlegt und vor allem wörtlich die mit 96 Prozent Ja-Stimmen verabschiedete Position zitiert. In der Tat zeigten sich zahlreiche Abgeordnete von CDU und auch FDP empört über den druckfrischen Juso-Beschluss. Damit sind sie aber nicht alleine, sondern reihen sich bei der Kritik von zahlreichen NGOs und jüdischen Organisationen ein, die sich für eine Konfliktbeilegung einsetzen.

Hinter diesem Vorwurf verbirgt sich bei genauerem Hinsehen vor allem eins: Der Unwille, sich mit der breiten Kritik, vor allem aus der Zivilgesellschaft, auseinanderzusetzen und Fehler einzusehen. Diese lagen eben nicht in der einmaligen Verurteilung des Antizionismus in der UN. Sondern in der sich nun zeigenden hilflosen Äquidistanz und Unwissenheit über die Konfliktlage mit all ihren dahinterstehenden Ideologien – die sich eben nicht einfach am Gesprächstisch auf Augenhöhe beilegen lassen.

Doch das Kind ist mit dem Bade ausgeschüttet. Was muss also jetzt geschehen?

Jusos müssen jetzt ihre Israel-Solidarität beweisen

Die Jusos sollten sich nicht auf eine vage Position zu „legitimen Sicherheitsinteressen“ versteifen, sondern die Israel-Solidarität leben. Dies bedeutet, problematischen „Schwesterorganisationen“ den Kampf anzusagen und klare Abgrenzungen zu Antisemitismus als Grundvoraussetzungen einzufordern. Dies führt sicherlich zu Konflikten in der „International Union of Socialist Youth“ (IUSY), aber darf als rote Linie nicht überschritten werden.

Auch wird dies die Beziehungen zum WBC belasten, aber die Jusos sind gegenüber dieser Institution nicht weisungsgebunden. Ja, der Dialog vor Ort ist wichtig und den wirklich mutigen Akteur*innen, die sich auf palästinensischer Seite für Annäherung einsetzen, muss ein sicherer Ort gegeben werden. Aber wenn sich das WBC nicht dazu durchringen kann, Antisemitismus und Antizionismus in Bausch und Bogen zu verurteilen, dann disqualifiziert es sich für eine enge Zusammenarbeit und untergräbt sein Daseinsziel, „vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ein Beitrag zur Verständigung in der Region (zu leisten)“.

Für die Jusos bedeutet das: Zu Israel stehen heißt nämlich auch, andere Gruppen und selbst mögliche „Partner*innen“ als Teil des Problems zu benennen. Der Dialog mit Vertretern aus den palästinensischen Gebieten ist wichtig, diesen kann aber auch eine selbstbewusste Juso-Position zu Israel zugemutet werden. Die Lage wird sich sicherlich nicht verbessern, wenn Probleme verschwiegen oder geleugnet werden. Daher müssen die Jusos jetzt daran arbeiten, diese Beschlüsse zurückzunehmen und die Israel-Solidarität ernstnehmen. Denn nur ein Israel-solidarischer Jugendverband verdient eine Zukunft.

Vincent Wolff

DIG-Präsidiumsmitglied und
Vorstandsmitglied der Jusos in Berlin-
Friedrichshain-Kreuzberg

Der Beitrag wurde zuerst auf dem Nahost-
Thinktank mena-watch.com veröffentlicht.



Foto: CH Lietzmann

Massive Einschüchterungsversuche nach Kritik an Achille Mbembe

Nach der Einladung des afrikanischen Historikers und Politikwissenschaftlers Achille Mbembe als Eröffnungsredner der Ruhrtriennale 2020 (die schließlich Corona-bedingt abgesagt wurde) und Proteste gegen dessen israelfeindliche und antisemitische Äußerungen, entbrannte eine heftige Debatte.

Auch der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Dr. Felix Klein hatte die Einladung Mbembes kritisiert und ihm eine Relativierung des Holocaust vorgeworfen. Daraufhin formierte sich eine massive Kampagne von intellektuellen Mbembe-Unterstützern aus dem In- und Ausland, die in einer Rücktrittsforderung an Dr. Felix Klein gipfelte. Im Zuge der Kampagne wurde auch der Buchautor und israelische Regierungsmitarbeiter Arye Sharuz Shalicar scharf angegriffen.

Gegen diese Einschüchterungsversuche protestierten zahlreiche Verbände, Organisationen, DIG-Arbeitsgemeinschaften und Einzelpersonen in einem Offenen Brief. Außerdem veröffentlichte die Deutsch-Israelische Gesellschaft eine Pressemeldung, in der DIG-Präsident Uwe Becker Stellung gegen die Diffamierungsversuche gegen Dr. Felix Klein und Arye Sharuz Shalicar bezog. Wir dokumentieren beide Veröffentlichungen im Wortlaut. Darüber hinaus widerspricht DIG-Vizepräsidentin Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB, in einem zuerst in der »taz« veröffentlichten Beitrag der Delegitimierung und Dämonisierung Israels in postkolonialen Debatten.



Dr. Felix Klein ist seit dem 1. Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Er hat nach dem Studium der Rechtswissenschaften die Ausbildung für den höheren Auswärtigen Dienst beim Auswärtigen Amt absolviert. Dr. Klein spricht Deutsch, Französisch, Englisch,

Italienisch und Spanisch. Er war seit 2014 Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt. Die Position des Antisemitismusbeauftragten wurde von der amtierenden Bundesregierung neu geschaffen und ist beim Innenministerium angesiedelt. *Foto: Rene Bertrand, bmi*



Arye Sharuz Shalicar, als Sohn iranisch-jüdischer Eltern in Berlin aufgewachsen, diente nach dem Abitur in der Bundeswehr als Sanitäter. 2001 wanderte er nach Israel aus und studierte an der Hebräischen Universität Jerusalem. Von 2009 bis 2016 war er Pressesprecher der israelischen Armee (IDF). Seit Anfang 2017 ist er Direktor für Auswärtige

Angelegenheiten im Ministerium für Nachrichtendienste im Büro des israelischen Ministerpräsidenten. Er schrieb zwei Bücher: »Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude: Die Geschichte eines Deutsch-Iraners, der Israeli wurde« (2010) und »Der neu-deutsche Antisemit: Gehören Juden heute zu Deutschland?« (2018). *Foto: privat*

Offener Brief: Gegen jeden Antisemitismus!

Mit zunehmender Sorge und Irritation beobachten wir eine seit Wochen laufende Kampagne gegen Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, der wiederholt in ungerechtfertigter, ehrabschneidender und inakzeptabler Weise angegriffen wurde. So zum Beispiel geschehen in einem offenen Brief von 60 Personen, der Ihnen in den letzten Tagen zugegangen sein dürfte: Sie kritisieren den Überbringer der schlechten Nachrichten und diffamieren ihn. Um Kurt Tucholsky zu zitieren: „Im Übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Zudem wurde das Gerücht verbreitet, der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antisemitismus habe die Publikation „Der neu-deutsche Antisemit“ von Arye Sharuz Shalicar finanziell gefördert. Tatsache ist, dass der Verlag „Hentrich & Hentrich“ keine Mittel hierfür erhalten hat.

Ebenso haltlos ist die Behauptung, die Meinungsfreiheit werde eingeschränkt, und zwar von Felix Klein. Wir stellen fest: Endlich wird angefangen, die verschiedenen Ausprägungen des Judenhasses zu erkennen und zu benennen. Deren Ursachen wurden noch nicht mal erwähnt, geschweige denn kritisiert. Im Gegensatz dazu betonen wir, dass Antisemitismus sich in verschiedensten Formen Ausdruck verleiht. Er gehört zur kulturellen DNA Europas und ist im Stande, sich wie ein Chamäleon den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Wenn heute „Kindermörder Israel“ skandiert wird, greift dies auf den mittelalterlichen Vorwurf zurück, Juden würden christliche Kinder töten, um aus deren Blut Mazzah (ungesäuertes Brot) zu Pessach herzustellen. Wenn heute von den „Rothschilds“ die Rede ist, dann rekurriert dies auf das Bild des „Wucherjuden“. Wer heute

fordert, keine israelischen Waren zu kaufen, ist geistiger Erbe von „Kauft nicht bei Juden!“ der SA.

Es ist zynisch, den Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit für jene einzufordern, die nur eine „Friedenlösung“ für den Nahen Osten kennen: Die Vernichtung Israels. Seit Jahren beobachten wir, dass die „Kritik“ an dem Handeln der israelischen Regierung als Vorwand genommen wird, jüdenfeindliche Ressentiments zu äußern und eine über alle gesellschaftlichen Milieus akzeptierte Form des Antisemitismus ist. Es ist antisemitisch, Jüdinnen und Juden hier in Deutschland für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich zu machen. Dies erleben Jüdinnen und Juden immer wieder, seit Jahrzehnten. Dabei ist die Behauptung, dass man Israel nicht kritisieren könne, bereits ein Teil des Ressentiments. Es gibt hierzulande keine Sprechverbote, dazu genügt der tägliche Blick in die deutsche Presse.

Wir wissen, dass der moderne Antisemit gelernt hat, seinen Judenhass sozial adäquat auszudrücken. Statt: „Ich hasse Juden!“ sagt er: „Ich hasse Israel!“ Nur wenn Antisemitismus in all seinen Ausprägungen erfasst und benannt wird, ist es möglich, diesen zumindest einzudämmen. Dies sehen wir durch die Arbeit von Dr. Felix Klein gewährleistet. Er engt den Begriff nicht auf eine politische Richtung ein, sondern benutzt ihn umfassend. Egal, ob Antisemitismus von Rechtsextremisten kommt, aus der Mitte der Gesellschaft, von islamischen Fundamentalisten oder von Linksradikalen. Dr. Felix Klein leistet seit seiner Berufung eine hervorragende Arbeit und hat unsere volle Unterstützung und Vertrauen.

29. Juli 2020

An der Seite von Felix Klein und Arye Sharuz Shalicar

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Uwe Becker, kritisiert die Kampagne gegen den Antisemitismusbeauftragten Felix Klein als „unerträglichen Einschüchterungsversuch“ und zeigt seine Solidarität mit Arye Sharuz Shalicar. „Die seit Monaten laufende Kampagne gegen Felix Klein und Arye Sharuz Shalicar ist unerträglich. Wer unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit das Recht zur Kritik an Israels Politik einfordert, gleichzeitig aber das wichtige Engagement gegen israelbezogenen Antisemitismus diffamiert, der entlarvt sich selbst. Hier versuchen interessierte Kreise massiv die Arbeit und Integrität des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein zu desavouieren und auch das Engagement des früheren Sprechers der Israelischen Streitkräfte (IDF), Arye Sharuz Shalicar, zu verunglimpfen. Dies ist nichts anderes als der Versuch der Einschüchterung. Deshalb stellt sich die DIG auch klar und solidarisch an die Seite von Felix Klein und Arye Sharuz Shalicar“, sagte DIG-Präsident Uwe Becker.

„Wer die Bundeskanzlerin anschreibt, um Meinung zu unterdrücken, der will Menschen mundtot machen und tritt nicht für Meinungsfreiheit ein. Offenbar reicht die Sehnsucht mancher nach permanenter Israelkritik so weit, dass man sogar vor einem breit angelegten Einschüchterungsversuch nicht zurück-

schreckt. Das Engagement gegen Antisemitismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn es Judenfeindlichkeit in all seinen Schattierungen bekämpft. Genau dies leistet Felix Klein, wenn er neben dem rechtsextrem motivierten Judenhass, jüdenfeindlichen Stereotypen in der Mitte unserer Gesellschaft und eben auch dem israelbezogenen Antisemitismus entschieden entgegentritt. Ich unterstütze seine Arbeit voll und ganz und hoffe, dass sich auch die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag klar hinter Felix Klein und sein Engagement stellen und die permanenten Anfeindungen zurückweisen“, so DIG-Präsident Uwe Becker weiter.

„Auch die Arbeit von Arye Sharuz Shalicar unterliegt derzeit massiven Angriffen. Seine sicher pointierten Positionen sind aus meiner Sicht wichtige Beiträge zur Diskussion über Israels Sicherheit und über die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Judenhass. Er nimmt kein Blatt vor den Mund und wird daher nun auch zur verbalen Zielscheibe jener, für die nur die eigene Auffassung als Meinung gelten darf. Daher gilt auch ihm und seinem Engagement meine Solidarität“, so Uwe Becker abschließend.

31. Juli 2020

Weiterentwicklung unserer Erinnerungskultur nicht ohne Prämissen

Ob und wie in postkolonialen Debatten israelbezogener Antisemitismus auszumachen ist, wurde in Deutschland kontrovers diskutiert. Fest steht: Die Gleichsetzung der Staatsgründung Israels mit einem „kolonialen Projekt“ ist gefährliche Geschichtsklitterung.



„Die wiederkehrenden polemischen Versuche, Israel als „Siedlerkolonie“ oder „rassistischen Apartheidstaat“ zu delegitimieren und zu dämonisieren, sind historisch falsch und ihnen muss aufs Schärfste widersprochen werden,“ sagt Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB. Foto: Thomas Trutschel

Dass diese Debatte jetzt geführt wird und dabei öffentliche Resonanz erzeugt, liegt auch an der zunehmenden Bedeutung postkolonialer Kritik. Wurde die Aufarbeitung unseres kolonialen Erbes über Jahrzehnte verdrängt, hat die Restitutionsdebatte in den vergangenen Jahren eine Tür geöffnet, durch die Stimmen postkolonialer Theoretiker und Aktivist*innen vermehrt gehört werden. Das ist auch dem beständigen Engagement postkolonialer Initiativen zu verdanken, ohne welches das Bekenntnis zur „Aufarbeitung des Kolonialismus“ wohl kaum Eingang in den aktuellen Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD gefunden hätte. Entgegen den Verlautbarungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist die Debatte um das Humboldt Forum und die Rückgabe von Kultur- und Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten – zu Recht – nicht bei einer „Sommerloch-Debatte“ geblieben. So hat der Restitutionsbericht von Bénédicte Savoy und Felwine Sarr – eigentlich eine Handlungsempfehlung für den französischen Staatspräsidenten – auch in Deutschland hohe Wellen geschlagen.

Diese zunehmende Bedeutung des Postkolonialismus ermöglicht und erfordert eine Weiterentwicklung unserer Erinnerungskultur. Erinnerungskultur ist genuin dynamisch, sind die ihr zugrundeliegenden Narrative doch stets Gegenstand von Deutungskämpfen. Ein Wandel der Gesellschaft muss sich auch in einer Weiterentwicklung der Erinnerungskultur widerspiegeln. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft müssen wir

der Frage nachgehen, wie aus vielen verschiedenen Perspektiven und Erzählungen ein gemeinsames Erinnern entstehen kann. Zweifelsohne muss die kritische Aufarbeitung der deutschen Kolonialherrschaft und der damit verbundenen Verbrechen eine bedeutendere Rolle einnehmen. Postkoloniale Asymmetrien und tradierte Behauptungen von Ungleichwertigkeit können nur überwunden werden, wenn dauerhaft und interdisziplinär ein kritisches Bewusstsein über und ein Umgang mit unserem kolonialen Erbe geschaffen wird. Demut und die Abgabe von Deutungshoheit der eurozentristischen Sicht sind dabei elementar.

Falsch wäre es allerdings, dabei auf eine normative Orientierung zu verzichten. Es geht um die fortgesetzte Suchbewegung nach einer angemessenen Erinnerungskultur. Für diese ist ein sich selbst Hinterfragen ebenso elementar, wie Widerspruch konstruktiv aufzunehmen. Eine Dekolonisierung kann nur im fortgesetzten Dialog entstehen.

Zurecht weisen die Vertreter des Postkolonialismus auf das Fortwirken kolonialer Machtverhältnisse in der Gegenwart hin; darauf, dass durch den Kolonialismus und Imperialismus verfestigte Strukturen bis heute wirkmächtig sind. Der aktuell kritisierte Philosoph Achille Mbembe hat eindrücklich gezeigt, dass der Kapitalismus der Gegenwart und der Kolonialrassismus – also der durch das koloniale Projekt hervorgebrachte und dieses System gleichzeitig stützende Rassismus, der sich gegen People of Color richtet und sich nicht zuletzt in der rassistischen Polizeigewalt zum Beispiel in den USA äußert – aufs Engste miteinander verbunden sind. Die nun geäußerte Kritik bezieht sich aber eben nicht auf diese Erkenntnis. Vielmehr steht dabei der antisemitische Antizionismus innerhalb des postkolonialen Diskurses im Vordergrund, der sich unter anderem durch die Unterstützung der BDS-Bewegung äußert.

Die Verdienste des postkolonialen Diskurses werden in keiner Weise geschmälert, wenn wir festhalten: Die kritische Aufarbeitung des kolonialen Erbes und die Überwindung von Kolonialitäten brauchen nicht den Rekurs auf Israel. Die wiederkehrenden polemischen Versuche, Israel als „Siedlerkolonie“ oder „rassistischen Apartheidstaat“ zu delegitimieren und zu dämonisieren, sind historisch falsch und ihnen muss aufs Schärfste widersprochen werden. Der Staat Israel wurde 1948 als Refugium einer ethnisch-religiösen Gruppe gegründet, die in Europa über Jahrhunderte unterdrückt, verfolgt und während der Shoah industriell vernichtet wurde. Lange gab es die jüdi-

sche Präsenz in Palästina; „Eretz Israel“ ist die uralte Heimstätte der Juden, aus der sie mehrfach vertrieben wurden. Ein „arabisches Land Palästina“ gab es nicht. Durch die Gleichsetzung werden reale Siedlerkolonien von Kolonialmächten relativiert, wie sie etwa in Namibia („Deutsch-Südwestafrika“) und Südafrika aufgebaut wurden und dort das Ziel der Unterwerfung und Ausbeutung der lokalen Bevölkerung verfolgten.

Der „Apartheidstaat“-Vorwurf ist ebenso unhaltbar, verkennt er doch, dass Israel ein Rechtsstaat ist, in dem jüdische wie nicht-jüdische Staatsbürger die gleichen Bürgerrechte haben. Durch die Gleichsetzung wird auch hier ein über Jahrzehnte dauerndes rassistisches System in Südafrika relativiert, das auf ungleichen Rechten und diskriminierenden Gesetzen beruhte. Die Gleichsetzung der Staatsgründung Israels mit einem „kolonialen Projekt“ wird beiden Phänomenen nicht gerecht, sie ist gefährliche Geschichtsklitterung.

Inwieweit sich Postcolonial Studies und Antisemitismus-Forschung zukünftig produktiv aufeinander beziehen werden, ist im Moment noch nicht abzusehen. Eine zunehmende Wachsamkeit gegenüber strukturellem Antisemitismus wird die Bedeutung postkolonialer Kritik stärken. Wünschenswert ist ein vertiefter interdisziplinärer und öffentlicher Austausch allemal, weil so auch im politischen Raum ein notwendiger Selbstreflexionsprozess in Hinblick auf unsere Erinnerungskultur entstehen könnte. Gemeinsames Anliegen aller Beteiligten sollte es dabei sein, grundsätzlich Antisemitismus keinen Raum zu geben, weder israelbezogen noch sonst. Dieser Grundsatz stellt für mich eine wesentliche Prämisse, eine normative Orientierung der Erinnerungskultur dar, für die ich streite.

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB
DIG-Vizepräsidentin

Die IHRA-Definition von Antisemitismus

Um Antisemitismus früh erkennen und so besser bekämpfen zu können, ist es wichtig, die Gesellschaft und staatliche Organe dafür zu sensibilisieren, was als Meinungsäußerung toleriert werden kann und wo die Grenze zu Antisemitismus überschritten wird. Insbesondere die Abgrenzung von zulässiger Kritik am Handeln der israelischen Regierung und israelbezogenem Antisemitismus scheint im Alltag manchmal unklar zu sein. Die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken verabschiedete internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus liefert hier eine wertvolle Orientierung und ist nützliches Instrument bei der Einordnung von Fällen.

Die internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Die deutsche Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Im Mai 2016 verabschiedete das Plenum der IHRA diese Arbeitsdefinition auf eine deutsch-rumänische Initiative hin in Bukarest. Die Formulierung beruht auf einer internen Definition, die von der Vorgängerorganisation der Europäischen Grundrechteagentur (Fundamental Rights Agency, FRA) 2004 erarbeitet wurde, um einen europaweiten Standard für das Monitoring von Antisemitismus im Rahmen der Arbeit der FRA zu finden. Die Definition hat keine rechtliche Bindungskraft. Ihre Beachtung leistet aber einen Beitrag dafür, zu dokumentieren, dass sich Deutschland nach innen wie nach außen für eine differenzierte Sichtweise und Bekämpfung des Phänomens Antisemitismus einsetzt. Sie wurde von der Bundesregierung am 20. September 2017 durch Kabinettsbeschluss in vorstehender Form verabschiedet und in Umlauf gebracht. Damit hat die Bundesregierung die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis

von Antisemitismus auf nationaler Ebene gelegt. Auch für den Beauftragten der Bundesregierung ist sie handlungsleitend. In Deutschland wird sie in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, zumindest auf Bundesebene, bereits angewandt:

- bei themenbezogenen Veranstaltungen und Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung, von Gedenkstätten, Dokumentationszentren und Geschichtsmuseen in entsprechenden Kontexten,
- als handlungsleitend für die Weiterentwicklung des Programms „Demokratie leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
- als Teil der Antisemitismusseminare im Rahmen der Ausbildung bei den Bundessicherheitsbehörden, also den deutschen Nachrichtendiensten, dem Bundeskriminalamt und der Bundespolizei.

Besonders in den Bereichen Bildung, Justiz, Polizei und Schule müssen verlässliche Strukturen geschaffen werden, über die solches Wissen vermittelt und weitergegeben wird. Dabei helfen auch die der IHRA-Definition beigefügten Beispiele, antisemitische Muster in ihren vielfältigen Ausprägungen zuverlässiger herausarbeiten und analysieren zu können. Die Anwendungsbeispiele sind integraler Bestandteil bei der Implementierung der IHRA-Definition.

Deutschland setzt sich auch dafür ein, dass andere internationale Organisationen und Gremien die Definition zur Grundlage ihrer Arbeit machen. Die Vermittlung von Wissen über Antisemitismus bleibt sowohl national wie auch international eine Daueraufgabe.

Quelle: Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Diktion von BDS-Aktivisten: In einem Schreiben deutsch-palästinensischer Städtepartnerschaftsvereine an die Bundeskanzlerin wird der Staat Israel diffamiert.

www.koeln-bethlehem.de/2020/07/01/an-die-bundesregierung

Deutsch-palästinensische Städtepartnerschaftsvereine fordern die Verhinderung der Annexionspläne Israels

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

„I can't breathe...!“ Die in den langen Minuten einer menschenverachtenden Tortur elf mal ausgestoßene Bitte von George Floyd ist in diesen Tagen zum Symbol für die Hilferufe von Unterdrückten und Entrechteten geworden. Das gilt für Menschen und Völker.

Wir, die Vertreter und Vertreterinnen deutsch-palästinensischer Partnerschaftsvereine für Kommunen Palästinas, kennen die verzweifelten Bitten unserer palästinensischen Partner, man möge ihnen Luft zum Atmen lassen. Es ist nicht notwendig, die alltäglichen Menschenrechtsverletzungen aufzuzählen, denen Menschen in Palästina ausgesetzt sind - Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sind darüber informiert.

Atemberaubender Vergleich

Deutsch-palästinensische Städtepartnerschaftsvereine aus Köln, Bergisch Gladbach, Brühl, Bielefeld, Jena, Neuwied, Stendal, Moers und Dortmund wandten sich im Juni in einer öffentlichen „Petition“ an die Bundeskanzlerin. Darin verglichen sie die Politik Israels mit der Tötung von George Floyd durch einen US-amerikanischen Polizisten. Ihre Argumentation ist durchsetzt von antisemitischen Stereotypen.

Antisemitismus wird sehr häufig als Kritik am Staat Israel kaschiert. Ein Beispiel dafür ist die „Petition“, mit der sich neun deutsch-palästinensische Städtepartnerschaftsvereine am 30. Juni 2020 an Bundeskanzlerin Angela Merkel wandten. Darin bemühen sie voller Pathos einen zynischen Vergleich: „I can't breathe...!“ Die in den langen Minuten einer menschenverachtenden Tortur elf mal ausgestoßene Bitte von George Floyd ist in diesen Tagen zum Symbol für die Hilferufe von Unterdrückten und Entrechteten geworden. Das gilt für Menschen und Völker. Wir, die Vertreter und Vertreterinnen deutsch-palästinensischer Partnerschaftsvereine für Kommunen Palästinas, kennen die verzweifelten Bitten unserer palästinensischen Partner, man möge ihnen Luft zum Atmen lassen.“

Was die lokalen „Nahostpolitiker“ zu ihren dramatischen Zeilen bewegt hat, war der inzwischen zurückgestellte Beschluss der neuen israelischen Regierung, Teile des Westjordanlandes zu annektieren. Die unterzeichnenden Vereine nennen sich im Absender einen – bisher nicht in Erscheinung getretenen –, „Verband deutsch-palästinensischer Städtepartnerschaftsvereine, Initiativen und Arbeitskreise“, wodurch sie ihrem Anliegen wohl mehr Gewicht verleihen wollten.

Der Annexionsbeschluss wurde international von Politik und Medien vielfach kritisiert, doch das genügte den hiesigen Palästinenserfreunden offensichtlich nicht. Ihre obsessive Israelkritik zeigt sich in typischen Argumentationsmustern: Nachdem mit dem „I can't breathe“-Zitat im ersten Satz eine propagandistische Verbindung zur Tötung George Floyds in den USA hergestellt wurde, folgen diverse einseitige Geschichtsbetrachtungen, bis schließlich in typisch antizionistischer Logik Juden oder Israelis selbst für den Antisemitismus verantwortlich gemacht werden: Diese könnten nun „auf der ganzen Welt Opfer eines sich verstärkenden Antisemitismus werden“, raunen sie in dem Schreiben an die Bundeskanzlerin. Des weiteren beschwören sie eine „neue Intifada“ herauf und dass noch „mehr Menschen als in früheren Jahren bereit sein könnten, ihr Leben und das von Israelis nicht mehr zu schonen.“ Das klingt fast nach einer Rechtfertigung von palästinensischen Selbstmordattentaten. In ihrer Parteinahme für die vermeintlich „Unterdrückten und Entrechteten“ werden die Sicherheitsinteressen Israels natürlich außer Acht gelassen. „Brücken statt Mauern“ heißt einer ihrer

bestenfalls als naiv zu bezeichnenden Slogans, was deutlich macht, dass die Partnerschaftsvereine völlig ausblenden, dass erst die tausendfachen bestialischen Terrorattentate durch Palästinenser die israelischen Regierungen dazu genötigt haben, Trennzäune zu den Palästinensergebieten aufzubauen, um ihre eigene Bevölkerung zu schützen. Stattdessen argwöhnen die Vereine, durch den Beschluss der israelischen Regierung würden die „Friedensverträge mit Jordanien und Ägypten“ gefährdet. Dass dagegen die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain jüngst diplomatische Beziehungen mit Israel aufgenommen haben und weitere arabische Staaten dem bald folgen könnten, dürfte bei einer solchen Weltsicht eher stören.

Insgesamt erinnert die „Petition“ in ihrem ideologischen Pathos stark an die israelfeindliche Diktion von BDS-Aktivisten – was wenig verwundert. Deutsch-palästinensische Städtepartnerschaftsvereine sind schon häufiger durch „israelkritische“ Aktionen und Veröffentlichungen aufgefallen, obwohl ihre Funktion politische Zurückhaltung gebietet. Denn eigentlich dienen Städtepartnerschaften zur Verständigung der Menschen aus verschiedenen Ländern auf kommunaler Ebene und nicht als Bühne für politische Agitation. Wer sich trotzdem berufen fühlt, lokale Nahostpolitik zu betreiben und unter dem Mantel von Städtepartnerschaften den Staat Israel verunglimpft, muss sich deshalb Kritik gefallen lassen. Auf diese reagieren die Autoren der „Petition“ jedoch ausgesprochen dünnhäutig. In ihrem Brief an die Bundeskanzlerin beklagen sie sich auch noch über „vermehrt aggressive Diffamierungsversuche seitens proisraelischer Aktivisten hierzulande.“ Dass sie mit ihrem George Floyd-Vergleich selbst Diffamierung betreiben, liegt außerhalb ihrer Wahrnehmungsfähigkeit.

Apropos „I can't breathe“: In einem israelischen Krankenhaus haben die Ärzte bis zuletzt versucht, das Leben des mit Corona infizierten und aufgrund seiner Vorerkrankungen besonders gefährdeten palästinensischen Chefunterhändlers Saeb Erekat zu retten. Leider vergeblich, aber er erfuhr bis zu seinem letzten Atemzug eine hervorragende medizinische Betreuung.

Jennifer Marken

Journalistin, Expertin für Antisemitismus und Rechtsextremismus

Hans-Jochen Vogel

* 3. Februar 1926 † 26. Juli 2020



Foto: picture alliance / Sven Hoppe/dpa

Solidarität mit Israel war für ihn eine Selbstverständlichkeit

Der ehemalige Münchner Bürgermeister, Berliner Regierender Bürgermeister, Bundesminister sowie sozialdemokratischer Bundestagsfraktions- und Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel ist am 26. Juli 2020 im Alter von 94 Jahren verstorben.

Mit Hans-Jochen Vogel hat unser Land nicht nur einen ihrer prägendsten und über alle Parteigrenzen hinweg anerkannten und verehrten Nachkriegspolitiker verloren, sondern auch eine große Persönlichkeit, die vielen Menschen bis in die heutige Generation als Vorbild gilt.

Bereits ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik wurde er Sozialdemokrat und zog damit die Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen der Nazi-Diktatur, des Holocaust und des Vernichtungskrieges mit millionenfachen Opfern. Für ihn war es eine zentrale Lebensaufgabe, für ein neues, friedliebendes und zutiefst demokratisches Deutschland zu arbeiten. Dies hat er in beeindruckender Weise in seinen vielen herausgehobenen politischen Funktionen unter Beweis gestellt. Mit seiner herausragenden juristischen Begabung, seinem Durchsetzungsvermögen und seiner eisernen Beharrlichkeit realisierte er nicht

nur in seiner Heimatstadt München, sondern auch später als Bundesminister viele Projekte, die mit seinem Namen untrennbar verbunden sind.

Nachdem es Hans-Jochen Vogel gelungen war, die Olympischen Spiele 1972 nach München zu holen, gehörte das Attentat des palästinensischen Mordkommandos auf israelische Sportler und der gescheiterte Befreiungsversuch zu den bittersten Erfahrungen seines gesamten politischen Lebens. Vogel war es auch, der die toten und schwerverletzten Sportler nach Israel begleitete.

Was Hans-Jochen Vogel Zeit seines Lebens antrieb und was für ihn quasi als selbstgestellte Pflichtaufgabe über allen tagespolitischen Herausforderungen stand, das waren seine tief verwurzelten christlichen Grundüberzeugungen, die sich ebenso in der biblischen Bergpredigt, wie auch im Grundgesetz widerspiegeln. Für ihn war der erste Artikel unserer Verfassung, nach der die Würde des Menschen unantastbar ist, gleichzeitig der wichtigste.

Schon sehr früh bekannte sich Hans-Jochen Vogel zur histori-

schen Schuld der Deutschen und der sich daraus ergebenden bleibenden Verantwortung für die jüdischen Menschen bei uns und in der Welt; insbesondere auch in Israel. Er gehörte zu den Frauen und Männern der ersten Stunde, die sich nach Gründung des Staates Israel für eine Annäherung der beiden Staaten einsetzten. Hans-Jochen Vogel zählt auch zu den Gründungsmitgliedern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft im Jahre 1966, und er gehörte dem ersten Kuratorium der DIG an. Später wurde er dann Gründungsmitglied von AMCHA Deutschland und war bis zuletzt Mitglied im dortigen Ehrenrat. Ebenso engagierte er sich als Gründungsvorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und im Kuratoriumsvorstand des NS-Dokumentationszentrums München.

Das jahrzehntelange Engagement Hans-Jochen Vogels für die christlich-jüdische und die deutsch-israelische Versöhnungsarbeit wurde mit zahlreichen Ehrungen bedacht, wie dem Heinz-Galinski-Preis, dem Leo-Baeck-Preis, dem Max-Friedlaender-Preis und der Ohel-Jakob-Medaille, um nur die wichtigsten Ehrungen zu nennen. Alt-Bundespräsident Joachim Gauck erklärte anlässlich einer Würdigung: „Solidarität mit Israel war und ist

für Hans-Jochen Vogel eine Selbstverständlichkeit. Und genauso war immer sein leidenschaftliches Eintreten gegen jeden Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus fest, unbeirrbar und selbstverständlich.“

Hans-Jochen Vogel hat sich nicht nur um sein Land in besonderer Weise verdient gemacht. Viele Menschen in Deutschland, Israel und darüber hinaus trauern um diesen aufrechten, ehrlichen und oftmals unerbittlichen Kämpfer für Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Sozialdemokratie trauert um einen ihrer glaubwürdigsten und beispielgebenden Führungspersönlichkeiten und unser ganzes Land um einen großartigen Politiker und wunderbaren Menschen.

Als Deutsch-Israelische Gesellschaft verneigen wir uns vor Hans-Jochen Vogel in tiefer Dankbarkeit.

Reinhold Robbe
Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft a.D.

Benjamin Diehl

* 28. September 1994 † 22. Oktober 2020

Er hatte eine ganz besondere Liebe zu Israel

Wir trauern um unseren Freund Benjamin Diehl, der sein Leben eigentlich noch vor sich hatte. Er war leidenschaftlich, visionär und voller Ambitionen. Sein plötzlicher, viel zu früher Tod lässt uns fassungslos zurück.

Benny engagierte sich bereits im Alter von 20 Jahren im Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V. und im Bundesvorstand unseres Jungen Forums.

Sein scharfer Verstand, sein Witz und seine Liebe zu Israel waren uns ein Vorbild. Im Alter von 26 Jahren ist Benny von uns gegangen. Er wird uns unendlich fehlen.

Das Junge Forum bittet um Spenden, um in Bennys Namen Bäume in Israel pflanzen zu lassen:

Empfänger: Juedischer Nationalfonds e.V.
IBAN: DE29 3702 0500 0000 0170 70
BIC: BFSWDE33XXX (Bank für Sozialwirtschaft AG)
Verwendungszweck (unbedingt angeben): Gedenken Benny

Die Spende für einen Baum beträgt 18 Euro. Die Hinterbliebenen und Freunde freuen sich über jeden Beitrag.

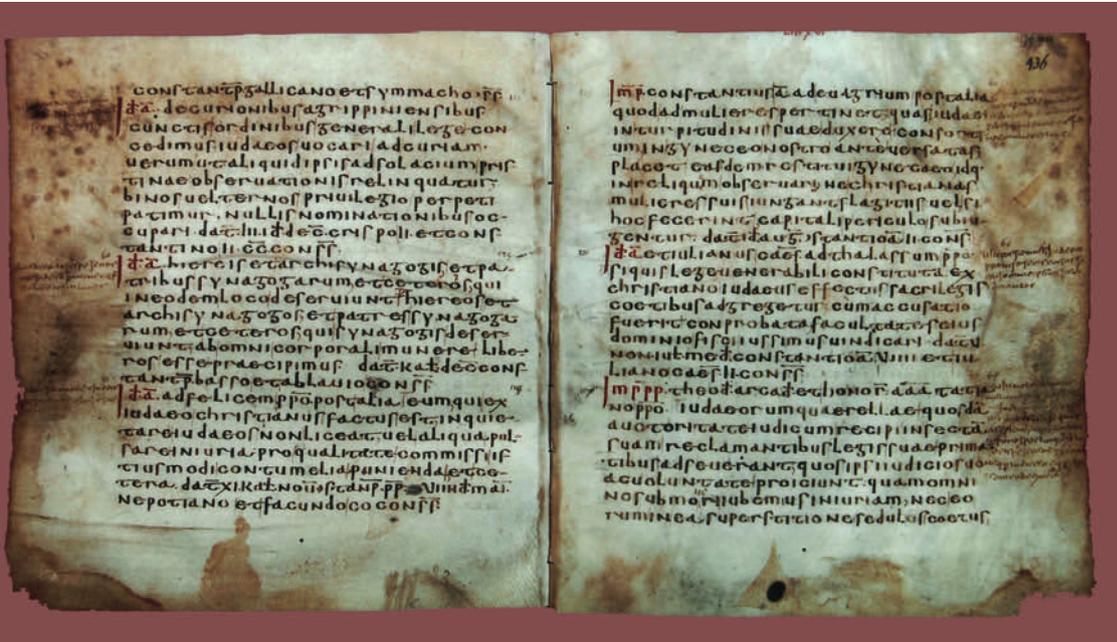
Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Foto: privat

Deutsch-Jüdisches Jubiläumsjahr

Vor 1700 Jahren wurden Juden in Deutschland erstmals schriftlich erwähnt. Das wird im Jahr 2021 bundesweit groß gefeiert. Die DIG ist als Partner ganz vorne mit dabei.



Das kaiserliche Edikt von 321 ist in einem Codex aus dem Vatikan erhalten geblieben. Eine wissenschaftliche Einführung unter dem Titel „Das Dekret von 321: Köln, der Kaiser und die jüdische Geschichte“ ist beim Jüdischen Museum »MiQua« kostenlos erhältlich. Bestellungen per E-Mail: miqua@lvr.de

Foto: MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln/Biblioteca Apostolica Vaticana. Codex Theodosianus 16, 8.3.

Im Jahr 2021 wird an die erstmalige urkundliche Erwähnung einer jüdischen Gemeinde auf deutschem Boden erinnert. Am 11. Dezember 321 erließ der römische Kaiser Konstantin ein Edikt, das an die Kölner Stadtvertreter gerichtet war. Es erlaubte den Juden, sich in Köln niederzulassen und Teil der Kurie, dem damaligen Rat der Stadt Köln, zu werden. Dieser Text ist in einer kaiserlichen Bulle erhalten geblieben und damit die früheste schriftliche Quelle zur Existenz von Juden nördlich der Alpen. Die Bulle befindet sich heute im Besitz des Vatikan.

Jüdisches Leben in Deutschland kann im Jahr 2021 auf eine (mindestens) 1700-jährige Geschichte zurückblicken. Dies wird im Rahmen eines bundesweiten Jubiläumsjahres mit zahlreichen Veranstaltungen gefeiert. Der Verein »321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.« fungiert dabei als zentrale Anlaufstelle und Koordinator.

Mehr als 120 Veranstaltungen geplant

Es werden mehr als 1200 Veranstaltungen stattfinden und in vielfältiger Weise an 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland erinnern. Der Fokus des Jahres liegt aber nicht nur auf dem Erinnern, sondern auch auf zukunftsgerichteten Projekten. Verschiedene Institutionen, Organisationen und politische Parteien werden ihren Beitrag dazu leisten.

Ganz vorne mit dabei ist auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft, deren Arbeitsgemeinschaften Projektanträge ge-

stellt und auch bewilligt bekommen haben, sodass die Durchführung ihrer Projekte finanziell gesichert ist.

Großes Laubhüttenfest im September

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist auch der Premium-Partner für die Durchführung eines „XXL Sukkot Festivals“ im kommenden Jahr. Alle Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen, zusammen mit jüdischen Gemeinden und Organisation vor Ort oder auch in Eigenregie eine Laubhütte aufzustellen und die Menschen einzuladen, jüdischen Glauben hautnah kennenzulernen.

Der Verein 321 bedankt sich von ganzem Herzen beim Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, das dieser Partnerschaft zugestimmt hat und so dazu beiträgt, jüdisches Leben in unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Auf diese Weise erreichen wir gemeinsam, jüdisches Leben so darzustellen wie es in Wirklichkeit ist – befreit von Mythen und Halbwahrheiten. Das Laubhütten-Festival bietet die Möglichkeit, bei Essen und Getränken Fragen nach dem jüdischen Glauben zu stellen und Jüdinnen und Juden im persönlichen Gespräch kennenzulernen.

Projekt „Mentsch“

Ein weiteres Leuchtturmprojekt des Vereins 321 ist das Projekt „Mentsch“, das dazu einlädt, jüdisches Leben mit allen Sinnen zu erfahren. „Mentsch“ ist im Jiddischen eine Ehrenbe-



zeichnung für einen guten Menschen, und so dreht sich bei diesem Projekt alles um das Menschsein. Dazu wird es in vielen Städten des Landes Podiumsgespräche geben, aber auch Musik- und Balagan-Festivals bis hin zu Kochkursen und kulinarischen Highlights.

Dem Verein »321 geht es besonders darum, heutiges jüdisches Leben in seiner gesamten Bandbreite darzustellen. Aber natürlich wird auch die Erinnerung an die Shoah einen großen Platz einnehmen. Das Jubiläumsjahr dient auch dazu, gegen das Vergessen zu arbeiten und eine neue Erinnerungskultur zu begründen.

Wir sind der felsenfesten Überzeugung, nach 1700 Jahren mit diesen Jubiläumsfeiern neue Seiten im Geschichtsbuch zu beschreiben – Seiten, die positiv besetzt sind, und Seiten, die von Gemeinsamkeit reden und nicht von Trennung. Wir als Menschen haben es in der Hand, gegen Antisemitismus, gegen Rassenhass, gegen politischen Antisemitismus und für die Demokratie und ihre Werte zu kämpfen.

Aufruf zum Mitmachen

Es bestehen weiterhin viele Möglichkeiten, sich als Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an dem Festjahr zu beteiligen. Zur Koordination mit dem Verein »321 stehe ich als persönlicher Ansprechpartner aus dem Präsidium sehr gerne zur Verfügung. Ich freue mich auf Anregungen und Fragen.

Auf ein wunderschönes Festjahr 2021!

Helge David Gilberg
DIG-Präsidiumsmitglied



Foto: CH Lietzmann

Für jüdisches Leben in Deutschland aktiv

Der Verein »321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.« wurde 2018 im Gemeindehaus der Synagoge Köln gegründet. Ziel des Vereins ist es, die Bedeutung der jüdischen Kultur und Geschichte für Deutschland und Europa wachzuhalten, auf ihr 1700-jähriges Bestehen hinzuweisen und dazu Feierlichkeiten im und rund um das Festjahr 2021 anzustoßen bzw. zu organisieren. In Planung stehen neben einem Festakt in Köln zahlreiche bundesweite Kulturevents sowie die Herausgabe von Publikationen. Dadurch möchte der Verein öffentlichkeitswirksam dazu beitragen, kulturelle, politische und interreligiöse Debatten innerhalb der Gesellschaft anzustoßen und deutliche Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus zu setzen. Der Verein versteht sich als Portal für alle Interessierten sowie als Plattform für alle, die aktiv einen Beitrag zum Festjahr 2021 leisten möchten. Deshalb sind Institutionen, Parteien, Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften genauso wie Einzelpersonen herzlich eingeladen, dem Verein beizutreten und seine Anliegen Weltoffenheit, Toleranz und ein nachhaltig friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen zu unterstützen.

Kontakt:

321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.
c/o Synagogen-Gemeinde Köln
Ottostraße 85
50823 Köln
info@2021JLID.de
www.1700jahre.de

Mit dem Davidstern durch die Domstadt

Ein gemeinsames Zeichen für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus und Rassismus haben die Synagogen-Gemeinde Köln, die Stadt Köln und die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) gesetzt: Mit dem Slogan „Schalömchen Köln!“, einem großen Davidstern und einer Abbildung der Kölner Synagoge wirbt eine Straßenbahn in der Domstadt für das Jubiläumsjahr 2021. „Die Bahn ist ein klares Bekenntnis zu unseren jüdischen Kölnerinnen und Kölnern“, sagte Oberbürgermeisterin Henriette Reker bei der Einweihung. „Und sie ist ein Bekenntnis zu unserem jüdischen Erbe. Diese Bahn macht deutlich: Köln ist ohne seine 1700 Jahre alte jüdische Gemeinde undenkbar.“

Das Foto von der Shalömchen-Tram ist schon um die ganze Welt gegangen. V.l.n.r.: Geschäftsführer Andrei Kovacs vom Verein »1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«, KVB-Vorstandsvorsitzende Stefanie Haaks, die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Felix Schotland vom Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln. Foto: KVB



„Zahor – Erinnerere Dich“

Film über eine jüdische Familiengeschichte, erzählt von dem Hoffenheimer Bundesligafußballer und israelischen Nationalspieler Ilay Elm Kies.

Mein Name ist Ilay Elm Kies und ich erzähle die Geschichte von Menachem und seinem Bruder Fred. Ich bin 17 Jahre alt.“ Mit dieser Szene beginnt der bemerkenswerte Centropa-Kurzfilm „Zahor – Erinnerere Dich“. In ihm wird die Überlebengeschichte der Brüder Menachem und Fred, geborene Mayer, nacherzählt. Beide wurden 1929 bzw. 1932 im baden-württembergischen Hoffenheim bei Sinsheim geboren. Ihre Eltern wurden von den Deutschen in Auschwitz ermordet. Der eine emigrierte nach dem Krieg nach Israel, der andere in die USA. Erst ihre Erinnerung an ihre verbindende Familiengeschichte brachte sie wieder zusammen.

Ilay Elm Kies, in Israel geboren und aufgewachsen, ist bereits als Jugendlicher in Israel bei Maccabi Haifa ein talentierter Fußballspieler. Als er 14 ist, kommt er nach Hoffenheim. Die Gemeinde mit gut 3000 Einwohnern erlangte durch ihren Bundesligisten TSG 1899 Hoffenheim bundesweite und internationale Bekanntheit.

Ilay, der als in Deutschland spielender israelischer Fußball-Nationalspieler eine große Zukunft vor sich haben dürfte, wird mit 18 Jahren Stammspieler in der U 19 bei der TSG. Im Film, der von seiner jugendlichen Erzählkunst und dem Einarbeiten zahlreicher biografischer Fotos lebt, erzählt der Israeli Ilay über das durch die Shoah Verlorene: „Als ich nach Hoffenheim kam merkte ich: Hier gibt es keine Juden.“ Für ihn, den israelischen Jugendlichen, eine schmerzhaftes Erkenntnis: Für ihn war es in Israel eine Selbstverständlichkeit, unter Juden zu leben. Dabei ist jüdisches Leben in Hoffenheim seit 300 Jahren nachgewiesen: 1705 lebten dort zwei jüdische Familien, 1782 waren es schon 121. Es gab eine Synagoge und ein lebendiges Gemeindeleben. Heinz (Menachem) und Manfred (Fred) Mayer gehörten anfangs als Juden dazu, jedoch nicht lange: Wegen des Antisemitismus müssen die Brüder ab 1937 die jüdische Schule

im 25 Kilometer entfernt gelegenen Heidelberg besuchen. Jedoch bereits im August 1935, berichtet Ilay als Protagonist der Geschichte, schrieb der „Heidelberger Beobachter“: „Juden in Hoffenheim unerwünscht“.

Ilay erzählt auch von seinen Freunden und Lehrern der Sinsheimer Albert-Schweitzer-Schule, die ihm helfen, in dem ihm anfangs fremden Deutschland zurecht zu kommen. Und die ihm von der in Vergessenheit geratenen jüdischen Geschichte des Kraichgaus berichten. Dies ist für ihn vor allem sein Lehrer Michael Heitz, der zusammen mit Ed Serotta von Centropa die Idee zu diesem Film hatte und dessen Realisierung unermüdlich vorantrieb. „Mein Lehrer erzählte mir auch, was aus den Juden in Hoffenheim geworden ist.“

Die Geschichte der Familie Mayer

Ilay erzählt, untermalt durch Fotos der Protagonisten, die Geschichte der Familie Mayer: Ihr Vater Karl, ein Viehhändler, war im Ersten Weltkrieg mit dem „Eisernen Kreuz“ für seine Erfolge für „das Vaterland“ ausgezeichnet worden. Geholfen hat es ihm nicht. Das Vertrauen auf die Deutschen erweist sich als eine tödliche Illusion. Karl wird zuerst nach Dachau verschleppt. Die Bilder der brennenden Synagoge, vom November 1938, brennen sich unauslöschlich in die Seelen von Heinz und Manfred ein.

Im Oktober 1940 wird die Familie Mayer mit dem Zug ins südfranzösische Internierungslager Gurs deportiert. Die Eltern trennen sich nach drei Monaten, voller Ängste und Schmerzen, von ihren beiden Kindern Heinz und Manfred, um zumindest diese zu retten. Sie geben sie in ein Waisenhaus. Beide überleben, bald getrennt voneinander, mit sehr viel Glück in Frankreich sowie in der Schweiz.

Am 10. August 1942 schickt die Mutter aus dem Lager Rivesaltes den letzten Brief, der so endet: „Bleibt brav und gesund. Eure Euch liebende Mutter.“ Dann werden sie nach Auschwitz verschleppt, wo sich ihre Spur verliert.

Manfred und Heinz finden sich 1946 in der Schweiz wieder. Heinz wird sehr religiös, auch um den inneren Schmerz über den Verlust der Eltern zu ertragen. Manfred hingegen sagt: „Gott ist tot“, erzählt Ilay im Film. Manfred geht in die USA, amerikanisiert seinen Namen in Fred Raymes, arbeitet in der amerikanischen Raumfahrtindustrie. Das Grausame hofft er

Ilay Elm Kies spielt seit dem Jahr 2015 für die TSG Hoffenheim. Er durchlief zunächst alle Jugendmannschaften, ehe er im Januar 2020 mit einem Profivertrag ausgestattet wurde. Im Sommer wechselte er auf Leihbasis bis 30. Juni 2021 zum niederländischen Erstligisten ADO Den Haag. Außerdem läuft er seit Oktober 2019 für die israelische A-Nationalmannschaft auf, für die er in der UEFA Nations League gegen die Slowakei sein erstes Tor erzielte. Der 20 Jahre alte Mittelfeldspieler hat bei der TSG Hoffenheim noch einen Vertrag bis Sommer 2023. Foto: Uwe Grün / TSG Hoffenheim





Ilay Elm kies (hinten) bei den Sprachaufnahmen zu dem Film »Zahor – Erinnere Dich«. Foto: privat

durch Vergessen und Verdrängen los zu werden. Als Heinz von der Gründung Israels hört, geht er 16-jährig in den gerade gegründeten jungen jüdischen Staat. Dort nimmt er den hebräischen Namen Menachem an, geht zur Armee, lebt in einem Kibbutz. Er lernt die aus Köln stammende Chava van Cleef kennen. 1939 war ihr die Flucht nach England gelungen. Als überzeugte Zionisten leben sie in dem jungen jüdischen Staat. Menachem spezialisiert sich zunächst auf die Schafzucht, studiert später und arbeitet dann als promovierter Biologe im israelischen Erziehungsministerium.

1972 kommt es zum ersten Wiedertreffen der Brüder, die so unterschiedlich mit ihren schrecklichen Erfahrungen umgegangen sind. 1985 wird Menachem für einige Jahre Gesandter der Jewish Agency für jüdische Erziehung in Frankreich, entwickelt dort Schulbücher für jüdische Kinder. Voller Ambivalenzen besucht er irgendwann doch seine frühere Heimat. In dem Kapitel „Es führt kein Weg zurück“ erzählt der junge israelische Fußballer den schmerzhaften Prozess der Wiederbegegnung der beiden Brüder mit Hoffenheim. 2002 verfassen sie auf englisch eine Doppelbiografie, 2009 erscheint dann der Kinofilm „Menachem & Fred“ über ihren jüdischen deutsch-amerikanisch-israelischen Lebensweg. Nun stellen sie ihre



Im Januar 2020 wurde Ilay Elm kies mit dem Preis »Jugend zeigt Zivilcourage« ausgezeichnet. Foto: Uwe Grün / TSG Hoffenheim



Ilay Elm kies und Menachem Mayer bei der Film Premiere in Hoffenheim. Foto: Screenshot / TSG Hoffenheim

Erinnerungen auch Schülern in Sinsheim vor. Auch die Jugendmannschaften der TSG Hoffenheim hören die Geschichte der ehemaligen Hoffenheimer Brüder und gestalten gemeinsam dem Menachem & Fred Wanderweg. Bei dessen Einweihung 2012 sind beide dabei.

„Ich habe das Gefühl, dass ich die Geschichte von Menachem und Fred weitertragen muss“, erzählt Ilay am Ende der beeindruckenden, sich insbesondere an Jugendliche richtenden Films. Dies sei zugleich die eigentliche Bedeutung des Begriffs „Zahor“. Am Ende sehen wir Ilay, wie er bei einem Besuch in Israel Dr. Menachem Mayer besucht.

Mehrere Auszeichnungen

Im September wurden das Centropa Filmprojekt Zahor – der Film wurde sowohl auf Deutsch, Englisch und Hebräisch erstellt – und die TSG Akademie vom Deutschen Fußballbund mit dem diesjährigen Julius-Hirsch-Preis des Deutschen Fußball-Bundes ausgezeichnet. Für sein Engagement in dem Filmprojekt wurde Ilay bereits im Januar 2020 mit dem Preis „Jugend zeigt Zivilcourage“ ausgezeichnet.

Und Ilay Elm kies erzielte am 7. September 2020 beim Länderspiel der israelischen Nationalmannschaft gegen die Slowakei in der Nations League unmittelbar vor dem Schlusspfiff das Ausgleichstor zum 1:1 Endstand.

Dr. Roland Kaufhold
Journalist und Sachbuchautor



Foto: privat

Deutsche Fußballfankultur auf Ivrit

Adam Lahav und Felix Tamsut betreiben seit Anfang 2020 den renommierten Podcast »germanfussballstories«: Auf Hebräisch über deutsche Fußballfankultur. Als ausgesprochene Fußball-Nicht-Versteherin bin ich neugierig geworden, was die deutsche Fankultur so stark von der Israelischen unterscheidet. Ein Teil dessen werde ich wohl nie werden, ein Fan der beiden Podcaster bin ich aber jetzt schon.

Düsseldorf. Der Tag könnte nicht verregnet sein und dazu sind Adam, Felix und ich für acht Uhr morgens zum Interview verabredet. Nahezu pünktlich erschien Adam. Der gebürtige Offenbacher, der in Israel aufgewachsen ist, schrieb mir vor acht Uhr, dass er einen Parkplatz suche, während ich mit der deutschen Bahn mein persönliches Ärgernis hatte. Verspätet trudelte ich endlich ein, wesentlich später folgte Felix, der als Verspätungsgrund kurz und bündig raushaute: „I’m israeli.“

Adam Lahav und Felix Tamsut lernten sich über den Fußball kennen, genau genommen gäbe es dabei einen Trick verriet mir Adam: „Es gibt eine Community für Israelis, die in Deutschland leben und sich mit Fußball beschäftigen, da haben wir erstmals online Kontakt aufgenommen“. Adam verriet mir, dass wir Teilzeit in derselben sauerländischen Kleinstadt groß geworden sind – und das westfälische Sauerland tendiert dabei immer schon zum schwarz-gelben Borussiaverein BVB 09. Da Felix schon immer mal das Stadion der westfälischen Fußballhauptstadt Dortmund besuchen wollte, trafen sich Adam und Felix erstmals in Dortmund. Seitdem sind die beiden Fußballfans gemeinsam in der deutschen Fußballfankultur unterwegs.

Die israelische BVB 09 Fancommunity wächst

Die Idee zu einem Podcast kam von einem gemeinsamen Freund, seitdem kann dem Podcast unter anderem auf Facebook gelauscht werden. „Es war uns klar, dass über Fußball ohnehin viel berichtet wird, doch das wirklich Interessante ist die Fankultur“, erzählt Felix, der als Sportjournalist bereits seit fünf Jahren in Deutschland lebt und arbeitet. Adam hingegen ist seit vielen



Die Macher des Podcast an ihrem Lieblingsort: Felix Tamsut (l.) und Adam Lahav. Foto: Adam Lahav (Selfie)

Jahren vor allem in der Fankultur rund um den sozial ausgerichteten Verein BVB 09 aktiv und stand lange Jahre selbst auf dem Feld: „Fußball spielte bei mir immer eine große Rolle, mit fünf Jahren trat ich damals in Israel in einen Fußballverein ein, es hat mich immer interessiert, gleich nach der Schule ging es auf den Hof zum Fußballspielen.“ Ich bin neugierig geworden, welche Anhängerschaft der BVB 09 in Israel genießt; Adam stellt dazu heraus: „Also eigentlich hat der FC Bayern München in Israel viel mehr Fans, der israelische Fanclub bringt da bei einem Publicviewing mehr Menschen zusammen, der israelische Fanclub zum BVB 09 befindet sich in seiner Anfangsphase“. Der begeisterte BVB Fan ist in Israel 2012 zusammen mit einem Freund Gründer des israelischen Fanclubs gewesen. 2010 baute der ambitionierte Fußballanhänger eine Facebookseite für die israelische Fancommunity auf. Der in Israel entstandene Fanclub des Vereins BVB 09 genießt Anerkennung, es gibt einen regen Austausch zwischen dem Dortmunder BVB 09 und der israelischen Fancommunity, erzählt Felix und ergänzt: „Es muss gesagt werden: Ich bin Kölner, ich bin also kein BVB Fan. Und trotzdem sage ich von außen, dass es unglaublich ist, was dieser Fanclub in so kurzer Zeit geschafft hat, der BVB erkennt den israelischen Fanclub an und sie supporten sich gegenseitig – und das sage ich von außerhalb! Diese Community wächst in Israel, und das ist definitiv interessant zu beobachten.“

Das Alleinstellungsmerkmal des Podcasts

Mit der wachsenden Resonanz auf den gemeinsamen Podcast ist Felix zufrieden: „Mittlerweile gibt es auch in Israel eine Community, die sich dafür interessiert, das ist wirklich sehr erfreulich“. Allgemein ist der europäische Fußball in Israel sehr populär, „aber das betrifft vor allem den englischen und den spanischen Fußball“, räumt Felix ein. Auch Adam hat mir während unserer Wartezeit erzählt, dass es eine große Community um englische und spanische Fußballvereine gäbe. Über Fußball anderer Nationalität zu sprechen, bezeichnet Felix als „Nische“, im Anschluss verriet mir die beiden noch, dass dieses Wort bedeutungsgleich auch in Ivrit existiere. Es ist demnach also eine überschaubare Nischen-Community. „Wir haben uns daher auch bewusst für diese Nische entschieden, dass wir also nicht über Fußballtaktik und -spiele berichten, sondern über die Fußballkultur, die Gesellschaft und die Politik darum herum. Das ist bis jetzt auch sehr gut angekommen. Wer also wirklich nach Geschichten über den Fußball sucht, der kommt dann zu uns – so heißt unser Podcast schließlich auch“, ergänzt Adam. „Einen solchen Podcast gibt und gab es bis her nicht in Israel, der tatsächlich aus der Fancommunity selbst heraus berichtet wird, zudem noch auf unserer Muttersprache“, fügen die beiden stolz hinzu.

„Dafür, dass wir den Podcast erst seit Ende Januar/Anfang Februar dieses Jahres betreiben, haben wir bei manchen Folgen bereits viele Zuhörer, an die tausend! Das ist für einen Podcast dieses Formats und für Israel wirklich erstaunlich“, betont

Adam. Als Fußball-Nichtversteherin muss ich erneut nachfragen, was denn nun das tatsächlich Besondere am deutschen Fußball sei. Darauf antwortete Adam: „Nicht viel. Wobei eines schon: die 50+1 Regel. Im Gegensatz zu anderen Ländern wie England oder Spanien haben die Fans hier wirklich das sagen, die Vereine haben das Sagen. Das sorgt dafür, dass der Fußball von der Fankultur geprägt ist.“

„Wir sind Teil der Fankultur“

Während mir die beiden einen völlig neuen Blick auf die deutsche Fußballfankultur offenbarten, die ich zuvor nur mit überfüllten S-Bahnen und Biergeruch konnotierte, schwenkte Felix den Blick auf die israelische Fankultur. Durch ihren gemeinsamen Podcast über die deutsche Fußballfankultur, die stattfindenden Proteste, wenn Ticketpreise erhöht werden beispielsweise, verändert sich sogar die israelische Fußballfankultur: „Manche sagen: na ja, wenn die Deutschen sowas machen, warum nicht wir? Warum protestieren wir nicht gegen Ticketpreise? Das ist für mich und Adam das größte Kompliment, auch den israelischen Fans zu zeigen, dass es möglich ist, sich gemeinsam zu organisieren.“ Adam fügt dabei hinzu, dass es in Israel sehr viel Ungewissheit gäbe bezüglich des deutschen Fußballs und dessen Fankultur. Oftmals vermitteln die beiden und bauen Brücken, oder werden sogar als Experten hinzugezogen, wie beim Spielabbruch in Hoffenheim nach mehrmaliger Diffamierung des Hoffenheimer Unternehmers Dietmar Hopp. „Alle sind sie zu uns gekommen und wollten wissen was passiert ist, inklusive der größten Journalisten Israels“, setzt Felix hinzu. „Bis heute ist unsere Folge dazu die meistgesehene“, bestätigt auch Adam. „Was uns in diesem Thema einfach ausmacht: Wir kennen uns nicht nur gut damit aus, wird sind Teil der Fankultur, wir sind Fans, wir gehen in der Regel jedes Wochenende ins Stadion und sprechen mit den Leuten und sind auch selbst betroffen“, bekräftigt Felix. Über etwas zu sprechen, womit man sich nicht nur gut auskennt, sondern auch persönlich betroffen ist, „kommt gut an“, wie Felix sagt.

Auch rivalisierende Fans in Deutschland solidarisch

Da sich jedoch gerade der deutsche Fußball sehr stark durch seine Politik auszeichnet, betonen beide auch die politische Ausrichtung im Auge zu behalten, wodurch Felix seinen persönlichen politischen Standpunkt zu Beginn einer Berichterstattung sehr deutlich klarstellt: „Das beeinflusst meine Meinung, dass muss man klarstellen“. Indes merke auch ich, dass sich meine anfängliche Scheu gegenüber dem Fußballthema vielmehr in Sympathie umwandelt. Auf die Frage hin, ob man sie als Botschafter des deutsch-israelischen Fußballs bezeichnen könnte, stellte Felix bescheiden richtig: „Na ja, dafür gibt es große Sportjournalistinnen und -journalisten, große Sportsender – ich würde eher sagen der Fankultur! Unser Ding ist und bleibt Gesellschaft, Politik, die Fankultur, das ist es, was uns ausmacht.“ Worin denn nun der größte Unterschied besteht zwischen der



Der Podcast ist erreichbar unter: [Facebook.com/germanfussballstories](https://www.facebook.com/germanfussballstories) und [Soundcloud.com/german_fussball_stories](https://www.soundcloud.com/german_fussball_stories)

Foto: Screenshot

deutschen und der israelischen Fankultur beantwortete Felix rasch mit: „Organisation. In Deutschland wissen sie, wie man sich organisiert, Fans solidarisieren sich dabei sogar untereinander, selbst mit dem größten Rivalen“, Adam stimmt zu: „In der Sache vereint, in den Farben getrennt.“

Natalie A. Kajzer

Sprecherin Junges Forum Ruhr,
Bildungsreferentin bei SABRA NRW,
Doktorandin in der Antisemitismus-
forschung



Foto: privat



Sehnsucht nach Israel

Israel als beliebtes internationales Touristenziel verzeichnete zuletzt Jahr für Jahr stark steigende Besucherzahlen. Doch mit Corona kam nach dem Boom der abrupte Stopp. Seit Monaten dürfen keine ausländischen Gäste mehr ins Land. Was nun? Wir sprachen mit Ella Zack Solomon, der Direktorin des staatlichen israelischen Tourismusbüros.



Foto: privat

Ella Zack Solomon leitet seit Sommer 2019 das Staatliche Israelische Verkehrsbüro für Deutschland, Österreich und die Schweiz (DACH-Region) mit Sitz in Berlin. Sie hat ihr Wirtschaftsstudium in Israel mit einem Master of Business Administration abgeschlossen und war bisher im Banken- und Immobiliensektor tätig. Erste Tourismus-Erfahrung sammelte sie bereits während des Studiums bei der Lufthansa und im deutschen Tourismusministerium. Geboren in Österreich und aufgewachsen in München, lebt Ella Zack Solomon seit ihrem 14. Lebensjahr in Israel. Neben ihrer Muttersprache Deutsch spricht sie fließend Hebräisch und Englisch.

Frau Zack Solomon, Sie haben sich Ihre neue Aufgabe sicher anders vorgestellt. Was macht eine Tourismusedirektorin, wenn es keinen Tourismus mehr gibt? Müssen Sie jetzt Däumchen drehen?

Ella Zack Solomon: Ganz im Gegenteil. Wir bereiten uns intensiv auf die Zeit nach Corona vor, auch wenn noch unbestimmt ist, wann das der Fall sein wird.

Aber wie war das, als plötzlich der Tourismus von heute auf morgen zum Erliegen kam?

Ella Zack Solomon: Ich kann mich noch genau daran erinnern. Wir hatten uns auf die Internationale Tourismus-Börse (ITB) vorbereitet, das ist die internationale Leitmesse unserer Branche, die wie jedes Jahr Anfang März in Berlin stattfinden sollte. Dann hat der Gesundheitsminister die Messe plötzlich abgesagt. Das war ein Schock.

Israel war eins der ersten Länder, das einen Einreisestopp für Touristen verfügt hatte, wie gingen Sie damit um?

Ella Zack Solomon: Am Anfang hatte niemand gedacht, dass die Krise so lange dauert. Wir gingen also davon aus, dass es bald normal weitergehen würde und haben gemeinsam mit den hiesigen Reiseveranstaltern geplante Reisen zunächst verschoben. Als aber Monat für Monat verging und die Lage nicht besser wurde, mussten die Reisen storniert werden.

Inzwischen sind zehn Monate vergangen und noch immer ist kein Datum in Sicht, wann die Einreisebeschränkungen wieder aufgehoben werden. Was bedeutet das für Israel?

Ella Zack Solomon: Das ist ein sehr schwerwiegender Wirtschaftseinbruch für unser Land. Der Tourismus gehört mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 6 Prozent – einem Volumen von fast 5 Milliarden Euro im Jahr 2019 – zu den fünf wichtigsten Wirtschaftszweigen Israels. Davon betroffen sind neben touristischen Hauptzielen wie Tel Aviv und Jerusalem vor allem periphere Regionen. Es gibt viele Städte wie zum Beispiel Eilat, die hauptsächlich vom Tourismus leben und ganz plötzlich von ihrer Existenzbasis abgekoppelt wurden.

Konnten solche Einbußen durch den Inlandstourismus zumindest teilweise aufgefangen werden?

Ella Zack Solomon: Ja, wir hatten nach der Aufhebung des ersten Lockdowns in den Sommermonaten einen vermehrten Binnentourismus, was die Verluste natürlich nicht ganz kompensieren konnte. Zum Glück ist allmählich auch ein Ende des zweiten Lockdowns abzusehen. Wir sind da Deutschland und Europa immer etwas voraus.

Wie hat der israelische Staat den Betroffenen geholfen?

Ella Zack Solomon: Es gibt in Israel zwar kein Kurzarbeitergeld wie in Deutschland, aber eine halbjährige Arbeitslosenhilfe für Betroffene. Der Staat hat außerdem eine Summe von 300 Millionen Shekel, das sind etwa 75 Millionen Euro, zur Verfügung gestellt, um die Tourismusbranche zu unterstützen. Zusätzlich wurden rund 180 Millionen Shekel (ca. 4,5 Mio Euro) freigegeben, die explizit für die touristische Infrastruktur verwendet werden. Darüber hinaus wurden Städte und Gemeinden mit 10 Millionen Shekel (ca. 2,5 Mio Euro) unterstützt, um kostenlose touristische Aktivitäten vor Ort anzuregen und zu finanzieren. So sollen von diesem Betrag zum Beispiel Tour Guides unterstützt werden, damit Sie Ihren Service den Touristen kostenfrei anbieten können.

Zurück zum noch brachliegenden Auslandstourismus. Aus welchen Ländern kommen bisher die meisten Israelreisenden?

Ella Zack Solomon: Die meisten Israeltouristen kommen aus den USA, an zweiter Stelle liegt Frankreich, an dritter die Russische Föderation und an vierter Stelle kommt schon Deutschland mit rund 289.000 Gästen. Im Jahr 2019 hatten wir wöchentlich

92 Flüge aus Deutschland nach Israel, hinzu kamen je 39 aus Österreich und der Schweiz, das waren zusammen pro Woche 170 Flüge aus deutschsprachigen Ländern. Wir haben in den letzten Jahren kontinuierlich steigende Zahlen von Touristen registriert. Auch die Monate Januar und Februar des Jahres 2020 zeigten im Vergleich zum Vorjahr eine weiter steigende Tendenz, bevor alles auf Null herunterging.

Glauben Sie denn, dass Sie an diesen Boom anknüpfen können?

Ella Zack Solomon: Natürlich kann nicht sofort alles wieder so stark hochgefahren werden wie vorher. Aber wir sind bestens darauf vorbereitet, den Touristen die Reise so sicher und angenehm wie möglich zu machen. Das fängt gleich am Flughafen Ben-Gurion an, wo gerade die ersten Schnelltestlabore installiert wurden. Dann haben wir, zuerst für den Inlandstourismus, „grüne“ Gebiete definiert, in denen man bedenkenlos Urlaub machen kann. Hier sind die Hotellerie und das Gastgewerbe in punkto Sicherheits- und Hygienestandards auf dem neuesten Stand.

Meinen Sie, dass Israel nach Corona weiterhin ein so beliebtes Reiseziel sein wird?

Ella Zack Solomon: Aber ja! Zudem tun wir alles dafür, dass Israel als Reiseziel in den Köpfen bleibt. Unseren Partnern, den Reiseveranstaltern, haben wir dazu in den vergangenen Monaten Webinare und sogar eine virtuelle Tourismusmesse angeboten, mit Präsentationen und individuellen digitalen Meetings. Die Resonanz war sehr gut.

Die Deutschen gelten als besonders reiselustig und man kann annehmen, dass ihre Sehnsucht nach Auslandsreisen besonders groß sein wird, sobald die Beschränkungen aufgehoben werden. Was wird Israel ihnen bieten?

Ella Zack Solomon: Wir haben uns intensiv mit der Frage beschäftigt, was Israel in der Zeit nach Corona besonders attraktiv macht. Neben den klassischen Zielen wie die Metropolen Jerusalem, Tel Aviv und Haifa setzen wir dabei insbesondere auf Naturerlebnisse im Freien, wo man unbeschwert relaxen oder auch sportlichen Outdoor-Aktivitäten nachgehen kann. Wir haben 66 Nationalparks, wir haben Zugang zu drei Meeren, wir haben die Wüste, die ungemein faszinierend ist und mehr und mehr für den Tourismus erschlossen wird. Und wir haben praktisch das ganze Jahr über perfektes Wetter!



Fotos: Jürgen Sterzenbach



Beliebte Touristenattraktionen sind die Festung Massada und das Tote Meer. Fotos: Jürgen Sterzenbach, Itamar Grinberg

Bei den DIG-Mitgliedern rennen Sie garantiert offene Türen ein. Was kommt aus Ihrer Erfahrung bei deutschen Israeltouristen besonders gut an?

Ella Zack Solomon: Wir haben festgestellt, dass sich gerade unter den Deutschen viele Menschen in Israel verlieben, auch weil es so ganz anders ist, als sie es sich vorgestellt haben, wenn sie zum ersten Mal ins Land kommen. Das hat sehr viel mit der israelischen Lebensart zu tun, mit der Offenheit und Neugier der Menschen. Eines der attraktivsten und authentischsten Angebote, das wir in Israel haben und das weltweit einzigartig ist, sind die Kibbuzim. Hier lebt man mit Israelis zusammen und lernt sie kennen, hier entstehen oft Freundschaften für ein Leben lang.

Es gibt in Deutschland aber auch nicht wenige, die zwar neugierig auf Israel sind, aber Angst haben zum Beispiel vor Terroranschlägen, und sich deshalb nicht trauen, in Israel Urlaub zu machen.

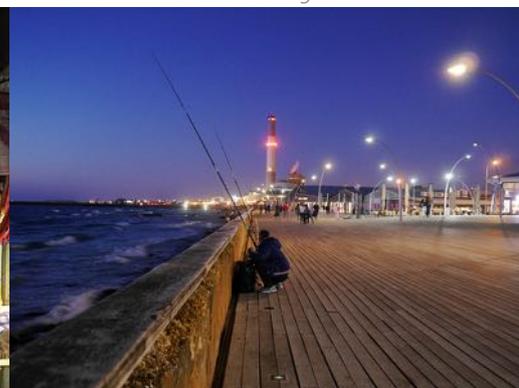
Ella Zack Solomon: Israel ist ein sicheres Land. Die Zeit der massiven Terroranschläge ist lange vorbei, wahrscheinlich ist es in Europa inzwischen leider sogar gefährlicher. In Tel Aviv braucht man selbst als Frau keine Angst zu haben, spät nachts noch unterwegs zu sein. In Berlin fühle ich mich dagegen nicht so sicher.

Welches Image haben deutsche Touristen in Israel generell? Spielt die Vergangenheit noch eine große Rolle?

Ella Zack Solomon: Die Deutschen haben in Israel ein sehr gutes Image! Sicherlich ist die deutsche Vergangenheit auch ein Thema, aber mehr für sie selbst als für die Israelis. Yad Vashem gehört neben den biblischen Stätten zu den wichtigsten Besucherzielen. Aber wir sehen, dass das moderne Israel, dass die unglaubliche Vielfalt des Landes und dass vor allem die menschlichen Begegnungen eine starke Anziehungskraft ausüben. Gerade bei den deutschen Touristen entsteht nach ihrem ersten Israelbesuch oft der Wunsch, wiederkommen, und das tun sie dann viele Male.

Das Interview führte Jürgen Sterzenbach.

Fotos: Jürgen Sterzenbach



Meilenstein für Israels Weinbranche

In Europa sind Ursprungsbezeichnungen gängig – nicht nur für Wein. Man braucht nur Mosel Riesling, Champagner oder Parma-Schinken zu sagen, und der Verbraucher weiß, welches edle Produkt ihn erwartet. In Israel gibt es mit Judäa nun die erste Herkunftsbezeichnung für Wein. Damit wird die Weinbauszene des Landes aufgewertet.

Herkunft ist gerade beim Wein eine wichtige Information auf dem Etikett. Schließlich wird besonders der Geschmack des Rebensaftes von Einflüssen wie Boden oder Klima bestimmt. Das ist auch in der boomenden israelischen Weinbranche der Fall. Doch bislang gab es dort keine offiziell autorisierten Weinregionen. Das hat sich nun mit der Anerkennung von „Judea“ und seinen Sub-Zonen „Judean Hills“ und „Judean Foothills“ geändert.

„Weinbau in Israel hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch gewandelt“, erklärt Eran Pick dazu, Kellermeister des renommierten Weingutes Tzora. „Bis in die 1980er Jahre musste Wein nur religiöse Zwecke erfüllen. Heute wird er als Gourmetprodukt wahrgenommen, das auch internationale Kenner überzeugen will.“ Eine große Zahl von neu gegründeten Weingütern im ganzen Land arbeitet emsig daran, die für so ein kleines Land erstaunlich großen Terroir-Unterschiede herauszuarbeiten. So wächst israelischer Wein an der Mittelmeerküste, in der Wüste oder auf den vulkanischen Böden der Golanhöhen, um nur einige Beispiele zu nennen.



Eran Pick, Kellermeister der Tzora Winery, die zu den Spitzenweingütern in Israel zählt. Foto: Tzora Winery

„Bei gutem Wein geht es immer um Herkunft“, weiß Eran Pick. Nicht nur er hält Judäa, den Landstrich zwischen Mittelmeer und Jerusalem, für eine der aufstrebenden Regionen beim Qualitätsweinbau. In den von Muschelkalk geprägten, höher gelegenen und damit kühleren Lagen, entstehen besonders elegante, tiefgründige wie würzige Weine. „Der Boden ist karg, viele Reben stehen auf uralten Terrassen, die Erträge sind natürlich begrenzt, die Qualität dafür umso besser“, erläutert Eran Pick. Damit unterscheiden sich diese Weine deutlich von den oft einfachen Tropfen, die in größeren Mengen auf den fruchtbaren und leicht zu bewirtschaftenden Talböden rund um Zichron oder Binyamina entstehen. Schon in biblischen Zeiten war die Region Judea für exzellente Weine berühmt. „Wenn man so will, waren wir das Bordeaux des Altertums“, sagt Eran Pick und lacht. Auch aus diesem Grund haben sich die Weingüter der



Die Weinberge der Tzora Winery liegen zwischen 600 und 800 Metern über dem Meeresspiegel und sind wie viele Weinberge in Judäa von Wäldern und Buschlandschaften umrahmt. Foto: Tzora Winery

Region um die Anerkennung als geschützte Ursprungsbezeichnung bemüht und Recht bekommen.

Damit haben die engagierten Winzer auch das israelische Weininstitut auf den Plan gerufen, das nun an einer offiziellen wie aktuellen Weinbalkarte arbeitet. „Die derzeitige Karte stammt noch aus den 1970ern und zeigt nicht mal mehr im Ansatz, wo heute tatsächlich Weinbau stattfindet“, erklärt Eran Pick. So ist davon auszugehen, dass es bald mehrere, offiziell definierte Weinbauregionen geben wird und sich die israelische Weinbranche damit weiter emanzipieren wird.

Ein typischer Vertreter der Region ist der koschere »Judean Hills 2018 Red«. Es ist ein mittelkräftiger, saftiger wie feinwürziger Rotwein mit tiefgründigen Brombeer- und Kräuteraromen sowie feinen Toastnoten vom gekonnten Barriqueausbau. Ein wahrer Festwein!

Romana Echensperger
Master of Wine



Foto: privat

Helmholtz-Gemeinschaft: Spitzenforschung in Partnerschaft mit Israel

Prof. Dr. Otmar Dieter Wiestler, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, wurde auf der letzten DIG-Hauptversammlung mit der Ernst-Cramer-Medaille für besondere Verdienste um die Zusammenarbeit mit Israel ausgezeichnet. Im Juni war er bei der DIG Berlin und Brandenburg zu Gast und berichtete ausführlich von den Herausforderungen und Chancen der gemeinsamen Arbeit.



Prof. Dr. Otmar Dieter Wiestler (r.), Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, mit Carola Deutsch und Jochen Feilcke vom Vorstand der DIG Berlin-Brandenburg. Foto: Wilfried Winzer

Die Helmholtz-Gemeinschaft ist eine der vier großen deutschen Forschungseinrichtungen, die überwiegend vom Bund und teilweise von den Ländern in einem Verhältnis 90:10 gefördert werden. Sie besteht aus 19 Forschungszentren in verschiedenen Bundesländern und hatte 2019 ein Budget von 4,81 Milliarden Euro. Davon stammten 66 Prozent aus der institutionellen Förderung, 29 Prozent aus Drittmitteln und 5 Prozent aus Sonderfinanzierungen. Derzeit sind rund 42.000 Mitarbeiter in den Zentren beschäftigt, davon 13 Prozent Doktoranden. Die sechs Forschungsbereiche der Helmholtz-Gemeinschaft umfassen Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr sowie Materie und Schlüsseltechnologien.

Internationale Zusammenarbeit

Besonders wichtig ist der Gemeinschaft die internationale Zusammenarbeit, deutlich in ihrer offensiv betriebenen Internationalisierungsstrategie. So arbeiten die Wissenschaftler der Gemeinschaft eng mit Institutionen aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland zusammen, auch im Rahmen gemeinsamer Nutzung der exzellenten Forschungsinfrastruktur der Zentren in Deutschland. Dazu kommen die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Zentren selbst: Etwa ein Drittel der Postdocs kommen aus dem Ausland, insgesamt arbeiten etwa 7.500

internationale Wissenschaftler an den Zentren. Fokusbänder sind die USA, Israel, Frankreich, Großbritannien, Kanada, China und Russland. Zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit unterhält die Helmholtz-Gemeinschaft auch vier Auslandsbüros: in Brüssel, Moskau, Peking und Tel Aviv.

Warum Israel?

Prof. Wiestler führt aus, warum Israel ein idealer Partner für die Helmholtz-Gemeinschaft ist: Es betreibt selbst Weltklasse-Forschung, bietet brillante und kreative Wissenschaftler – darunter Nobelpreisträger wie Ada Yonath, die auch in Berlin-Adlershof zu Gast war – und hat komplementäre Interessen in Schlüsselgebieten, die eine Verzahnung der Forschungsaktivitäten vielversprechend machen. Und: Israel ist eine Schmiede für kreative Köpfe. Talentmanagement und -förderung sind auch im Leitbild der Helmholtz-Gemeinschaft verankert. Aber Wettbewerb und hohe Risikobereitschaft sind Teil der israelischen Innovationskultur, von der wir eine Menge lernen können, gerade im Hinblick auf die Förderung von Start-ups. Zudem fördern die persönlichen Kontakte zwischen den Forschern und die gemeinsamen Interessen Freundschaften, die auch die Beziehungen der beiden Länder festigen.

Forschungsprogramme und bilaterale Kooperationen

Seit 1964 besteht das Minerva-Programm der Max-Planck-Gesellschaft, das einen Austausch deutscher und israelischer Wissenschaften fördert. In diesem Rahmen erfolgt auch eine Projektunterstützung am Weizmann Institut of Science. 1976 wurde das DKFZ- MOST-Programm gegründet, das sich der Krebsforschung mittels kompetitiver Vergabe von Tandemprojekten und Ausrichtung jährlicher Workshops widmet, die abwechselnd in Heidelberg und Israel stattfinden. Seit 2010 treffen sich im Rahmen dieses Projekts auch jeweils 25 Doktoranden und Juniorpostdocs in einem speziellen Weiterbildungsprogramm zu verschiedenen Themen, darunter etwa medizinische Systembiologie, Stoffwechsel und Immuntherapie. Neben diesen Programmen gibt es eine Reihe bilateraler Forschungsk Kooperationen einzelner Zentren, unter anderem zu personalisierter Medizin.

Highlights sind die Helmholtz International Labs WHELMI – das Weizmann Helmholtz Labor für Laser-Materie-Interaktion,

das unter Leitung von Professor Victor Malka vom Weizmann Institut und Professor Ulrich Schramm vom Helmholtz Zentrum Dresden-Rossendorf kompakte Plasmabeschleuniger und ihre Anwendung in Medizin und Technik erforscht, sowie AeroHEALTH, ein Kooperationsprojekt zwischen dem Helmholtz Zentrum München, dem Forschungszentrum Jülich und dem Weizmann Institut. Das am 1. April 2019 in Rehovot am Weizmann Institut gestartete Projekt widmet sich dem Einfluss atmosphärischer Luftschadstoffe auf die menschliche Gesundheit – ein Thema, das zunehmend relevanter wird (<https://www.aerohealth.eu/>). Ein weiteres bilaterales Projekt ist ULTRASAT. Hier ist DESY in Hamburg Partner der Mission, die vom Weizmann Institut und der israelischen Weltraumagentur geleitet wird. Weitere Partner dieses Projekts sind das DLR und ESA. Eine multidisziplinäre Forschungsgruppe von über 30 Immunologen, Mikrobiologen und Stoffwechselexperten arbeitet unter Professor Dr. Eran Elinav an der Entschlüsselung der molekularen Grundlagen der Wirt-Mikrobiom-Interaktionen und ihrer Auswirkungen auf Gesundheit und Krankheit.

Forschung als Friedensprojekt

Ein besonderes Forschungsprogramm war der Aufbau der Synchrotronstrahlungsquelle SESAME, ein unter der Schirmherrschaft der UNESCO stehendes Friedensprojekt. Der ursprünglich in Berlin-Wilmersdorf beheimatete Speicherring BESSY I wurde dafür Ende 1990 abgebaut, in Kisten verpackt und nach Jordanien verschifft. Im November 2008 wurde das Gebäude eingeweiht und bereits am 14. Juli 2009 konnte in der Anlage erstmals ein Elektronenstrahl erzeugt werden. Der reguläre Betrieb wurde 2017 aufgenommen. Beteiligte Länder sind Israel, Jordanien, Türkei, die palästinensischen Autonomiegebiete, Zypern, Ägypten, Iran und Pakistan. Das Helmholtz-Zentrum betreibt in Jordanien das „Helmholtz-SESAME soft X-ray Strahlrohr“, das von 2019 bis 2022 mit 3,975 Millionen Euro gefördert wird.

Internationale Forschungsprojekte und Ausbildung

Seit 2017 richtet die Helmholtz Gemeinschaft eigene Forschungsschulen ein, an denen jeweils bis zu 25 Doktoranden gemeinsam in interdisziplinären Projekten forschen und eine exzellente Ausbildung erhalten. Der internationale Charakter bietet ihnen ausgezeichnete Karriereperspektiven. Neben der gemeinsamen Ausbildung der Doktoranden geht es auch darum, langfristige strategische Partnerschaften zwischen den Forschungseinrichtungen aufzubauen. In Israel sind vier solche Forschungsschulen eingerichtet worden, deren israelischer Partner jeweils das Weizmann Institute of Science ist. Das Deutsche Krebsforschungszentrum und die Universität Heidelberg arbeiten an der Fragestellung, welche biologischen Prozesse die Entstehung von Krebs beeinflussen. Mit dem Helmholtz-Zentrum Berlin und der Freien Universität Berlin werden neue Tandemmaterialien für die Solarzellen der Zukunft erforscht. Mit den Partnern Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Charité, Humboldt Universität, der Hebräischen Universität Jerusalem sowie dem Technion wird die Fragestellung der Bildgebung mit unterschiedlichen Skalenniveaus bearbeitet, wobei ein Projekt dieses Jahr abgeschlossen wird und ein neues von 2020-2026 startet. Über das Universum und Strahlungen aus dem Weltraum forschen DESY, die Humboldt Universität und die Universität Potsdam.

Helmholtz Israelbüro in Tel Aviv

Ein Höhepunkt in den Beziehungen zwischen der Helmholtz Gemeinschaft und Israel war die Eröffnung eines Büros in Tel Aviv im Oktober 2018. Aufgaben sind die ständige Vertretung in der Start-up Nation Israel, die Unterstützung beim Aufbau von Kooperationen sowie das Monitoring und die Analyse relevanter Entwicklungen in Israel. Zielgruppen sind Universitäten und Forschungsinstitute, forschende Unternehmen und Start-Ups, relevante Ministerien und Förderinstitutionen. Das Büro hat drei Mitarbeiter für Forschung und Entwicklung, Innovation und Verwaltung. Zu den derzeitigen Aktivitäten gehört eine Tech-Transfer-Webinarreihe des Helmholtz-Arbeitskreises Technologietransfer und entsprechender Organisationen israelischer Forschungseinrichtungen. Sie begann am 1. Juli 2020 mit dem Technion. Durch die durch Corona bedingten Restriktionen im Reiseverkehr musste ein für den März geplanter Helmholtz Innovation Summit auf April 2021 verschoben werden. Hier geht es um die Vernetzung herausragender Forscher aus Israel und Deutschland.

Inbal Arieli

Chutzpah – Why Israel Is a Hub of Innovation and Entrepreneurship

Harper Business 2019
272 Seiten, € 27,99

ISBN: 978-0-062-88303-2



Aktuelle forschungspolitische Schwerpunkte in Israel liegen in der Förderung von Zukunftstechnologien wie Bio-Convergence, Künstlicher Intelligenz, Quantenwissenschaft und -technologie, Datenwissenschaften und individualisierter Medizin. Diese Themen decken sich mit den eingangs vorgestellten großen Themen, mit denen sich die Helmholtz-Gemeinschaft befasst.

Kreativer Partner

In der abschließenden Diskussion stellte Prof. Wiestler nochmals fest, dass die enge Verzahnung zwischen Deutschland und Israel für beide Seiten vorteilhaft sei. So bringe Israel besonders kreative Köpfe, die aus der existentiellen Bedrohungslage heraus zu ideenreichem Denken gezwungen seien, andererseits habe Deutschland die finanziellen Mittel, um die Entwicklungen weiter voran zu treiben. Dabei ginge es nicht nur um Hightech, sondern gelegentlich auch um ganz pragmatische und einfache Entwicklungen. Israel sei ein Land, das es schaffe, sich auf höchster Ebene im Wettbewerb durchzusetzen. Wer sich für das Thema weiter interessiert, dem empfahl er das 2019 erschienene Buch „Chutzpah“ von Inbal Arieli – damit sei eigentlich zum Thema alles gesagt und die Erklärung geliefert, weshalb Israel als Innovations- und Unternehmernation so erfolgreich sei.

Dr. Nikoline Hansen

Mitglied im Vorstand der DIG Berlin und Brandenburg e.V.



Foto: privat

DIG Berlin und Brandenburg e.V.

Israelwoche Brandenburg

Sommerliche Infotour von Potsdam über Oranienburg bis Frankfurt/Oder.



Gut besuchte Israel-Veranstaltung in der Stadtbibliothek Oranienburg. V.l.: Helge Eikermann (Deutsch-Israelische Wirtschaftsvereinigung), Jochen Feilcke (Vorsitzender der DIG Berlin und Brandenburg e.V.) und dem Oranienburger Bürgermeister Alexander Laesicke. Foto: privat

Unsere Israelwoche in Brandenburg wurde bei strahlendem Sonnenschein mit einem gemeinsamen Informationsstand der DIG und des Jungen Forums vor dem Potsdam Museum eröffnet. Wir kamen mit vielen Menschen ins Gespräch, merkten aber schnell, dass die DIG weitgehend unbekannt ist. Dieser etwas bedrückenden Tatsache begegneten wir auch in Frankfurt/Oder, Werder und Brandenburg an der Havel. Allein in Oranienburg hatten wir ein „Heimspiel“ – die Kooperation mit der Stadt und ihrem Freundeskreis Israel ist inzwischen eng. Oranienburgs Bürgermeister Alexander Laesicke wurde bei den Vorstandswahlen im Oktober zum Stellvertretenden Vorsitzenden der DIG Berlin und Brandenburg gewählt.

Als wir uns vor vier Jahren rechtlich selbständig machten, gaben wir uns den anspruchsvollen Namen DIG Berlin und Brandenburg e.V., wohl wissend, dass die DIG in Brandenburg nicht präsent ist. Das zu ändern machten wir uns 2018 mit dem früheren Botschafter Avi Primor und 2019 mit Arye Sharuz Shalica auf den Weg, um in den größeren Städten Brandenburgs Israel etwas sichtbarer zu machen.

Im Corona-Jahr konnten wir keinen Gast aus Israel einfliegen. Dafür haben wir Helge Eikermann aus Frankfurt/Main gewonnen, fünf Tage lang mit Vorträgen und Diskussionen durch die größeren Städte Brandenburgs zu ziehen. „Israel ist anders – als Du denkst“ war sein Thema, das sich insbesondere an Jugendliche richtete. Bestehende Erfahrungen aus Schulpartnerschaften mit Israel bereicherten diese Diskussionsrunden. Der abendlichen Einladung zum Wirtschafts- und Wissenschaftsdialog zur Thematik „Das Bild vom Anderen: Der israelische Blick auf Deutschland – Der deutsche Blick auf Israel“ folgten dann in Potsdam, Frankfurt/Oder, Oranienburg und Werder erfreulich viele Interessierte, mit dabei jeweils auch Vertreter der Städte und Synagogen-Gemeinden. Beim anschließenden Get-Together konnten die Gesprächsinhalte vertieft werden.

Durchgeführt in enger Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, war unsere Israelwoche insgesamt sehr erfolgreich und ermutigend. Fortsetzung folgt sobald wie möglich.

Jochen Feilcke

Vorsitzender DIG Berlin und Brandenburg e.V.

DIG Bonn

Lockdown-Highlights

Nach einer Tennis-Show im Sommer 2019 gab es 2020 zahlreiche virtuelle Highlights.

Was haben Tennis, Schläger und Kanone mit Synthesizer, sphärischen Klängen, Beats und Integration zu tun? Um das herauszufinden, stellte die DIG Bonn auf dem Boden des Bonner Tennis- und Hockeyvereins (BTHV) ein völlig neues Konzept vor – die »Amazing Cannon Tennis Show«. Es gelang uns, vier israelische Musiker aus Tel Aviv nach Bonn einzuladen, damit sie an zwei aufeinander folgenden Tagen ihre interaktive Musik- und Tennis-Show vorführen konnten. Die Show, die das erste Mal überhaupt außerhalb Israels gezeigt wurde, verbindet auf einzigartige Weise Kunst und Musik, Sport und Spiel derart, dass sie die Zuschauer dazu einlädt, selbst ein Teil des Events zu werden. Es war schön, Juden, Christen und Muslime beim gemeinsamen Tennisspiel zu sehen. Unterstützt wurden wir tatkräftig von der Stadt Bonn, die in der Tennis-Show den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Projekten im Rahmen ihres neu gestalteten Konzepts zu „Kultur und Sport“ sieht. Der General-Anzeiger Bonn berichtete einige Tage vorab über das Geschehen.

Die Lockdown-Maßnahmen in diesem Jahr waren absehbar, aber sie trafen uns hart. Wir hatten so viele Veranstaltungen geplant, die wir nun verschieben mussten. Aber Videokonferenzen waren ja immer noch möglich, und wie von Präsenzveranstaltungen gewohnt konnte man nach den Vorträgen auch Fragen stellen. Wir begannen mit einem Interview mit Gil Yaron, dem Leiter des neu eröffneten Büros von Nordrhein-Westfalen in Tel Aviv, der von seinen Aktivitäten, Ideen und Projekten berichtete.



Erstmals in Deutschland: Die »Amazing Cannon Tennis Show« aus Israel war in Bonn zu Gast. Foto: Benjamin Westhoff / General-Anzeiger Bonn

Mit Gundi Shachal, Reiseleiterin und Umweltaktivistin im Kibbuz Ein Gedi, sprachen wir darüber, wie sie die jähre Wandlung vom boomenden Tourismus im Heiligen Land in den fast völligen Stillstand erlebt hat. Grisha Alroi-Arloser, Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Handelskammer in Tel Aviv, informierte unsere Zuschauerinnen und Zuschauer über wirtschaftliche und soziale Folgen der Coronavirus-Pandemie für Israel.

Den Sicherheitsexperten Dan Schueftan konnten wir sogar für eine Vortragsreihe gewinnen. Seine Themen reichten von der aktuellen Situation in der israelischen Gesellschaft und dem Umgang mit der Pandemie über die Sicherheitslage Israels, vor allem mit Blick auf den Iran und die Palästinenser, bis hin zu den Beziehungen zwischen Israel und der jüdischen Diaspora, insbesondere in den USA.

Nahezu zeitgleich erschien ein sogenannter „Offener Brief“ an die Bundeskanzlerin, in dem sich „besorgte deutsche und israelische Bürgerinnen und Bürger“ über „inflationären, sachlich unbegründeten und gesetzlich unfundierten Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs, der auf die Unterdrückung legitimer Kritik an der israelischen Regierung zielt“, beschwerten. Wir haben in einem Zoom-Interview mit Dr. Felix Klein über die haltlosen Angriffe gegen ihn gesprochen (siehe auch Seite 12 ff. in diesem Heft) und zusammen mit anderen DIG-Arbeitsgruppen



Ursula Schmitt und Jan Eickenboom (oben) vom Vorstand der DIG Bonn sprachen mit Gil Yaron, dem Leiter des NRW-Büros in Israel, der via Zoom live aus Tel Aviv zugeschaltet war.

Foto: Screenshot Youtube

einen Gegenbrief unterzeichnet. Tipp: Alle Veranstaltungen sind auf dem YouTube-Kanal der DIG Bonn abrufbar – stay tuned.

Jan Eickenboom, Jutta Klaeren, Ursula Schmitt

Für den Vorstand der DIG Bonn

DIG Mülheim-Duisburg-Oberhausen

Ehrenbürgerschaft für Jacques Marx

Die Stadt Mülheim/Ruhr ehrte den langjährigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde.

Das Leben von Jacques Marx könnte der Stoff für einen Roman sein, es spiegelt deutsch-französische und jüdische Geschichte. Politische Ereignisse, persönliche Beziehungen, aber auch Zufälle prägten 83 Jahre. In Mülheim/Ruhr ist der aus dem Stadtteil Saarn gebürtige Marx als langjähriger Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Mülheim/Duisburg/Oberhausen bekannt.

Der Lebensweg von Jacques Marx beginnt kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Paris – als Sohn deutscher Juden, die dort im Exil leben. Nachdem der Krieg begonnen hat und die Deutschen vor der französischen Hauptstadt stehen, fliehen Mutter und Sohn in ein Dorf in Südfrankreich. Der Vater – zu jener Zeit interniert – kommt nach. 1942 besetzen SS-Einheiten auf der Suche nach Mitgliedern der Résistance auch das Perigord. „Wir sind dann in den Wald geflohen, mein Vater hat eine Hütte gebaut, dort haben wir zwei Jahre lang gehaust“, erinnert sich Marx. Nach dem Krieg zieht die Familie nach Saarbrücken zurück, Jacques macht das Abitur in Straßburg, fängt an, dort Pharmazie zu studieren. Politisch aktiv wird er auch – als Maoist. Was ihm Ärger mit der Universität einbringt; er muss das Studium abbrechen und in Freiburg fortführen. „Die erste Zeit war schlimm. Wenn man in der Straßenbahn jemandem gegenüber saß, fragte man sich: War der jetzt Nazi?“ Nicht alle Juden heißen es gut, dass ihre Glaubensgenossen zurück nach Deutschland ziehen.

Während des Militärdienstes in der französischen Besatzungszone wird Marx Sekretär und Fahrer des Militärrabbiners. „Das war ein toller Mann, wir haben intensive Gespräche geführt, er war auch nicht orthodox, sondern hat mir die Philosophie des Glaubens nahe gebracht. Von der Religion war ich bis dahin weit weg. Meine Familie führte zwar ein jüdisches Leben, aber

war nicht streng gläubig“, erzählt er. Durch Zufall verschlägt es den jungen Apotheker 1966 nach Mülheim, wo er – ebenfalls nicht geplant – zur Jüdischen Gemeinde stößt. „Die bestand damals vorwiegend aus alten Leuten, die nach dem Krieg zurückgekommen waren. Sie haben mich gleich zum zweiten Vorsitzenden gewählt“, berichtet Marx. Nur wenige Jahre später wird er zum ersten Vorsitzenden der nun zusammengeschlossenen Gemeinde Duisburg/Mülheim/Oberhausen – und bleibt es 38 Jahre lang.

Markus Püll (mit freundlicher Unterstützung der WAZ Mülheim)

Vorsitzender DIG Mülheim-Duisburg-Oberhausen



In einer Feierstunde überreichte Mülheims Bürgermeisterin Margarete Wietelmann Jacques Marx am 3. September 2020 die Urkunde. *Foto: Walter Schernstein*

Gender Gap beim Engagement für Israel

Die auch im Engagement für Israel wirksame Einteilung in typisch männliche und typisch weibliche Sphären ist älter als der Staat Israel. Vielleicht kann er uns deshalb besonders helfen, Geschlechterrollen zu überwinden.



„As a Zionist, as a feminist, united as women“: Werbeplakat für das erste (digitale) Treffen des JuFo Frauenforums.

Gestaltung: Natalie A. Kajzer

Wer sich öffentlich für Israel einsetzt, ist immer wieder mit antizionistischen und sogar antisemitischen Narrativen konfrontiert. Umso wichtiger, sich nicht unterkriegen zu lassen, aufzuklären und weiter solidarisch an der Seite des jüdischen Staates zu stehen. Auffällig ist aber, dass zumeist Männer diese Positionen nach außen hin vertreten. Ein Grund zu fragen: Warum hat Israel in Deutschland mehr Fürsprecher als Fürsprecherinnen?

Gehen wir der Frage systematisch nach. Option eins: Es liegt am Gegenstand. Vielleicht ist Israel für Frauen einfach nicht interessant? Gar abschreckend? Ein Blick auf das vielfältige und in vielen Belangen fortschrittliche Land zeigt schnell, dass diese Annahme nicht plausibel ist. Der jüdische Staat ist nicht nur die – häufig und zu Recht gelobte – einzige Demokratie im Nahen Osten, sondern auch das Land mit den umfassendsten Rechten für Frauen und LGBT und der am weitesten erkämpften Gleichstellung für Frauen in der Region. Demnach müssten Frauen sich doch besonders für Israel stark machen?

Damit kommen wir zu Option zwei: Es liegt an den Frauen. Vielleicht ist Antizionismus unter Frauen weiter verbreitet? Sind

Frauen für antisemitische Einstellungen empfänglicher? Zu Recht weisen Forscherinnen seit vielen Jahren auf einen blinden Fleck hin: Antisemitinnen werden in der Analyse übersehen und unterschätzt, weil sie sich nicht in den Stereotyp der friedlichen, empathischen und eher passiven Frau fügen. So weit, so wichtig. Überdurchschnittlich vertreten sind antisemitische Einstellungen unter Frauen aber dennoch nicht. Trotz der erschreckend hohen deutschen Zustimmungswerte zu antisemitischen und antizionistischen Aussagen: Am Ende bleiben auch auf der anderen Seite etwa gleich viele Männer wie Frauen stehen. Mit dieser Methode scheinen wir der Antwort nicht auf die Spur zu kommen. Vielleicht müssen wir die Perspektive wechseln und fragen: Was sind Besonderheiten beim Engagement für Israel und in den deutsch-israelischen Beziehungen? Und wie könnten diese mit Geschlechtervorstellungen zusammenhängen? Zunächst können wir festhalten: Diplomatie war jahrzehntelang ein rein männlich besetztes Feld, Frauen kamen ausschließlich als Sekretärinnen und Diplomategattinnen vor. Einen kühlen Kopf bewahren, in Verhandlungen geschicktes Kalkül unter Beweis stellen, Verantwortung tragen und zwischen- durch noch die Stimmung mit dem ein oder anderen Altherrenwitz auflockern – eine Welt, in die Frauen nicht zu passen schienen. Mittlerweile zeichnet sich aber auch hier ein Wandel ab. Israel hat in dieser Hinsicht übrigens eine Vorreiterin zu bieten, die mit allen Vorurteilen aufräumt: Golda Meir propagierte die Idee eines zionistischen Staates in den USA, verhandelte mit der britischen Mandatsmacht, wurde Botschafterin Israels in der Sowjetunion und erhielt schließlich das Amt der ersten israelischen Ministerpräsidentin.

Das grundlegende Schema – für die Position notwendige Eigenschaften werden vor allem Männern zugeschrieben, die Positionen folglich mit Männern besetzt und die Rollenzuschreibung bestätigt sich – gilt übrigens nicht nur für die Diplomatie. Auch die in Israel notwendig sehr präsente und bedeutungsvolle Sphäre der Sicherheitspolitik ist in der Vorstellung unserer Gesellschaft eine klassisch männliche. Beispiel Militär: Soldaten stellen sich viele als körperlich stark, angstfrei und gewaltbereit vor – Eigenschaften, bei denen die wenigsten zuerst an eine Frau denken dürften. Dieses Bild aber ist gleich doppelt falsch: Natürlich können Frauen genau so fit und mutig sein und auch dazu bereit, das Gegenüber zu verletzen. Das macht aber sicher noch keine gute Soldatin aus, denn im militärischen Bereich sind auch taktische Weitsicht, Reaktionsschnelligkeit und Innovation besonders gefragt.

Entgegen der Vorurteile, von Männern wie von Frauen: Militär- und Sicherheitspolitik sind nicht notwendigerweise Männerwelten. Im Gegenteil: Frauen in der Armee könnten sich positiv auf Gruppendynamiken und die Unterstützung in der Gesellschaft auswirken und – quasi ganz nebenbei – mit Geschlechterstereotypen brechen. Auch hier hat Israel Vorbilder zu bieten: Als einzige Armee weltweit kann die IDF seit ihrer Gründung auf ihre Soldatinnen stolz sein. 1995 zog eine zivile Pilotin vor das oberste Gericht und gewann. Die Jets der Israeli Air Force steuern seither Frauen wie Roni Zuckermann, die erste Jagdpilotin und mittlerweile selbst Ausbilderin.

Beantworten uns diese Überlegungen die Frage nach dem Gender Gap? Festhalten können wir immerhin zwei Erkenntnisse: Politik und Diplomatie im Allgemeinen und Teile der israelischen Realität – der sogenannte Nahostkonflikt mit all seinen Folgen – spielen sich in einer öffentlichen Sphäre ab, die lange Männern vorbehalten war und in der Frauen noch heute Nachteile erfahren und Vorbilder vermissen. Das wirkt sich auf das Selbstbewusstsein aus: Manche Frauen lassen von entsprechenden Themen lieber die Finger, sei es, weil sie schlechte Erfahrungen gemacht haben oder (zu Recht) befürchten, in der Männerkonkurrenz nicht ernst genommen zu werden.

Und wie kommen wir da raus? Ein Patentrezept gibt es natürlich nicht. Bei unserem Einsatz für Israel und gegen Antisemitismus sollten wir als DIG-Mitglieder uns von Zeit zu Zeit vergewissern, ob wir mit unseren Projekten wirklich alle erreichen, die wir ansprechen wollen. Und wir Frauen dürfen uns von Unsicherheit nicht entmutigen lassen und müssen struktureller Benachteiligung entgegentreten. Die zionistische Idee steht für das Recht auf Selbstbestimmung, auf Empazipation, auf Stärke und Selbstverteidigung. Und diese Werte sollten wir Frauen auch für uns selbst in Anspruch nehmen.

Nadine Randak

Frauenbeauftragte des Jungen Forums

Junges Forum Bayern

Aktiv engagiert auch in Zeiten von Corona

Auch in der Region Bayern waren die Beschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie für die Aktivitäten des Jungen Forums maßgeblich bestimmend. Daher war es über den Sommer allgemein etwas ruhiger als man es bisher gewohnt war. Dominierend waren digitale Veranstaltungen, vor allem in Form via Facebook übertragener Vorträge und Diskussionen. Auch der ein oder andere Stammtisch musste online abgehalten werden. Doch wird es bald auch wieder Veranstaltungen jenseits digitaler Formate geben: Einige Gruppen, beispielsweise das Junge Forum Regensburg, wagten in ihrem Herbstprogramm wieder einen vorsichtigen Start für Präsenzveranstaltungen, selbstverständlich mit gebotenen Hygienekonzepten. Besonders hervorzuheben ist dabei die Tagesfahrt in die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg mit einem Workshop über Sex-Zwangsarbeit in NS-Konzentrationslagern.

Doch auch abseits klassischer Veranstaltungen war das Junge Forum in Bayern sehr aktiv. So wurden die im Laufe des Sommers aufgekeimten und leider immer wieder mit antisemitischen Verschwörungsideologien auffallenden Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie von den verschiedenen lokalen JuFos kritisch begleitet, teils auch in Abstimmung und Zusammenarbeit mit RIAS Bayern. Selbst aktiv wurde in diesem Zusammenhang das Junge Forum Passau. In einem breiten Bündnis beteiligten sie sich an einer Kundgebung und forderten: „Solidarität statt Verschwörungsideologien“.

Das Junge Forum Augsburg intervenierte indes in der lokalen politischen Landschaft gegen eine mit aggressiven antizionistischen Äußerungen aufgefallene Antifa-Gruppe. Gemeinsam

mit verschiedenen Parteilugenden wurde ein Aufruf veröffentlicht, nicht weiter mit besagter Gruppe zu kooperieren. In der Folge tauchte ein Graffiti mit dem Text „Zionisten ins Gulag!“ auf, das als Volksverhetzung zur Anzeige gebracht wurde. Außerdem kam es online zur Bedrohung eines Mitglieds der Augsburgiger DIG, auch hier wurde Anzeige erstattet.

Alles in allem war dieser Sommer trotz der durch die Corona-Pandemie verursachten Einschnitte zwar teils ruhiger als gewohnt, aber definitiv nicht still. Wie bereits im letzten DIG Magazin gesagt, sind wir motiviert, zu gegebener Zeit wieder voll durchzustarten. Doch auch bis dahin bleiben wir selbstverständlich aktiv und engagiert, wenn auch den unsicheren Umständen entsprechend leider nur „auf Sicht“.

Max Schußmüller

Regionalkoordinator des Jungen Forums Bayern

Junges Forum Regensburg und Passau

Gegen verschwörungsideologische Proteste

Trotz einiger coronabedingt entfallener Veranstaltungen gab es für das Junge Forum Regensburg in den letzten Monaten alle Hände voll zu tun. Anlass dafür waren vorgebliche Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, die sich ab Anfang Mai in der Stadt formierten. Wir beobachteten dabei von Beginn an antisemitische Ideologiefragmente. So fanden sich unter den Teilnehmenden der Proteste Aufschriften und Aussagen, in denen Bezug zum QAnon-Verschwörungsmythos oder Vergleiche der Coronamaßnahmen zur NS-Diktatur hergestellt wurden. Im Bündnis mit gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen organisierten wir daraufhin über mehrere Monate hinweg wöchentlich Gegenkundgebungen, auf denen wir über die Gefahr aufklärten, die von diesen verschwörungsideologischen und oftmals rechtsextrem ausgerichteten Veranstaltungen ausgeht. Besonderes Augenmerk legten wir auf den Teil der Proteste, der als „Meditationsdemo“ auf dem Dani-Karavan-Denkmal am Neupfarrplatz stattfand. Das Denkmal am Ort der ehemaligen Synagoge erinnert an die jüdische Gemeinde, die im Zuge der Pest-Ausbrüche im Mittelalter aus Regensburg vertrieben worden war und erst Jahrhunderte später zurückkehren konnte. Wir empfanden es als unerträglich, dass an diesem Ort nun antijudaistische Ritualmordlegenden im neuen Gewand verbreitet wurden und konnten erreichen, durch Besetzung des Ortes den Organisator*innen den Platz zu nehmen. Auch die anderen, allwöchentlichen Proteste scheinen für den Moment abgeebbt – angesichts der Dynamik, die zuletzt in Berlin zu beobachten war, sehen wir allerdings keinen Anlass, uns zurückzulehnen und machen uns darauf gefasst, uns auch weiterhin den antisemitischen Umtrieben der Corona-Proteste entgegenzustellen.

Auch in Passau kam es in den letzten Monaten zu Demonstrationen gegen die Corona-Auflagen mit häufig mehreren hundert Teilnehmern. Dabei traten einzelne Akteure aus der rechtsextremen Szene hervor und Redner, die sich antisemitischer Narrative bedienten. Unter den Teilnehmern waren viele Anhänger von Verschwörungstheorien wie „QAnon“ erkennbar. Antisemitische Symbole, wie das Tragen eines Sternes, der an den Judenstern aus der NS-Zeit erinnert, wurden teilweise verwendet.

Wir als Junges Forum Passau haben die Demonstrationen in Passau beobachtet und in der Öffentlichkeit durch unsere Social-Media-Kanäle und Pressearbeit darüber aufgeklärt. Dabei haben wir auch Video-Interviews mit Demonstrationsteilnehmern geführt. Weiterhin sind wir mit der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister in Kontakt getreten, um ein Verbot des Tragens der Sternsymbole, die an den NS-Judenstern erinnern, zu erwirken. Attentate wie in Pittsburgh oder Halle haben gezeigt, welche tödliche Gefahr von antisemitischen Verschwörungsideologien ausgehen kann. Als Junges Forum werden wir uns diesem Gedankengut weiterhin entschlossen entgegenstellen, egal mit welchem politischen Anstrich es daherkommt.

Dennis Forster, Gerald Hetzel

Junges Forum Regensburg, Junges Forum Passau

Junges Forum Berlin

Tacheles in Berlin

Gibt es ein vorherrschendes Narrativ über Israel in der deutschen Gesellschaft? Diese Frage haben die Berliner JuFos Paula Ranft und Anna Staroselski in der dreiteiligen Online-Veranstaltung „Tacheles-Talk“ für das Junge Forum gestellt.

Zum Anlass des 55-jährigen Bestehens der Deutsch-Israelischen Beziehungen wurden Vertreter dreier zentraler Organisationen, die sich als überparteiliche Interessenvertretungen für eine friedliche politische und gesellschaftliche Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen einsetzen, eingeladen, um den Umgang mit Israel und Antisemitismus in der deutschen Politik zu erörtern. Den Anfang machte DIG-Vorsitzender Uwe Becker, den Paula, Sprecherin des Jungen Forums Berlin, und Anna, die neben ihrem Engagement im JuFo auch Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion ist, über die Arbeit der DIG sowie seine Tätigkeit als Bürgermeister der Stadt Frankfurt/Main und als Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus befragten.

Zum zweiten Gespräch wurde Mona Flaskamp, Assistant Director for Political Affairs des American Jewish Committee Berlin, eingeladen. Sie berichtete von ihrer Arbeit mit dem inhaltlichen Fokus auf Kampf gegen Antisemitismus, Extremismus und Islamismus, über die von ihr organisierte „Taskforce Education on Antisemitism“, ein Forum für pädagogische Projekte zum gegenwartsbezogenen Antisemitismus, und ihren Austausch mit Regierungsvertretern, politischen Stiftungen, NGOs und der Bundeswehr. Die Veranstaltungsreihe wurde mit Mirjam Rosenstein, Executive Director des Nahost Friedensforums e.V., abgeschlossen. Das NAFFO ist ein Zusammenschluss engagierter Bürger in Deutschland, die sich für eine friedliche politische und gesellschaftliche Entwicklung im Nahen Osten einsetzen, und das Verständnis in der deutschen Politik für die Vielschichtigkeit der Situation im Nahen Osten erhöhen möchten.

Die drei Veranstaltungen, die online über Zoom sowie parallel als Facebook-Livestream stattfanden, zeigen, dass auch in Zeiten von Corona spannende Gespräche über politisch relevante Themen möglich sind. Das Format „Tacheles-Talk“ wird fortgesetzt!

Felix Neugebauer

Regionalkoordinator Junges Forum Berlin und Neue Bundesländer

Junges Forum NRW

Israel-Advocacy und Bildung in Krisenzeiten

Die Ortsgruppen des Jungen Forums der DIG in Nordrhein-Westfalen konnten dank moderner Technik auch in schwierigen Zeiten aktiv bleiben und sowohl den Mitgliedern als auch einer interessierten Öffentlichkeit spannende Veranstaltungen bieten. Nachdem im März das Corona-Virus die bisher primär genutzten Wege in die Öffentlichkeit wie Vorträge und Info-tische lahm legte, mussten die Jungen Foren der DIG schnell umdenken, um ihr Ziel, möglichst viele Menschen für Israel zu begeistern, auch in diesem ungewöhnlichen Jahr zu erreichen. Dazu erwies sich als nützlich, dass sie zuvor auch auf lokaler Ebene gut besuchte Social-Media-Kanäle aufgebaut hatten, mit denen alle Interessierten direkt von Zuhause aus erreicht werden können. Doch da die neue Realität nicht nur auf diesem Gebiet neue Anstrengungen erforderte, rief die Sprecherin des JuFo Ruhr, Natalie Kajzer, einen Arbeitskreis zur digitalen Infrastruktur des Jungen Forums ins Leben, der sich mit Fragen der bundesweiten Vernetzung, Bündelung und Planung von digitalen Formaten beschäftigt. Nicht nur konnte so ein Online-Veranstaltungskalender eingerichtet werden, in dem die digitalen Veranstaltungen aller JuFos gesammelt abgerufen werden können, sondern auch ganz neue Formate wie der bundesweite JuFo-Online-Stammtisch, bei dem sich JuFos aus ganz Deutschland kennenlernen können, wurden etabliert.

Auch in NRW haben die Jungen Foren von diesen neuen Formaten Gebrauch gemacht. So konnte das JuFo Ruhr am 24. Juni mit einem Online-Vortrag des Referenten Ingo Elbe über Antisemitismus im postmodernen Antirassismus viele Interessierte erreichen. Bei dieser Veranstaltung wurde sich mit der für viele JuFos an Hochschulen besonders relevanten Frage auseinandergesetzt, ob ein „ehrbarer Antisemitismus“, wie Jean Améry ihn einst nannte, nicht längst ein fester Bestandteil insbesondere der sich in postmoderner Weise antirassistisch artikulierenden universitären Disziplinen geworden ist. Elbe stellte fest, dass sich in diesem von Michel Foucault, Edward Said oder Judith Butler inspirierten Diskurs ein systematischer Zusammenhang von begrifflicher Eliminierung des Antisemitismus, Relativierung des Holocaust, De-Thematisierung vor allem der islamischen Judenfeindschaft und Hass gegen Israel finden lässt. Der Online-Vortrag bot den Zuschauern einen Überblick über Faktoren, die das wichtige Anliegen der Rassismus-Analyse in eine postmoderne Weltanschauung verwandelt haben, die partiell gültige Aussagen unzulässig verallgemeinert, empirische Analysen durch starre Theorieschablonen ersetzt, inkonsistente, machtreduktionistische und kulturrelativistische Erkenntnistheorien zugrunde legt und über weite Strecken von volkspädagogischen Absichten und politischen Ressentiments geleitet wird.

Auch das JuFo Münster nutzte das Format des Online-Vortrages und lud am 9. Juli 2020 den Pädagogen Burak Yilmaz für den Vortrag »Den Juden will ich nicht spielen – Theater gegen Antisemitismus« ein. In diesem berichtete Yilmaz den Teilnehmenden von seiner Arbeit im Rahmen des Projekts Junge Muslime in Auschwitz und ging auf die Frage ein, wie Gedenkstättenfahrten mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet werden können. Im Anschluss an den Einblick in dieses wichtige Projekt konnten die zahlreichen Fragen der Zuschauer beantwortet und eine gewinnbrin-

gende Diskussion über gesamtgesellschaftliche Antisemitismusbekämpfung geführt werden.

Obwohl das JuFo Münster unter den entsprechenden Hygienevorkehrungen am 2. September wieder einen Vortrag in Präsenz anbieten wollte, musste dieser ebenfalls online stattfinden. Eine aus Sicherheitsgründen erfolgte Raumabsage der Vermieter (mehr dazu im nächsten Beitrag auf dieser Seite) führte dazu, dass Christian Kröper dem Publikum Online Aufschluss darüber gab, was die BDS-Bewegung ist. Kröper bot mit diesem einführenden Vortrag einen Überblick über die Historie und Positionen der gegen Israel gerichteten BDS-Kampagne und erläuterte anhand von Beispielen aus der Musik- und Kulturbranche, dem zivilgesellschaftlichen Bereich sowie des politischen Aktivismus die Vorgehensweise der BDS-Kampagne und deren Intentionen. Einem Publikum, welches sich noch nicht näher mit der BDS-Kampagne auseinandergesetzt hatte, konnte das JuFo Münster die Problematik der BDS-Kampagne darlegen und so Multiplikatoren im Kampf gegen die antisemitische Kampagne gewinnen.

Die vorangebrachte Vernetzung der Mitglieder des Jungen Forums in NRW und in Deutschland erwies sich bereits am 25. Juli bei der Münsteraner Kundgebung „Für Israel und gegen Antisemitismus“ als besonders hilfreich. Nicht nur das JuFo und die DIG Münster, sondern auch das JuFo Ruhr und weitere Unterstützer setzten ein starkes Zeichen gegen eine israelfeindliche Kundgebung (siehe den folgenden Beitrag).

Wilko Martens

Regionalkoordinator Junges Forum Nordrhein-Westfalen

Junges Forum Münster

Flagge für Israel gezeigt

Am 25. Juli 2020 fand in Münster eine israelfeindliche Demonstration unter dem Motto „Nein zur Annexion“ statt. Das Junge Forum der DIG Münster hielt gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Münster und vielen Unterstützern dagegen und protestierte unter dem Motto „Für Israel und gegen Antisemitismus“ öffentlichkeitswirksam gegen antisemitische Israel-feindlichkeit.

Dort, wo besonders lautstark Progressivität gefordert wird, ist leider selten eine solche anzutreffen. Ebenso in Münster, wo die Kundgebung „Nein zur Annexion“ unter dem Vorwand linker antirassistischer Bemühungen und im Sinne eines proklamieren „indigenen“ und „antikolonialen Widerstandes“ gegen eine vermeintlich drohende „Annexion“ demonstrierte. Schon im Aufruf machten die Demonstrierenden deutlich, dass es ihnen um eines nicht ging: um eine sachliche Auseinandersetzung mit den unveröffentlichten und nicht umgesetzten Plänen der Regierung Netanjahu-Gantz, die israelische Souveränität auf Teile von Judäa und Samaria auszuweiten. Israel wurde dort vor-



Das Junge Forum und die DIG Münster setzten mit ihrer Demonstration in der Münsteraner Innenstadt ein klares Zeichen für Solidarität mit Israel und gegen Antisemitismus.

Foto: Samuel Sammy Ahren

geworfen, einen „großisraelischen“ Staat anzustreben und ein „siedlerkolonialistischer Militärstaat“ mit „apartheidsähnlichen Strukturen“ zu sein. Für das JuFo und die DIG Münster war klar, dass diese antisemitische Dämonisierung des jüdischen Staates nicht unwidersprochen bleiben darf, weshalb zu einer Gegenkundgebung in Solidarität mit Israel aufgerufen wurde.

Auf den sich in der Innenstadt Münsters frontal gegenüberstehenden Kundgebungen folgte am 25. Juli das erwartete Schauspiel. Schon auf dem Fronttransparent der propalästinensischen Kundgebung prangten Teile des Logos der antisemitischen BDS-Kampagne und gleich zu Beginn wurde mit dem Slogan „From the River to the Sea, Palestine will be free“ ebenso wie in einem Redebeitrag, in dem von der Befreiung „vom Jordan bis zum Mittelmeer“ gesprochen wurde, klar gemacht, dass in der „Friedens“-Vorstellung der Demonstrierenden für Israel kein Platz mehr sein soll. Das israelische Kerngebiet zwischen Jordan und Mittelmeer soll zu einem palästinensischen Staat werden, der Israel nicht ergänzt, sondern ersetzt. Dies muss als Vernichtungsforderung gegen Israel interpretiert werden.

Höhepunkt der antiisraelischen Kundgebung war schließlich ein Redebeitrag, in dem sich explizit mit jeder Form des palästinensischen Widerstandes solidarisch erklärt wurde. Es wurde proklamiert, die Wahl der „Widerstandsformen“ sei ausschließlich Sache der Palästinenser. Da die Terroristen der Hamas, des Islamischen Jihad, der Fatah und der PLO ihren Terror gegen israelische Zivilisten als Widerstand verstanden wissen wollen, muss diese Aussage als Terrorunterstützung verstanden werden. Neben den üblichen Dämonisierungen Israels spielte eines auf der Kundgebung jedoch kaum eine Rolle; das eigentliche Kundgebungsthema, die angebliche „Annexion“ einiger Gebiete in Judäa und Samaria. Kein Wunder, wo über diese doch bereits verschoben war. Gegen diese israelfeindliche und antisemitische Kundgebung setzten das JuFo und die DIG Münster mit ca. 50 Unterstützern aus ganz Nordrhein-Westfalen ein deutliches

Zeichen für Israel. Neben kritischen Zwischenrufen und Sprechchören wurde in einem Redebeitrag des JuFos die antisemitische Intention der israelfeindlichen Kundgebung den Passanten und Teilnehmenden dargelegt und die Position des JuFos auf die Straße getragen: Solidarität mit dem jüdischen Staat, unabhängig von Regierungs- und Tagespolitik.

Leider steht diese in Münster erstmals so offen artikulierte Israelfeindschaft jedoch nicht alleine, sondern ist Teil einer Entwicklung, die die DIG Münster schon seit längerem mit Sorge betrachtet. Vorläufigen Höhepunkt der israelfeindlichen Aktivitäten in Münster stellt eine Raumabsage dar, welche das JuFo Münster für einen Vortrag, der sich kritisch mit der BDS-Kampagne auseinandersetzen sollte, aus Sicherheitsgründen erhalten hat. Der Vortrag von Christian Kröper hätte unter dem Titel „Was ist die BDS-Bewegung?“ am 2. September 2020 in Räumlichkeiten eines Programmkinos stattfinden sollen, musste jedoch nach der Raumabsage ins Internet verlegt werden. Die Absage erfolgte laut Betreibern aufgrund von Zuschriften, die eine „große Sorge in Bezug auf die Sicherheit aller Teilnehmer*innen“ aufkommen ließen und die dazu führten, dass mit Protesten gerechnet wurde.

Das JuFo Münster ist schockiert über den Druck, welcher auf die Betreiber ausgeübt wurde und welcher dazu bestimmt war, eine kritische Auseinandersetzung mit der BDS-Kampagne zu verunmöglichen. Auch der Präsident der DIG Herr Uwe Becker äußert sich klar: „Wenn das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Münster die Menschen über das Wirken der antisemitischen BDS-Bewegung aufklären will, und BDS-Sympathisanten massive Einschüchterung betreiben, dann ist die Schwelle zur Gewalt überschritten. Dies ist eine besonders perfide Form des israelbezogenen Antisemitismus, der hier stattfindet, gegen den wir als Gesellschaft jedoch aufstehen müssen.“ Das JuFo und die DIG Münster werden weiterhin in der Öffentlichkeit für Israel und gegen Antisemitismus eintreten, auch wenn man sich damit nicht immer Freunde macht.

Wilko Martens

Sprecher des Jungen Forums Münster und Stellvertretender Vorsitzender der DIG Münster

Junges Forum bei »Blue Wings 2020«

Historischer Empfang im deutschen Luftraum

„Die Vergangenheit im Gedächtnis – den Blick in die Zukunft.“ Es ist ein hoffnungsvoller Leitsatz, den die israelische Luftwaffe am 15. August 2020 auf Twitter veröffentlicht. Zwei Tage später folgt ein historischer Moment für die deutsch-israelischen Beziehungen: Erstmals in der Geschichte treten Kampfflugzeuge der israelischen Streitkräfte in den deutschen Luftraum ein, wo sie von drei deutschen Eurofighter-Jets empfangen werden. Es ist der Beginn der gemeinsamen Militärübung »Blue Wings 2020«, die zwei Wochen andauerte und vom Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Ingo Gerhartz, geleitet wurde.

Den Auftakt der Militärübung bildete eine Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Dachau, bei der sowohl Generalleutnant Gerhartz als auch sein israelischer Amtskollege, der



Historischer Flug vorbei an der KZ-Gedenkstätte Dachau im Rahmen der Teilnahme an der deutsch-israelischen Übung »Blue Wings 2020«. Foto: Dr. Stefan Petersen | Bundeswehr

Kommandeur der israelischen Luftwaffe, Generalmajor Amikam Norkin, sowie Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der israelische Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, teilnahmen. Zuvor hatte ein gemeinsamer Überflug der deutschen und israelischen Luftwaffe im Gedenken an das Olympiaattentat von 1972 über den ehemaligen Fliegerhorst Fürstenfeldbruck stattgefunden.

Auch das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft war bei der Gedenkveranstaltung mit vor Ort. Die Mitglieder hatten die seltene Gelegenheit, sich mit Offizieren der deutschen und israelischen Luftwaffe auszutauschen und erhielten dabei eine sehr persönliche Sichtweise auf dieses historische Bündnis. Es war bewegend zu sehen, dass die israelischen Soldaten den Deutschen ihr Vertrauen entgegenbringen. Im Gespräch mit den deutschen Offizieren wurde außerdem deutlich, dass sie alle eine tiefe Beziehung zu Israel haben und ihre historische Verantwortung kennen und wahrnehmen.

In einer Zeit, in der ein Großteil unserer Generation den nationalen Streitkräften hierzulande weitestgehend gleichgültig gegenübersteht, müssen wir als Junges Forum darüber aufklären, weshalb »Blue Wings 2020« so bedeutend ist und wodurch sich diese Übung von anderen bilateralen militärischen Kooperationen abhebt. Angesichts der Verbrechen, die Deutschland begangen hat, gleicht es heute einem Wunder, Kampfflugzeuge der israelischen Streitkräfte im deutschen Luftraum begrüßen zu dürfen. Mit »Blue Wings 2020« wurde ein weiterer wichtiger Grundstein für militärische Kooperationen zwischen Israel und Deutschland gelegt, auf denen wir als nachrückende Generation aufbauen können. Die Militärübung war die erfolgreiche Fortsetzung der bereits bestehenden deutsch-israelischen Zusammenarbeit, von der beide Seiten auch in Zukunft profitieren werden. Das Ziel einer derartigen Übung ist nicht zuletzt, sich auf Ausnahmesituationen vorzubereiten und im Ernstfall gemeinsam militärisch bestehen zu können. Hierbei sei auch die bilaterale Kooperation der deutschen und israelischen Sicherheitsbehörden zu erwähnen, denn dadurch konnten schon mehrfach terroristische Anschläge in Europa verhindert werden.

Antonia Pfeifer

Junges Forum München

Siehe auch die Beiträge auf Seite 5-7.

Ungewollte Briefmarken

Israelbezogener Antisemitismus war in der untergegangenen DDR Staatsräson, was sich selbst in den entlegensten Bereichen bemerkbar machte. Das zeigt der Fall eines thüringischen Briefmarkensammlers, der sich auf das Sammelgebiet Israel spezialisiert hatte. Das heutige DIG-Mitglied berichtet aus einer fast schon versunkenen Zeit, als man sich noch Briefe und Karten schrieb – versehen mit oft wunderschön gestalteten Briefmarken.

Nach dem Tode meines Großvaters väterlicherseits im Jahre 1974 war die Frage zu klären, wer denn einmal die nicht ganz kleine Briefmarkensammlung weiterpflegen könne und wolle. Wir Enkel kannten unseren Großvater nicht anders als am Schreibtisch sitzend und Korrekturen lesend oder mittels Lupen, Lampen und Pinzetten mit Briefmarken hantierend. Wenn wir ihn mitunter fragten, was denn dies und das bedeute auf den Marken, dessen Schrift wir nicht einmal lesen konnten, kam stets die abweisende Antwort, dass wir das sowieso nicht verstünden und er jetzt seine Ruhe brauche. In mehrere Kartons verstaut, verbrachte ich also seine Sammlung nach Weimar, wohin ich als sehr junger Mensch gezogen bin.

Im Prinzip stand es in der DDR jedem Menschen frei, Briefmarken zu sammeln, ohne dieses anzuzeigen und genehmigen zu lassen. Bestand aber der Wunsch, Postwertzeichen in das Ausland zu senden oder von dort einzuführen – also mit Tauschpartnern in Kontakt zu treten – wurde es kompliziert. Der Philatelist musste „Zwangs“-Mitglied im Kulturbund der DDR werden, wo exklusiv alle Sammler in regionalen Arbeitsgemeinschaften erfasst wurden. Über ein streng kontrolliertes, nicht frei überprüfbares System konnte ein Auslandstausch mit bzw. in westliche Staaten stattfinden. Die nominalen Werte der Aus- oder Einfuhr dieser Devisen mussten sich die Waage halten. Die absolute Anzahl der Sendungen im Jahr wiederum war stark beschränkt. Die weitaus meisten Tauschpartnerschaften fanden innerhalb des dreigeteilten Deutschlands statt. Innerhalb der AG des Kulturbundes gab es Unterarbeitsgruppen, die sich mit speziellen Ländern oder Themen befassten (zum Beispiel Frankreich oder die USA).

In meinem Fall war dies allerdings noch komplizierter: Mein Sammelgebiet war der Staat Israel. Ein direkter Tausch, im Rahmen des ohnehin schon schwierigen Verfahrens, war überhaupt nicht möglich. Quasi ein Strohmännchen in Westdeutschland sandte mir die von ihm vorher von meinem israelischen Partner erhaltenen Wertzeichen im Tausch gegen DDR-Briefmarken zu. Die Zahl der nie angekommenen Sendungen war leider nicht klein. Meines Wissens war ich der einzige „offizielle“ Philatelist in Thüringen, der Israel sammelte, zumindest ist es mir trotz Aufwandes nicht gelungen einen weiteren zu finden.

Im Laufe der Jahre gelang es dennoch, die Sammlung auszubauen. Ich fasste den Mut, mich an einer überregionalen Ausstellung zu beteiligen, die zu einem Lutherjubiläum ausgeschrieben war. Erste, sehr zaghafte und völlig unzureichende Versuche, Luthers Antisemitismus zu bearbeiten, erfolgten. Das von mir selbst gewählte Thema der Ausstellung lautete: „Das Alte Testament, präsentiert auf israelischen Briefmarken, anhand der Übersetzung Dr. Martin Luthers“. Der Aufwand war immens, zumal ein derartiges Vorhaben hohen philatelistischen Ansprüchen genügen musste. Wenige Tage vor Eröffnung wurde ich jedoch mündlich informiert, dass eine private Prä-



Die Tore Jerusalems: Künstlerisch gestaltete israelische Briefmarken aus der Sammlung von Rudolf Keßner.

Foto: privat

sentation des Staates Israel mittels Briefmarken nicht möglich sei. Gründe wurden nicht genannt. Einsprüche und weitere Nachfragen seien zwecklos.

Ein wenig gemildert wurde mein Zorn, dass innerhalb eines evangelischen Kirchentages in Erfurt die Ausstellung gezeigt werden konnte. Anschließend zeigte ich – den kleinen Spielraum innerhalb der SED-Diktatur bis zum Äußersten ausreizend – Teile der Ausstellung in einem meiner Schaufenster des privaten Handwerksbetriebes zur Anfertigung von Stempeln und Siegeln. An einer Seite stellte ich eine Menora auf. Im Hintergrund das Plakat vom Frühjahr 1933 meiner Heimatstadt „Kauft nicht bei Juden!“ Fünf Geschäfte, mit Bild, sind präsentiert. Mein bereits erwähnter Großvater erhielt den Befehl, als örtlicher Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger, das Plakat zu drucken. Der Juniorchef eines der fünf jüdischen Unternehmen war der beste Freund meines Großvaters. Das ist aber bereits der Beginn einer anderen Geschichte...

Rudolf Keßner

Gründungsmitglied der DIG Weimar



Foto: privat



Amos Oz (1939-2018). Foto: picture alliance / AP Images | Dan Balilty

Das Vermächtnis eines Humanisten

Nach seinem Tod im Dezember 2018 waren schon Amos Oz' Gespräche mit seiner Lektorin Shira Hadad erschienen, eine Schatzkiste voller Lebensweisheit, Erzählfreude, Humor und Selbstbefragung, ein mehr als sokratisches, weil gleichberechtigtes Gespräch („Was ist ein Apfel“, Suhrkamp 2019). Das Buch nährte die Hoffnung, dass vielleicht noch weitere Werke aus dem Nachlass veröffentlicht werden könnten, um die Trauer über den Verlust dieses großen israelischen Schriftstellers und politischen Philosophen etwas zu lindern.

Die Hoffnung hat sich erfüllt. Im Frühjahr erschien Amos Oz' letzter Vortrag, gehalten am 22. Juli 2018 an der Universität Tel Aviv, ein schmaler Band. Dieses Büchlein fasst seine fulminanten Reden in „Liebe Fanatiker“ (Suhrkamp 2018) noch einmal zusammen und spitzt sie politisch zu: als Vermächtnis an seine Enkel, die nun dort kämpfen müssen, wo er jahrzehntelang gekämpft hat, in der ersten Reihe. „Opa ist jetzt in der Logistik, verantwortlich für die Munition. Hier, dieses kleine Büchlein, soll eure Munition sein.“ (S. 11)

Der „große Stock“ heilt keine Wunden

In drei Schritten entfaltet Amos Oz seine Grundgedanken. Erstens: Die Auseinandersetzungen zwischen den Juden in Israel und den Palästinensern sind eine blutende Wunde, mehr noch, „eine infizierte Wunde voller Eiter“. Es nützt nichts, auf eine Wunde einzuschlagen, man muss sie heilen. Nicht indem man als Israeli den Arabern Recht gibt oder ihnen sagt: „Hier, nehmt alles, wir hatten Unrecht.“ Ihnen auch die andere Wange hinzuhalten, davon hält Amos Oz gar nichts. Israel braucht seine Stärke, einen „großen Stock“, sonst gäbe es den Staat und seine Menschen nicht mehr. Aber der „große Stock“ heilt keine Wunden. Dafür braucht es Zeit, und man muss beginnen mit einer Sprache des Heilens, nicht einer Sprache der Unterwerfung oder der Abschreckung. Man muss, sagt Oz, seinem Feind sagen: „Ich weiß, du hast sehr große Schmerzen, ich verstehe. Auch mir tut es weh. Lass uns gemeinsam einen Weg finden.“ (S. 15)

Zweitens: „Wenn es hier nicht zwei Staaten geben wird, und zwar ziemlich schnell, dann wird es hier einen Staat geben. Und dies wird kein binationaler Staat sein, so etwas gibt es nicht, sondern ein arabischer Staat, vom Meer bis zum Jordan.“ Ein binationaler Staat, sagt Oz, ist nur ein schlechter Traum. Ein jüdisches „Groß-Israel“ vom Meer bis zum Jordan könnte es – als Zwischenschritt – zunächst auch geben, aber nur als Diktatur, und die würde wie alle Diktaturen nicht lange halten. Und dann müssten Juden wieder als Minderheit leben, in einem arabischen Staat. Und das ist für Amos Oz die zentrale Lehre aus der jüdischen Geschichte: „Ich will keine Minderheit sein. Nicht nur unter Arabern, ich möchte nirgendwo mehr Minderheit sein.“ (S. 16) Natürlich können einzelne Juden und Araber Haus an Haus leben, sagt Oz. Aber die Juden dürfen in ihrem Staat nicht in der Minderheit sein: das ist der Grund und das Ziel der Trennung in zwei Staaten. Amos Oz war weder Pazifist noch Träumer.

Drittens: Warum sind in der Beurteilung des Konflikts extreme Standpunkte so verbreitet? Eine fundamentale Kritik am Zionismus von Anfang an auf der einen und die Überheblichkeit, wir machen alles richtig und der Rest der Welt liegt falsch, auf der anderen Seite? Das liegt daran, sagt Oz, dass die Palästinenser gleichzeitig zwei Kriege gegen die Juden führen, einen gerechten mit dem Ziel, frei in ihrem Land leben zu können; und einen ungerechten und verbrecherischen mit dem Ziel, dass die Juden nicht als freies Volk in ihrem Land leben können.

Aber nicht nur die arabische, sondern auch die jüdische Seite führt zwei Kriege in einem. Einen gerechten Krieg, der die grundlegenden Ziele des Zionismus verfolgt: „Ein freies Volk in unserem Land zu sein. Keine Herren über uns zu haben. Nicht Minderheit zu werden.“ Aber gleichzeitig führen die Juden auch Krieg, weil sie „noch zwei Zimmer zu unserer Wohnung dazuhaben wollen, auf Kosten der arabischen Nachbarn“ (S. 22). Ich denke, es ist auch für uns Freunde Israels oft schwierig, diese Unterscheidung durchzuhalten, wenn die Feinde Israels sie andersherum verschwinden lassen wollen. Dann gibt es nur

noch „Sie“ oder „Wir“, „ganz“ oder „gar nicht“. So einfach ist die Wirklichkeit aber nicht.

Amos Oz hat in seiner Literatur und in seiner Publizistik immer daran gearbeitet, die Unterschiede deutlich zu machen, den vielfältigen Stimmen des Judentums Gehör zu verschaffen. So hat er in seinem großartigen Reportageband „Im Lande Israel“ Anfang der 1980er Jahre allen, auch „Siedlern“ zugehört und sie zu Wort kommen lassen, mit der Benennung der Differenzen, aber auch des gemeinsamen Kerns. Amos Oz hat seinen Kern des Judentums gesehen in der Fähigkeit zu streitbarem Pluralismus und Demokratie. Sein kategorischer Imperativ ist einfach, aber politisch sehr weitreichend, weil er immer und überall gilt: „Du sollst niemandem Schmerz zufügen.“

Die Welt hat sich geändert

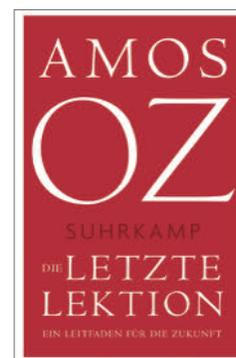
Aus der Erfahrung von Gesprächen und Erzählungen schöpft er auch seinen Widerspruch gegen die Stichwortgeber der ungerechten Kriege; gegen Araber, die das Haus ihrer Großeltern wiederhaben wollen, bevor sie Frieden geben, ebenso wie gegen Juden, die das biblische Königreich mitsamt dem Tempel wieder errichten wollen. Die „Rekonstruktionitis“, wie Oz diese gefährlichen Phantasien nennt, macht den Fehler, im Raum das zurückholen zu wollen, was in der Zeit unwiederbringlich verschwunden ist. Die Sehnsucht danach ist berechtigt, wie die Sehnsucht nach der ersten großen Liebe; aber diese Sehnsucht kann nur durch Kunst und Kultur gestaltet und nicht in der Realität erfüllt werden, schon gar nicht mit Gewalt. Denn die Welt hat sich geändert. Die Juden, stellt Oz klar, sind ja nicht nach Palästina gekommen, um etwas „wiederherzustellen“, sondern allein aus einem Grund: Sie konnten einfach nirgendwo anders hin, niemand wollte sie haben. Es gab und gibt viele Formen des Zionismus, die sich respektieren müssen, aber die gemeinsame Grundlage ist: „Wir haben keinen anderen Ort.“

Aber hat denn das, was Oz vorschlägt, überhaupt eine Chance? Die Israelis, stellt er fest, können nicht an „Heilung“ glauben, wenn die Palästinenser mal wieder Feuer und Gewalt bringen. Und wenn sie ruhig sind, braucht man nichts zu tun außer „Management“. Woher soll die politische Führung kommen, die das tut, wovon die Mehrheit der Israelis schon im Herzen überzeugt ist: Mit der Heilung der Wunde beginnen? Amos Oz weiß es nicht, aber die Geschichte ist voll von solchen Überraschungen. Das dümmste Wort über menschliche Geschichte ist, wie er an vielen Beispielen zeigt, „unumkehrbar“. Wir deutschen Lesenden könnten noch weitere Beispiele aus unserer Geschichte hinzufügen.

Das ist die wichtigste Botschaft dieses kleinen Bandes: „Menschen können überraschen. Nicht nur andere, sondern auch sich selbst.“ (S. 47) Die Zukunft ist offen, „die Rechnung ist noch nicht gemacht“. Amos Oz wäre nicht Amos Oz, wenn er sein Vermächtnis nicht mit zwei Geschichten abschließen würde, die allein schon die Lektüre lohnen. Die Freunde Israels tun gut daran, Amos Oz' Vermächtnis ernst zu nehmen.

Dr. Hermann Kuhn, Till Schmidt
DIG Bremen/Unterweser e.V.

Amos Oz
Die letzte Lektion. Ein Leitfaden für die Zukunft
Aus dem Hebräischen von
Anne Birkenhauer
Suhrkamp 2020
58 Seiten, € 10,00
ISBN 978-3-518-47070-1



Eine unmögliche Freundschaft

In der Konrad-Adenauer-Akademie zu Berlin fand nach coronabedingtem Pausieren im September wieder eine Veranstaltung mit Publikum statt, zu der die Deutsch-Israelische Gesellschaft Berlin und Brandenburg e.V. (DIG) und die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (KAS) gemeinsam eingeladen hatten. Die Teilnehmer dieser Kooperationsveranstaltung erleben eine Buchvorstellung, die nicht nur deshalb in Erinnerung bleiben wird, weil sie überhaupt stattfand, sondern auch, weil sie eine überaus positive Begebenheit ins Gedächtnis rückte: die „unmögliche Freundschaft“ zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion und dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Eine unmögliche Freundschaft – so lautet denn auch der Titel des vorgestellten Buches von Michael Borchard, und unter dieser Überschrift stand auch die Veranstaltung selbst, zu der Jochen Feilcke, Vorsitzender der DIG Berlin und Brandenburg e.V., die Gäste begrüßte. Er erinnerte an den „Strauß-Deal“ von 1957, als der damalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß und Shimon Peres, seinerzeit Generaldirektor im israelischen Verteidigungsministerium, bei einem geheimen

winterlichen Treffen im Privathaus des Bayern in Rott am Inn formlos die Lieferung von Militärfahrzeugen aus Deutschland nach Israel vereinbart hatten. Jochen Feilcke rief auch die entgegengesetzte Haltung der DDR-Regierung in Erinnerung, die arabischen Organisationen und Staaten in den 1970er-Jahren Waffen zur Zerstörung Israels geliefert hatte.

Die Moderatorin des Abends, Maya Zehden, erinnerte daran, dass heutzutage mehr Wissen über die 12 Jahre bis 1945 als über die ersten zwei Jahrzehnte nach 1945 verbreitet sei. Das Buch schließe eine Lücke, indem es die 1940er-Jahre in den Blick nehme, als sich die Bevölkerung des künftigen Staates Israel verdoppelte, und die Folgejahre, als sich die Bürger dieses neuen Landes der fortgesetzten Aggression arabischer Nachbarstaaten zu erwehren hatten.

Hier konnte Michael Borchard gut anknüpfen: „1945 fehlte alles, was flüssig war“, zitierte er ein Bonmot von Ben-Gurion. Das fehlende Flüssige waren Öl, sprich Benzin, Wasser und Geld. Dazu kam die Blockade der arabischen Staaten, die es erschwerte, den dreifachen Mangel zu beheben.



Maya Zehden, Stellvertretende Vorsitzende der DIG Berlin und Brandenburg e.V., und der Buchautor Dr. Michael Borchard, Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Foto: Vadim Lisovenko

Ben-Gurion, so Borchard, habe sich schon als Oberbefehlshaber verstanden, als es noch keine staatlichen Strukturen und noch keine israelische Armee gegeben habe und deshalb gut gewusst, wie sehr der Mangel an Geld Mangel an Waffen bedeutete. Dass er später in den 1950ern auch die Bundesrepublik Deutschland zur Behebung dieses Mangels in den Blick nehmen konnte, verdanke sich seinem positiven Deutschland-Bild: David Ben-Gurion hatte keine eigene oder familiäre Shoa-Erfahrung, weil er bereits 1906 aus den russisch besetzten Gebieten Polens, die zum Zarenreich gehörten, in die türkisch besetzten Gebiete Palästinas, die zum Osmanischen Reich gehörten, übersiedelt war. So kannte Ben-Gurion das Deutsche Reich nur von seinen Reisen, die er zwecks Besuch der überwiegend in den Nachbarländern Schweiz, Österreich und Tschechoslowakei tagenden Zionistenkongresse unternommen hatte.

Die positive Deutschland-Erfahrung Ben-Gurions korrelierte, so Borchard weiter, mit einem positiven Judenbild Konrad Adenauers, das dieser sich früh zu eigen gemacht habe. Schon auf dem Kölner Apostelgymnasium hatte er Hebräisch gelernt, jüdische Mitschüler zu seinen Freunden gezählt und sich in der Bibelauslegung an jenen „Karfreitags- und Osternachtkatholiken“ orientiert, für die Jesus ein Jude war und blieb. Projüdisch zu sein sei für Konrad Adenauer „eine emotionale Angelegenheit“ gewesen; Michael Borchard nennt ihn einen „rheinisch-katholischen Zionisten“.

Aber dieses Rheinisch-Katholische prägte Adenauers Persönlichkeit auch in einer Weise, die sich dann doch sehr von der Persönlichkeit Ben-Gurions unterschied. Dennoch verstanden sich die beiden Politiker auf Anhieb, was wohl auch an Adenauers dezidiertem Ablehnung des Nationalsozialismus lag, die ihn in den Augen Ben-Gurions zu einer vertrauenswürdigen Person machte. So sei „eine wirkliche Freundschaft“ entstanden, die vieles möglich machte, was zuvor unmöglich erschien – und das, obwohl sich die beiden seit 1960 nur zweimal getroffen hatten. „Zweieinhalb Begegnungen“ seinen es am Ende geworden, fügt Borchard hinzu und berichtet vom Deutschland-Besuch David Ben-Gurions zur Beisetzung Konrad Adenauers im April 1967, um von dem toten Freund persönlich Abschied zu nehmen. Auch dies eine emotionale Angelegenheit, von tiefer

Sympathie geprägt. Dabei habe die Annäherung der beiden Spitzenpolitiker anfangs politisch unter keinem guten Stern gestanden.

Das will Maya Zehden dann doch etwas genauer wissen, und Michael Borchard lässt sich nicht zweimal bitten – und berichtet unerhörte Dinge: Begonnen habe der Dialog zwischen Bonn und Tel Aviv 1951 mit einer israelischen Briefbombe, die Konrad Adenauer zugedacht war. Statt des Bundeskanzlers tötete sie einen Polizeibeamten, den die Sendung misstrauisch gemacht hatte. Später sollte sich herausstellen, dass ein künftiger Friedensnobelpreisträger der Absender war: Menachem Begin. Er, der Gegenspieler Ben-Gurions in Israel, hatte schon den Gedanken an ein Gespräch mit deutschen Politikern als Verrat und mögliche Wiedergutmachungszahlungen der Bundesregierung als „Blutgeld“ denunziert. Die Versendung der Briefbombe, deren Anstifter Begin war, sollte die Verhandlungen torpedieren.

Maya Zehden versucht, das Gehörte einzuordnen: Weil die Nachfolger der politisch Verantwortlichen der 1940er-Jahre Anfang der 1950er-Jahre an Wiedergutmachungszahlungen für die Taten ihrer Vorgänger denken, sei das ein „Blutgeld“, das von der Generation der Hinterbliebenen in Israel unter keinen Umständen angenommen werden dürfe? Ja, erläutert Michael Borchard, auch in Israel standen sich die der Shoa Entkommenen und die, die ihr durch Auswanderung nach Palästina zuvorgekommen waren, in den Jahren danach verständnislos gegenüber. Deutschenfreundlich die einen wie David Ben-Gurion, deutschenfeindlich die anderen wie Menachem Begin. Dass ein prodeutscher Israeli und ein projüdischer Deutscher die beiden Spitzenämter ihrer Staaten innehatten, sei ein Glücksfall der Geschichte und habe eben jene „unmögliche Freundschaft“ möglich gemacht, die gegen alle Widerstände nicht nur im jeweiligen Inland, sondern auch im befreundeten Ausland jenen Mangel an Flüssigem behoben hat, der die Existenz des Staates Israel immer wieder aufs Neue gefährdete. Denn auch die USA als Besatzungsmacht in Deutschland waren „not amused“ von der Vorstellung, dass die gerade neu geschaffene und auf Anhieb erfolgreiche D-Mark nun nach Israel fließen sollte statt in die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Auch einige europäische Staaten reagierten mit großer Zurückhaltung auf mögliche einseitige Wiedergutmachungszahlungen an Israel, bereiteten sie doch gerade das spätere Londoner Schuldenabkommen vor, mit dem die Bundesrepublik Deutschland für Schäden haften und zahlen sollte, die das Deutsche Reich den Nachbarländern im Zweiten Weltkrieg zugefügt hatte. Neben diesen Widerständen aus dem Ausland seien auch die Widerstände im Inland beträchtlich gewesen, betont Borchard und verweist auf die damals bereits ermittelten Zahlen der Allensbacher Demoskopie-Forscher: Nur 11 Prozent der Bundesbürger unterstützten Adenauers Haltung, 44 Prozent hielten eine Wiedergutmachung für überflüssig.

Vor dem Hintergrund dieses nationalen und internationalen Meinungsklimas passt eine Briefbombe dann doch ins Bild und zeigt, dass es Akteure gab, denen im Wortsinn jedes Mittel recht war, um die Angelegenheit in ihrem Sinne zu beeinflussen. Des allen ungeachtet reiste Adenauer 1951 zu einem Geheimtreffen nach Paris, in dem er als deutscher Bundeskanzler erstmals direkt mit den von Ben-Gurion entsandten israelischen Regierungsvertretern den Gedanken und die denkbare Höhe einer finanziellen Wiedergutmachung erörterte.

Wie habe Adenauer die Sache denn zu einem guten Ende bringen können, will Maya Zehden wissen – angesichts dieser Gemengelage von Widerstand im In- und Ausland und vor dem Hintergrund der Forderungen der Siegermächte, die nicht geheim, sondern ganz offiziell in London verhandelt wurden. Michael Borchard sieht hier ein besonders gutes Beispiel für das, was man heute Adenauers Lösungskompetenz nennen würde. Zuerst und in aller Öffentlichkeit sorgte er dafür, dass auf der Londoner Schuldenkonferenz nach langen Verhandlungen mit fast 30 Staaten am 8. August 1952 schließlich ein Abkommen vorlag. Darin erklärte die Bundesregierung, 14 Milliarden D-Mark zu zahlen. Parallel zu den Londoner Verhandlungen liefen in dem kleinen Ort Wassenaar bei Den Haag die deutsch-israelischen Verhandlungen.

Einen Monat nach London, am 10. September 1952, unterzeichneten Konrad Adenauer in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen, der er von 1951 bis 1955 zugleich war, und der israelische Außenminister Moshe Sharett in Luxemburg ein Abkommen über Wiedergutmachungsleistungen, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtete, dem Staate Israel einen Betrag von 3 Milliarden D-Mark zu zahlen – in bar und in Gestalt von Warenlieferungen. Diese Leistungen galten als Entschädigung für die Eingliederung von Überlebenden der Shoa, weitere 450 Millionen D-Mark flossen der Jewish Claims Conference zur Unterstützung der außerhalb Israels lebenden jüdischen Flüchtlinge zu.

Dieses Nacheinander von London und Luxemburg war kluges politisches Handeln, schließt Borchard das Kapitel, so fanden beide Abkommen allseits Akzeptanz und schufen Vertrauen in den guten Willen der bundesdeutschen Regierung, die von der vorhergehenden Reichsregierung angerichteten Schäden nicht nur symbolisch ausgleichen zu wollen. Im Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik, die zu der Zeit keine diplomatischen Beziehungen hatten, verstärkten die bald auch einsetzenden Wiedergutmachungsleistungen eben jenes wachsende Vertrauen, das zu dem von Jochen Feilcke eingangs erwähnten „Strauß-Deal“ von 1957 führte, den Borchard eine „Räuberpistole“ nennt: Da hätten zwei etwas eingefädelt, Franz Josef Strauß und Shimon Peres, das diplomatisch gesprochen in einer Grauzone lag, einem gravierenden Mangel an Flüssigem aber mit Militärgütern abhalf.

Als es am 14. März 1960 zu einem ersten Treffen von Konrad Adenauer und David Ben-Gurion im Hotel Waldorf Astoria in New York kam, kannten und vertrauten sich die beiden Männer schon ein Jahrzehnt lang, ohne sich je begegnet zu sein. Für die Weltpresse ein Weltereignis, für die beiden Männer zwar auch ein Ereignis, aber eben keines aus dem Nichts: Hier trafen sich zwei, die lange schon an einem Strang zogen und sich nun auch persönlich gut leiden konnten. Nur so werde verständlich, so Borchard, dass Ben-Gurion offen weitere militärische Unterstützung zu erbitten wagte, die es in sich hatte: Fernlenk Waffen und U-Boote.

Das geschah nicht ohne Grund und nicht ohne Not: In Ägypten regierte Präsident Nasser, ein Israel-Hasser und zu der Zeit Führer der arabischen Welt. Gamal Abdel Nasser hatte mit Hilfe deutscher Techniker Raketen entwickelt, die bei einem erneuten Angriff auf Israel zum Einsatz kommen sollten. Mit ebenfalls deutscher Waffentechnik wollte Ben-Gurion reagieren

können, zu Lande und zur See. Das ließ sich mit einem Gespräch nicht klären. Ludwig Erhard, seit 1963 Nachfolger Adenauers im Kanzleramt und schon 1951 als Wirtschaftsminister Befürworter der Wiedergutmachungszahlungen an Israel, war „kein Zauderer“, so Borchard, und hieß nicht nur weitere militärische Lieferungen zur Stärkung der israelischen Resilienz gut, sondern veranlasste 1965 auch die Aufnahme nunmehr offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel.

Michael Borchard hebt die „eminente wichtige Rolle“ Ludwig Ehrhards für die deutsch-israelischen Beziehungen besonders hervor. Heute noch hält die damals vereinbarte Kooperation beim Waffen- und beim Wissenstransfer an – und sichert Israel dank deutscher U-Boote die Zweitschlagkapazität gegenüber einem politischen Gegner, der seit 40 Jahren Iran heißt und unbeeindruckt von Atomabkommen am Ziel der Endlösung 2.0 festhält.



Michael Borchard
Eine unmögliche Freundschaft –
David Ben-Gurion und Konrad Adenauer.

Herder Verlag 2019
384 Seiten, € 24,00
ISBN: 978-3-451-38275-8

Maya Zehden möchte aber noch das vorletzte Kapitel der „unmöglichen Freundschaft“ angesprochen wissen – die zweite Zusammenkunft der beiden Staatsmänner. Tatsächlich trafen sich Konrad Adenauer und David Ben-Gurion am 9. Mai 1966 ein zweites Mal, erstmals sogar im frisch vom westlichen Deutschland anerkannten Israel: im Kibbuz Sde Boker in der Wüste Negev. Dorthin hatte sich Ben-Gurion nach dem Ende seiner Ministerpräsidentenschaft 1963 zurückgezogen. Ebenfalls 1963 hatte Adenauer die Kanzlerschaft auf- und an Ludwig Erhard abgegeben. Beide waren also keine Staatsmänner mehr, präzisiert Borchard, sondern Privatiers.

Die Stimmung der beiden Männer, die gemeinsam so vieles bewegt hatten und sich nun unbeschwert als Pensionäre privat zu Hause begegneten, beschreibt Michael Borchard nach Lektüre der historischen Quellen als „ausgesprochen herzlich“. Die Familien, so berichtet er, hielten bis heute Kontakt, und dass es sich David Ben-Gurion nicht nehmen ließ, im Folgejahr zum letzten Kapitel nach Rhöndorf zu kommen, um seinem Freund Konrad Adenauer am 25. April 1967 das letzte Geleit zu geben, sei der folgerichtige Abschluss dieser „unmöglichen Freundschaft“.

Dr. Rainer Bieling

Journalist und freier Autor. Bis Dezember 2018 Redaktionsdirektor des Informations- und Hintergrunddienstes »Der Hauptstadtbrief«.



Foto: Vadim Lisovenko



Dr. Remko Leemhuis (r.) und Jochen Feilcke, Vorsitzender der DIG Berlin und Brandenburg, bei der Buchvorstellung in Berlin. Foto: privat

Das Auswärtige Amt und Israel zwischen 1967 und 1979

Es ist nicht nur das Privileg, sondern die Pflicht einer Dissertation, aus Fakten Schlüsse zu ziehen. Das tut Remko Leemhuis in seiner Untersuchung, die er bei einer Veranstaltung der DIG Berlin und Brandenburg vorstellte. Er betonte mehrmals, sie sei historisch, aber vieles kommt einem sehr aktuell vor. So stellte er fest, dass in dem von ihm untersuchten Zeitraum von 1967 bis 1979 das politische Handeln der deutschen Diplomaten gegenüber Israel nicht von Mitgefühl für die Opfer schlimmster NS-Verbrechen geprägt war, sondern vielmehr von der Sorge vor negativen Reaktionen der arabischen Staaten und – von evidentem Antisemitismus.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen war auf beiden Seiten umstritten. Trotz der massiven Widerstände von Überlebenden der Shoa überwog in der israelischen Regierung der Pragmatismus: Der junge Staat brauchte dringend Waffen zu seiner Verteidigung und Geld für die Integration der Zuwanderer, die die Bevölkerungszahl verdoppelten und verdreifachten. In Westdeutschland war es dagegen die politische Elite, und dabei eben besonders die im Auswärtigen Amt, die gegen diplomatische Beziehungen war. Kein Wunder, denn in der Zeit von 1949 bis 1963 waren im Bundeswirtschaftsministerium 32,4 Prozent der Beamten des höheren Dienstes mit herausgehobenen Funktionen aus dem früheren Reichswirtschaftsministerium tätig. Im Auswärtigen Amt waren 1949 bis 1955 von 98 Spitzendiplomaten 64,3 Prozent zum Teil tief in das Unrechtsregime involviert gewesen.

Leemhuis hat methodisch Dokumente wie Briefe, Tagebücher und Protokolle ausgewertet, die er im Auswärtigen Amt einsehen konnte. Er unterteilte seine Ergebnisse in drei politische Themenfelder: Entschädigungspolitik, Wirtschaftspolitik und palästinensischen Terror. Aufschlussreich sind vor allem die Zitate, die Meinungen der Zeitzeugen wiedergeben. Dazu ist die Lektüre des Buches empfohlen, hier können nur kurze Ausschnitte erwähnt werden. Bei der Entschädigungspolitik ging es der deutschen Seite nicht wirklich um die Anerkennung von

Verbrechen an den europäischen Juden wie Enteignungen und Völkermord. Es ging darum, dass man vor allem im Blick hatte, mit einer zumindest teilweisen finanziellen Kompensation des NS-Unrechts die Westbindung nicht zu gefährden. Zu der israelischen Forderung, die im 1952 im Luxemburger Abkommen vereinbarte Summe wegen des vermehrten Zuzugs von gesundheitlich Geschädigten nach Israel zu erhöhen, sind im Archiv des Auswärtigen Amts zahlreiche abwertende Anmerkungen verzeichnet. Ein neues Abkommen wurde 1970 zwar geschlossen, aber damit waren längst nicht alle Ansprüche von Berechtigten geklärt. Der damalige Außenminister Walter Scheel vermerkte allerdings handschriftlich auf einer Akte dazu: „Das Bundeskanzleramt ist vorsorglich darauf aufmerksam zu machen, dass ich mich allen Sonderregelungen über das Bisherige hinaus widersetzen werde.“

Besonders die amerikanische Serie »Holocaust« löste in den 70er Jahren im Auswärtigen Amt antisemitische Statements aus. Deutsche Diplomaten merkten an, es handle sich dabei wohl um eine Holocaust-Kampagne, die für weitere Wiedergutmachungsleistungen den Boden bereiten solle und auch, dass sie wohl dem jüdischen Einfluss in den amerikanischen Fernsehgesellschaften zu verdanken sei. An dieser Stelle wurde überlegt, ob das mit zusätzlichen Zahlungen erkaufte Wohlwollen der Juden in den USA und Israel nicht weniger wichtig sei als der Nachteil, die Araber zu verärgern. Die sogenannte „Abschlussgeste“, eine weitere Zahlung an Israel in den 80er Jahren, kam nur aufgrund des Einsatzes des Bundeskanzleramts und gegen den Widerstand der Opposition zustande. Die deutsche Wirtschaftshilfe für Israel begann im Mai 1966, ein Jahr nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Zu spät für den stets am Rande der Zahlungsunfähigkeit balancierenden jungen Staat. Es ist dem Treffen zwischen Konrad Adenauer und David Ben-Gurion zu verdanken, dass unter größter Geheimhaltung finanzielle Hilfen bereits ab 1960 geleistet wurden. Mit dem offiziellen Vertrag wurden diese dann beendet. Allerdings waren die Diplomaten gegen diese Unterstützung.

Nicht nur die Angst, diese Aktion für Israel könne das Verhältnis zu den Arabern gefährden, war dabei im Fokus. Auch die Tatsache, dass die Devisennot Israels ja wohl eine Folge seiner Waffenkäufe sei. Dabei wurde sträflich außer Acht gelassen, dass es nach dem Sechs-Tage-Krieg auch bekanntermaßen eine von arabischen Staaten postulierte Strategie war, durch das Aufrechterhalten der Spannungen den jüdischen Staat zu hohen Ausgaben im militärischen Bereich zu zwingen. Schon damals, 1971, wurde Israel von einem Diplomaten in einem Dokument seine „starre unnachgiebige Haltung“ im Bemühen um eine Friedenslösung vorgeworfen und festgehalten, dass „wir nicht das mindeste Interesse daran haben, mit Israel „besondere Beziehungen“ zu unterhalten.“ Dabei forderte er, die Wirtschaftshilfe einzustellen. Sie wurde nicht eingestellt, aber aufgrund des Drucks dagegen auch nicht erhöht.

Keine gute Figur machte auch der in Israel umstrittene erste Botschafter der Bundesrepublik, Rolf Friedeman Pauls. Leemhuis zitiert aus einem seiner Schreiben an die Zentrale: „Wir sollten den Israelis auch verdeutlichen, dass wir ihren ständigen Appell an unsere moralische Verpflichtung durchschauen: dass sie Moral sagen, aber Kasse meinen, nicht bereit, uns für die Leistung auch nur teilweise Entlastung zu erteilen...“ Bemerkenswert: Bereits ab Mitte der 70er Jahre zahlte Israel die Hälfte dieser Wirtschaftshilfe als Tilgung der Hilfen der vergangenen Jahre an Deutschland zurück. Diese finanzielle Unterstützung war also keineswegs eine Schenkung. Mit den Rückzahlungsmodalitäten vor dem Hintergrund eines wachsenden Kaufkraftverlustes war es sogar eine kalte Kürzung.

In den Unterlagen fand Leemhuis auch zahlreiche Anmerkungen der Diplomaten zum palästinensischen Terror. Und stellt fest: Dessen Verharmlosung zieht sich durch den gesamten Untersuchungszeitraum. Für Botschafter Pauls war nicht der Terror gegen Israel das Problem, sondern die Sorge vor „...Vergeltungsaktionen (Israels)..., wodurch die schon jetzt prekäre Lage im Nahen Osten noch weiter verschärft werden würde.“ Leemhuis konstatiert die erstaunliche Kälte und das ungeheure Maß an Gleichgültigkeit in den Reaktionen der Diplomaten auf den Terroranschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972. An der Spitze Außenminister Scheel, der wieder handschriftlich auf das Bestreben eines Abgeordneten des Bundestages, arabische Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen, kommentierte: „Gewiss muss man auf die berechtigte Empörung Rücksicht nehmen. Auf der anderen Seite geht das Leben weiter.“ Wieder war man im Auswärtigen Amt viel mehr um die Beziehungen zu den arabischen Staaten besorgt. Das konnte bei diesen als eine Aufmunterung verstanden worden sein, den Weg des Terrors weiterzugehen.

Dazu gab auch die Haltung des damaligen Bundeskanzler Willy Brandt Anlass. Obwohl in den Aufzeichnungen des Auswärtigen Amtes klar belegt ist, dass die Terroristen des Schwarzen September Fatah-Angehörige und somit direkt Yassir Arafats Befehl unterstellt waren, ging es Brandt nicht darum, den Anschlag zu verurteilen. Im Gespräch mit dem israelischen Botschafter betonte er viel mehr seine Sorge, wenn die drei Attentäter vor Gericht gestellt würden, könne das wieder neue Anschläge provozieren. Das deutsche Verhalten war insgesamt an dieser Stelle ein Desaster. Weder trat der damalige Verhandlungsführer, Innenminister Hans-Dietrich Genscher, nach dem eklatanten Scheitern des deutschen Eingreifens, in dessen Folge alle

Dr. Remko Leemhuis
**„Ich muss deshalb dringend
 von jeder zusätzlichen
 Aktion für Israel abraten.“ Das
 Auswärtige Amt und Israel
 zwischen 1967 und 1979“**

LIT-Verlag 2020
 480 Seiten, € 44,90
 ISBN: 978-3-643-14563-5



Sportler getötet wurden, zurück, noch wurde der Fortgang der Spiele unterbrochen. Trotz des Münchner Attentats ließen sich die Diplomaten immer wieder von der PLO zu Zugeständnissen erpressen, obwohl es weitere Anschläge wie die Entführung eines deutschen Verkehrsflugzeugs gab.

In der anschließenden Diskussion mit Remko Leemhuis kam die Frage auf, wie er die nicht nur mit Antisemitismus erklärbare pro-arabische Haltung so vieler Deutscher, und besonders im Auswärtigen Amt, erkläre. Dazu zitierte er aus den Memoiren des zweiten Botschafters Israels in der Bundesrepublik, Yohanan Merz. Der hatte angemerkt, dass nur ein Vertreter Israels 21 Vertretern der Arabischen Liga gegenüber stand. So sei es unvermeidlich gewesen, dass die Quantität auch einen qualitativen Stellenwert erhielt. Das ökonomische Ungleichgewicht eines sich stets in prekärer Lage befindlichen kleinen Landes im Verhältnis zu den weltweit größten Erdöl-Förderländern tat ein Übriges. Und hinter allem spielte sicherlich auch noch eine gewisse Form von „Orientbegeisterung“ eine Rolle. Leemhuis fiel beim Aktenstudium auf, dass die Diplomaten aus einer kulturell relativistischen Haltung heraus offenbar totalitäre Diktaturen für den Normalzustand in der arabischen Welt hielten. Nur so könne er es sich erklären, dass die Frage der Menschenrechte von den Bonner Diplomaten gegenüber ihren arabischen Kollegen in keinem der untersuchten Berichte erwähnt wurde. Aus heutiger Sicht hat die Haltung der damals aktiven Diplomaten großen Wiedererkennungseffekt: Während kein Wort der Kritik gegen die arabischen Staaten, beispielsweise wegen des Münchners Attentats, zu hören war oder wegen des Angriffs auf Israel 1973, wurde die Politik Israels permanent öffentlich angeprangert – laut der Diplomaten „als Freunde und aus Sorge um den Fortbestand des jüdischen Staates“.

Leemhuis bedauert, dass die NS-Vergangenheit für die Diplomaten in den Beziehungen zu Israel keine Rolle gespielt hat. Das betonten sie schon in den 60er Jahren. Stattdessen herrschte großes Verständnis für das „historische Trauma“ der Araber: die geheimen Waffenlieferungen der BRD an Israel. Daher lautete sein Schluss bitter: Nahezu jedes Zugeständnis, jeder Akt der Solidarität für den jüdischen Staat musste nicht selten gegen den erheblichen Widerstand der Diplomaten im Auswärtigen Amt durchgesetzt werden.

Maya Zehden
 Stellvertretende Vorsitzende DIG Berlin und
 Brandenburg e.V., DIG-Vizepräsidentin



Foto: CH Lietzmann

Einflussreiche Stimme für Israel

Ruth Frenk (74) ist „dienstälteste“ Vorstandsvorsitzende einer DIG Arbeitsgemeinschaft.



Seit 1992 setzt sich die in Rotterdam geborene Konzertsängerin (Mezzosopran) und Gesangspädagogin in der Bodensee-Region für die deutsch-israelische Freundschaft ein. Ihre wohlausgebildete Stimme hat auch politisches Gewicht – und sogar für internationale Schlagzeilen gesorgt. Im Jahr 2018 wurde Ruth Frenk für ihr unermüdliches Engagement mit der Ehrennadel der Stadt Konstanz ausgezeichnet.

Foto: Joachim Sauer

Frau Frenk, was hat Sie als gebürtige Niederländerin von der Nordsee an den Bodensee verschlagen?

Ruth Frenk: Meine Gesangslehrerin. Ich habe klassischen Gesang zuerst in Amsterdam und Genf, später an der Manhattan School of Music in New York studiert, wo ich auch meinen Abschluss gemacht habe. Meine dortige Gesangslehrerin war eine deutsche Jüdin aus Stuttgart, die während des Nationalsozialismus in die USA emigriert war. Im Alter zog es sie wieder zurück in ihre alte Heimat und ich als junge Sängerin wollte weiter bei ihr Unterricht nehmen. So bin ich ihr gefolgt und dann nach Konstanz gekommen. Mit der Zeit habe ich festgestellt, dass es schlechtere Orte auf der Welt gibt und bin hiergeblieben.

Vermissen Sie nicht das Meer?

Ruth Frenk: Mein Sternzeichen ist Fisch und ich habe immer am Wasser gelebt. In Rotterdam an der Maas, in Amsterdam an der Amstel, in Genf am Genfer See, in New York am Hudson und

nun seit vielen Jahren am Bodensee. Ich liebe das Wasser und sage immer, lieber ein großer Fisch in einem kleinen Teich als ein kleiner Fisch in einem großen Teich.

Welchen persönlichen Bezug haben Sie zu Israel?

Ruth Frenk: Als Jüdin habe ich schon immer einen Bezug zu Israel gehabt, außerdem hat mein Mann, der auch aus Holland stammt, Aliya gemacht und lange Zeit in Israel gelebt. Er wollte partout nicht in Deutschland leben, sodass ich 15 Jahre lang zwischen Deutschland und Israel hin- und hergependelt bin. Deshalb kenne ich Israel sehr gut. Vor ein paar Jahren ist mein Mann doch noch nach Konstanz gezogen und wir sind jetzt beide froh, in Corona-Zeiten hier zu leben und in Israel nicht zeitweise eingesperrt sein zu müssen.

Was hat Sie dazu gebracht, Mitglied in der DIG zu werden?

Ruth Frenk: Als ich 1974 als junge Frau nach Deutschland kam, hatte man hier über die nationalsozialistische Vergangenheit kaum geredet. Das ist erst aufgebrochen, als Ende 1979 die amerikanische Fernsehserie Holocaust in deutscher Fassung gezeigt wurde und zu einer breiten Diskussion führte. Für mich war klar, dass ich mich dabei auch engagieren wollte. Zuerst habe ich das künstlerisch gemacht mit einem Konzertprogramm mit Liedern von jüdischen Komponisten, später mit einem Programm mit Liedern aus dem Lager Theresienstadt. Zu der Zeit hatten die Kulturämter in Deutschland noch Geld und Interesse, um solche Veranstaltungen zu ermöglichen. In die DIG bin ich 1984 eingetreten, und 1992 wurde ich erstmals zur Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Bodensee-Region gewählt.

Chapeau! Dann sind sie seit 36 Jahren Mitglied und seit 28 Jahren Vorsitzende. Erinnern Sie sich noch an Ihre Anfangszeit in der DIG?

Ruth Frenk: Ich weiß noch, dass damals viele hochrangige Politiker in der DIG waren. Eine Hauptversammlung in Bonn habe ich noch in eindrucksvoller Erinnerung, zu der uns die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth eingeladen hatte. Mit dem Theresienstadt-Programm bin ich dann auch von vielen Arbeitsgemeinschaften eingeladen worden. Es war damals sehr gefragt und ich habe damit auch eine CD veröffentlicht. Später bin ich mit Vortragsveranstaltungen über die Musik im KZ Theresienstadt durch viele Städte gereist.

Welche Aktivitäten waren Ihnen sonst besonders wichtig?

Ruth Frenk: Im Jahr 1991 habe ich das Tagebuch einer israelischen Freundin über den Golfkrieg ins Deutsche übersetzen lassen und als Buch herausgegeben – »Krieg vor der Haustür«. Das Buch habe ich bei vielen Veranstaltungen vorgestellt, um in Deutschland die Lage in Israel deutlich zu machen. Während des Gaza-Kriegs 2014 war ich selbst in Israel und habe in Tel Aviv zum ersten Mal im Leben mitbekommen, was es heißt, Bombenangriffen ausgesetzt zu sein. Ich habe flammende Briefe nach Konstanz geschrieben, was auch dazu geführt hat, dass

damals zehn neue Mitglieder in unsere Arbeitsgemeinschaft eingetreten sind.

Wie erfolgreich ist aus Ihrer Erfahrung die Arbeit der DIG?

Ruth Frenk: Das werde ich in letzter Zeit öfter gefragt. Wir haben zwei Ebenen, die Bundesebene in Berlin, die ich für sehr wichtig halte, weil sie direkten Einfluss auf die Bundespolitik nehmen kann, und wir haben die lokale Ebene der Arbeitsgemeinschaften, wo man vor Ort etwas bewirken kann. Wie erfolgreich wir sind, das hängt in beiden Fällen von den handelnden Personen ab. Hier in Konstanz ist es uns gelungen, als erster Ansprechpartner wahrgenommen zu werden, wenn es um israelische und jüdische Themen geht, natürlich auch um Antisemitismus. Wir pflegen sehr gute Beziehungen zur Stadtverwaltung, zu den Medien, zur hiesigen Jüdischen Gemeinde und zu anderen Institutionen. Ich bin auch Ehrenmitglied des Konstanzer Stadttheaters. Insgesamt haben wir das Klima in der Stadt positiv beeinflussen können. Wenn irgendetwas passiert, werde ich angerufen und um Rat oder um meine Meinung gefragt.

Was konnten Sie vor Ort zum Beispiel konkret bewirken?

Ruth Frenk: Wir hatten vor zwei Jahren in Konstanz einen Theaterskandal, der überregional für großen Wirbel gesorgt hat. Damals war der Comedian Serdar Somuncu als Regisseur beim Stadttheater verpflichtet. Er inszenierte das Stück „Mein Kampf“ von George Tabori, eine Groteske über Adolf Hitler zu seiner Zeit als untalentierte Künstler in Wien. Für die Premiere hatten Somuncu und der Intendant beabsichtigt, die Theaterbesucher beim Eintritt vor die Wahl zu stellen, sich entweder den Judenstern anzuhängen oder die Hakenkreuzarmbinde anzuziehen, letzteres hätte ihnen das Eintrittsgeld erspart. Mir ist der Krug geplatzt und mein junger Stellvertretender Vorsitzender Lasse Stodollick und ich haben einen scharfen Brief an die Medien geschrieben, worauf mich sogar die New York Times angerufen hat. Alle großen Medien in Deutschland haben darüber berichtet. Schließlich wurde die Provokation in letzter Minute abgeblasen. Es war viel Aufregung, aber es hatte sich gelohnt.



Ruth Frenk mit Rabiner Tovia Ben-Chorin und dem Oberbürgermeister von Konstanz, Uli Burchardt, am 7. November 2018 auf einer Veranstaltung zu 80 Jahren Pogromnacht.

Foto: Oliver Hansen



Schon ein Jahr nach Gründung der DIG im Jahr 1966 wurde die Arbeitsgemeinschaft Bodensee-Region ins Leben gerufen. Seit dem 4. August 1967 zeigt sie Flagge für Israel. Hier weht sie auf einer Konstanzer Brücke. Foto: Ruth Frenk

Wie sind Sie bisher durch die Corona-Zeit gekommen?

Ruth Frenk: In meinem Beruf als Gesangslehrerin bin ich davon unmittelbar betroffen, da der normale Direktunterricht gar nicht mehr möglich ist. Aber ich unterrichte nun digital über Skype und habe zur Kommunikation mit meinen Schülern einen Monitor auf meinem Flügel platziert. Die Aktivitäten in unserer DIG-Arbeitsgemeinschaft mussten wir leider sehr herunterfahren. Wir arbeiten jetzt mehr mit unserer Homepage und hoffen, dass das jetzt auch mehr wahrgenommen wird.

Wie sehen Sie die Zukunft der DIG?

Ruth Frenk: Die Arbeit wird schwieriger, aber immer wichtiger. Im Moment haben wir die Umstände der Pandemie zu bewältigen. Momentan müssen wir die Vorträge online machen. Der Vorteil ist, dass wir so ein breiteres Publikum erreichen, der Nachteil, dass der persönliche Kontakt verloren geht. Wenn wir da nicht sehr aufpassen, werden viele Mitglieder abspringen.

Und was sind Ihre persönlichen Zukunftspläne?

Ruth Frenk: Im ersten Lockdown habe ich angefangen, meine Memoiren zu schreiben aus der Perspektive einer Holländerin, Second Generation, singend in Deutschland. Wenn sie erschienen sind, hoffe ich noch einmal eine Lesetour durch Deutschland machen zu können.

Die Fragen stellte Jürgen Sterzenbach.

Kontakt: www.ruthfrenk.com

Der Weltbürger Peter Finkelgruen

„Ich erfuhr die Geschichte von Juden, die in Köln Widerstand geleistet haben.“



Peter Finkelgruen ist Mitglied der DIG Köln. Am 1. Oktober 2020 wurde er vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit der Rheinland-Medaille für seine Verdienste als Schriftsteller und Zeitzeuge zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen ausgezeichnet. Foto: Achoff | LVR

Es ging letztlich um die Frage, wie heute mit jenen umgegangen wird, die ihren Widerstand gegen die Nazis konsequent zu Ende brachten.“ Dies schreibt Peter Finkelgruen im Vorwort seines kürzlich erschienenen Buches, „Soweit er Jude war...“ über die Kölner Edelweißpiraten. Abgeschlossen hatte der 1942 in Shanghai geborene Journalist es bereits 1981. Er war mit der erste Journalist, der über das Schicksal der widerständigen Kölner Jugendlichen geforscht, mit Zeitzeugen gesprochen hatte. In Köln nahm man ihm dies übel. Das Buch blieb ungedruckt, da Finkelgruen wenig später für sechs Jahre als Journalist und Leiter der Friedrich Naumann Stiftung nach Jerusalem ging.

Beinahe wäre er ein Peruaner geworden

Finkelgruens Familienbiografie ist typisch jüdisch: Man vermag sie kaum nachzuvollziehen. Finkelgruen wird im März 1942 im Ghetto von Shanghai geboren. Sein Vater Hans, ein Jurist, hatte sich gemeinsam mit seiner Frau Esti von Bamberg über Prag

nach Shanghai durchgeschlagen. Knapp 30.000 Juden hatten dort, in bitterster Armut, Zuflucht vor den Nazis gefunden. Esti und Hans behielten anfangs die Hoffnung auf einen Neuanfang im Exil, bekommen einen Sohn: Peter. 16 Monate später verstirbt Hans aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung. Die herzkrankte Esti ist nun mit ihrem Kleinkind auf sich allein gestellt. Peter lernt chinesisches, spielt mit toten Kindern, die auf der Straße herumliegen.

18 Monate später tut sich die Schwerkranke mit dem Kaufmann Kurt Brahm zusammen. Sie heiraten. 1946 reist Brahm nach Peru, wo er Familie hat. Esti und der kleine Peter sollen ihm folgen. Peters Schicksal als Peruaner scheint entschieden. Die Ereignisse überschlagen sich: Esti erfährt 1946, dass ihre Mutter Anna doch noch lebt. Diese hat von 1942 bis 1945 drei KZs überlebt. Sie flieht bei einem Todesmarsch, schlägt sich nach Prag durch. Das ist die einzige Stadt, die sie noch kennt. In Prag hatte sie seit der Besetzung Prags durch die Deutschen ihren jüdischen Lebensgefährten Martin Finkelgruen drei Jahre lang versteckt. 1942 werden sie verraten und nach Theresienstadt verschleppt. Der SS-Mann Malloth tritt Martin Finkelgruen direkt nach dessen Ankunft in Theresienstadt zu Tode – eine Trauma, das Peter Finkelgruen nie mehr loslassen sollte. Von 1988 bis 2001 sollte er, unterstützt durch linksliberale Juristen sowie David Gall und Efraim Zuroff vom Jerusalemer Simon Wiesenthal Center, für die Verurteilung des Kriegsverbrechens kämpfen. Ein einsamer Kampf.

Eine Jugend in Prag und Israel

Esti möchte ihre Mutter wiedersehen. 1946 gelingt die Übersiedlung nach Prag. Der vierjährige Peter muss erneut eine Sprache lernen. Esti verbringt die meiste Zeit in Spitälern, ihr Sohn sieht sie nur ab und zu. „Wirst Du bald wieder gesund?“ fragt er sie. 1950 stirbt Esti.

Ihr wichtigster Briefpartner in Prag ist Dora, die Schwester von Hans, also Peters Tante. 1938 war sie als überzeugte Zionistin nach Palästina gegangen. „Ich vertraue Euch den kleinen Peterle an“ schreibt Esti in ihrem letzten Brief nach Palästina.

Ende 1951 wandert der neunjährige Peter mit seiner 51 Jahre älteren Großmutter nach Israel ein. Anfangs leben sie im Kibbuz Kfar Hammakabi, den Dora und ihr Lebenspartner mit aufgebaut haben. Nach sechs Monaten ziehen sie in eine kleine Ortschaft in Nordisrael – eben dort wird der JNF-KKL im kommenden Frühjahr einen Peter- und Martin-Finkelgruen-Wanderweg eröffnen.

Peter besucht in Haifa eine von französischen Patres geleitete Schule, 1959 macht er an der Tabeetha School sein Abitur. Der Wissbegierige möchte studieren. Dies ist ihm in Israel nicht möglich. Er hört von den Entschädigungszahlungen für Opfer der Shoah. Zusammen mit seiner Großmutter zieht er nach Freiburg, anfangs hat er furchtbare Angst vor diesem ihm völlig fremden Land. Er studiert Politikwissenschaft und Geschichte,

kehrt bei einem Forschungsprojekt nach Israel zurück. 1962 zieht er nach Köln, hier lebt er noch heute.

Finkelgruen wird Journalist bei der Deutschen Welle und führt als erster Deutscher ein Interview mit Golda Meir. Ab 1968 engagiert er sich linksliberal in der FDP, Gerhart Baum und Ulrich Klug werden enge Freunde. 1980 bis 1981 gibt er mit Henryk M. Broder die linke „Freie Jüdische Stimme“ heraus.

Leiter der Friedrich-Naumann-Stiftung in Israel

1982 kehrt er als Leiter des Jerusalemer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung für sechs Jahre nach Israel zurück. Es ist die Phase der Hoffnung. Er organisiert zahlreiche Dialoge zwischen Israelis und liberalen Palästinensern, ein Friede scheint zum Greifen nahe. Für diesen DIG-Beitrag hat Finkelgruen seine Erinnerung an diese Jahre auf Band gesprochen: „Die achtziger Jahre waren für mich die wohl erfülltesten Jahre meines Lebens. Unser Hauptziel war, mit den Bildungseinrichtungen der liberalen Parteien zusammen zu arbeiten. Neben meiner Frau Gertrud Seehaus lebten Broder, Daniel Cil Brecher – mit dem ich Jahrzehnte später mehrere Jahre gemeinsam im Vorstand des Exil-Pens gearbeitet habe – sowie Wiebke Bruhns in Jerusalem. Horst Dahlhaus, ideenreicher Mitbegründer der DIG, besuchte uns regelmäßig mit Besuchergruppen.

Es dauerte etliche Wochen, bis wir ein Büro für die Friedrich-Naumann-Stiftung fanden. Es folgten Wochen der Gespräche mit Vertretern der Partner, darunter Abgeordnete der Knesset. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit lag im kulturellen Bereich; unterstützt wurde ich hierbei von meiner Frau Gertrud Seehaus, die mit ihrer Karriere als Schriftstellerin begann. Es war mir klar dass Theater, Literatur und Musik ein wirksames Mittel der politischen Bildungsarbeit und der Förderung auf der politischen Ebene sein könnten.

Die Bühnen von Haifa boten hierzu ideale Möglichkeiten. Der Intendant des Theaters, dessen künstlerischer Direktor sowie Autoren und Schauspieler verfolgte das Ziel, zeitgenössische Probleme auf die Bühne zu bringen. Die Stadt Haifa hat einen beträchtlichen Anteil von arabischer Bevölkerung, darunter zahlreiche arabische Schauspieler. Zu den Mitwirkenden am Haifa Theater gehörte der Autor Joshua Sobol. Einige Produktionen wurden auch in Deutschland sowie weltweit bekannt, so die Stücke »Ghetto« und »Die Palästinenserin«.

Die- 1980er Jahre – das Jahrzehnt großer Hoffnungen

Das Haifa Theater entwickelte, oft in Kooperation mit uns, internationale Seminare und Aufführungen. Es fanden Gastspiele in arabischen Städten statt. An diesen Veranstaltungen waren prominente Vertreter der liberalen israelischen und arabischen Partnerorganisationen beteiligt. Die 1980er Jahre waren die Jahre großer Hoffnungen auf eine friedliche gemeinsame Zukunft. Spannend waren Kooperationen im Bereich der Literatur. Wir führten das erste deutsch-israelisch-palästinensische Autorentreffen im Rahmen der Friedrich-Naumann-Stiftung in Israel durch. Hieran nahmen Stefan Heym und der israelisch-palästinensische Schriftsteller Anton Shammas teil. Eine Gruppe von Autoren aus Israel traf sich zwei Jahre später in Königswinter und einmal in Ostberlin. Die 1980er Jahre waren gekennzeichnet vom Optimismus, der dem ägyptisch-israelischen Friedens-

vertrag gefolgt war. Es gab Kontakte zu den Naumann-Vertretungen in Jordanien und Ägypten. Dies war besonders wichtig bei der Förderung des palästinensisch-israelischen Dialogs. Wir organisierten in Jerusalem regelmäßige Treffen in den Räumen der Stiftung mit Vertretern der israelischen liberalen Parteien und palästinensischen Vertretern. Es fanden auch Treffen in der jordanischen Hauptstadt Amman sowie in Gaza statt. Im Rückblick erscheint dies wie ein utopischer Zustand, im Vergleich zu der Situation heute.

Gleich zu Beginn der Tätigkeit in Israel organisierte ich eine Ausstellung über widerständige Persönlichkeiten im Dritten Reich. An der Einweihungsfeier nahm der deutsche Botschafter sowie Bundesinnenminister Baum teil. Ich stellte Vertretern von Yad Vashem Material über die Edelweißpiraten zur Verfügung, was zwei Jahre später zur Ehrung meines Freundes Jean Jülich, des Widerständlers Michael Jovy sowie des am 10. November 1944 in Köln-Ehrenfeld öffentlich hingerichteten, erst 16-jährigen Edelweißpiraten Bartholomäus Schink führte. Leider war das Ende meiner Projektarbeit in Israel im Sommer 1988 markiert vom Ausbruch der ersten Intifada.“

Der Kampf gegen den Mörder

Als Finkelgruen 1988 nach Köln zurückkehrt erfährt er den Namen des Mörders seines Großvaters, Malloth. Es folgt ein 13 Jahre überdauernder Kampf mit der NRW-Justiz. Erst 2001 wird der bereits in Prag bei Kriegsende zum Tode Verurteilte zu einer Haftstrafe verurteilt - nicht in NRW sondern in München. Es folgen zwei autobiografische Bücher über seine Familiengeschichte – Erkönigs Reich sowie Haus Deutschland - , dann, zusammen mit Gertrud Seehaus, das Kinderbuch Oma und Opa hatten kein Fahrrad. Kürzlich wurde sein Buch Soweit er Jude war... über die widerständigen Kölner Edelweißpiraten erstmals veröffentlicht, mit Vorworten von Gerhart Baum.

Dr. Roland Kaufhold

Journalist und Sachbuchautor

Peter Finkelgruen
„Soweit er Jude war...“
**Moritat von der Bewältigung
des Widerstandes. Die Edelweißpiraten als Vierte Front
in Köln 1944**

Herausgegeben von Roland Kaufhold, Andrea Livnat und Nadine Enghart, Vorwort von Gerhart Baum
Books on Demand 2020
352 Seiten, € 17,99
ISBN 978-3-751-90741-5



»Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.«

David Ben-Gurion

Engagieren Sie sich für die deutsch-israelische Freundschaft und werden Sie Mitglied in einer unserer Arbeitsgemeinschaften. Sie finden uns in mehr als 50 Orten überall in Deutschland. Und im Internet: www.digev.de



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Littenstraße 105 · 10179 Berlin · Telefon 030 80 90 70-28 · info@digev.de